

Deutschland-Journal 2021

Corona, Klima, Great Reset: Deutschlands Wege ins Abseits



SWG

STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GESELLSCHAFT E. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, dass Gesellschaft und Staat ihre Sache sind, und mit Friedrich d. Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen...“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fassung selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, dass die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, dass wir Deutschen selbstbewusst zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgemäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klar-text, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, dass in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewusstsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende (Anhalt: 5 €). Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.



Deutschland-Journal

Corona, Klima, Great Reset: Deutschlands Wege ins Abseits

Zum Titelbild:

Die Impfung 1807 von Louis-Léopold Boilly
(Wikipedia)



Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 101

ISSN 0944-324X ISBN 978-3-88527-126-0

Redaktion: Bernd Kallina

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?

Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?

Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus

Vorstand und Redaktion

© 2020 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Geschäftsführender Vorstand: Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Vors./

Bernd Kallina, Dipl.sc.pol., Stv. Vors.

Beirat: Wilhelm v. Gottberg MdB, Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann,

Dr. Dieter Ose, Dr. Helmut Roewer, Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof

Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400

geschaeftsstelle@swg-hamburg.de / vorstand@swg-hamburg.de

www.swg-hamburg.de

Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt

Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200

Druck: Rutenberg Druck GmbH, 26789 Leer

Ihre Spende und/oder Ihren Mitgliedsbeitrag können Sie jetzt auch schnell und problemlos über PayPal einzahlen: Einfach auf unsere Netzseite gehen: www.swg-hamburg.de und den Menüpunkt „Spenden“ aufrufen. Dann auf den PayPal-Knopf klicken und los geht's! Oder Sie lesen mit Ihrem Mobiltelefon den QR-Code ein.



Scannen. Zahlen. Fertig!

zur ZEIT

DAS WOCHENMAGAZIN

Die andere Perspektive

**Das Wochenmagazin für Österreich und Deutschland
mit der politisch unkorrekten Perspektive**

**Immer donnerstags als E-Paper im Netz, oder freitags
neu in der Trafik – 60 Seiten Information aus Politik und
Kultur für Leser, die Unabhängigkeit schätzen**

**Bei Fragen zum Abonnement
oder an die Redaktion
kontaktieren Sie bitte:**

**E-Mail: verlag@zurzeit.at
oder Tel.:**

(+43/1) 712 10 57

Internet:

www.ZurZeit.at

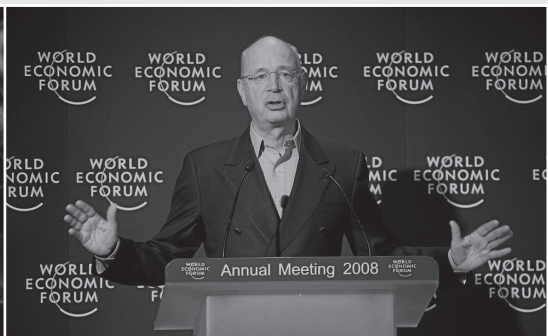
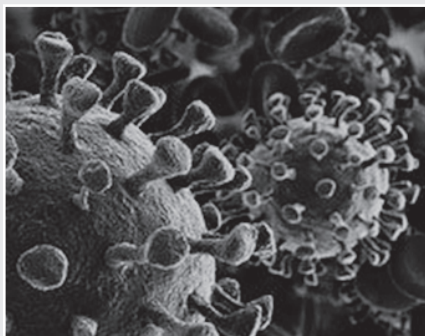
Gratis Probe-Abo:

www.ZurZeit.at



Gratis Probe-Abo: www.ZurZeit.at

ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT zur ZEIT



Wie bedrohlich ist das Coronavirus wirklich?

Professor Dr. Klaus Schwab, Gründer des WEF

Vorwort6

Stephan Ehmke zum
Heft-Schwerpunkt:
Die Corona-Politik der deutschen
Regierungen

Corona-Krise und Mittelstand10

Eberhard Hamer geht auf die
widersprüchliche Corona-Politik
ein und schildert die Folgen für
den deutschen Mittelstand

Wirtschaftskrieg gegen Deutschland?27

Ob die grüne Propaganda vom
Ausland finanziert wird, dieser
Frage geht Manfred Ritter nach

Ziele des „Great-Reset“39

Dieter Farwick erläutert das
Projekt „Weltherrschaft
der Superreichen“

Der „Great-Reset“ wird scheitern!53

Das prophezeit Bruno Bandulet
im Interview mit Bernd Kallina

Der Kampf gegen Rechts und die AfD59

In seiner umfassenden Analyse
geht Gerd Schultze-Rhonhof
auf den totalen Krieg des
politisch-medialen Komplexes
gegen die größte deutsche
Oppositionspartei ein

Reich ohne Österreich86

Der Beitrag von Andreas Mölzer
schildert die Ursachen, warum
es 1871 zur deutschen Reichs-
gründung ohne Österreich kam

Kritik an der Reichseinigung106

Auf ein kaum bekanntes Kapitel
von Kritik an der Reichseinigung
von preußisch-altkonservativer
Seite weist Stephan Ehmke hin



Ohne Österreich: Deutsche Reichsgründung 1871

Erfolgreiche AfD/SWG-Veranstaltung im Bundestag

„Überfall“ auf die Sowjetunion?115

Walter Post thematisiert die
immerwährende Legende vom
„Überfall“ auf die Sowjetunion
im Jahre 1941.

Lesenswerte Bücher124

Wer ist Mittelstand?124

Aufklärung der Bedrohung
aus dem Osten128

Sanfte Gehirnwäsche136

Merkel – Die kritische Bilanz 141

Wer hat Angst vorm BND?142

Staats-Antifa – Heimliche
Machtergreifung der
Linksextremisten146

Wollt Ihr das totale Grün?149

Die Mär vom „Klima-Weltuntergang“150

Bericht über die AfD/SWG-
Veranstaltung im
Deutschen Bundestag

Gedenken an Uwe Greve151

Erinnerungen an das langjährige
SWG-Beitrats-Mitglied

Vorankündigung zum 16. SWG-Seminartag152

Anzeigen für Verlage/Medien

„Zur Zeit“, „Abendland/Neue
Ordnung“, „JF-Buchdienst“,
„Ares-Verlag“, „Gerhard-Hess-
Verlag“, „theGERMANZ“,
„freilich“, TUMULT“, „Zeitge-
schichtliche Forschungsstelle
Ingolstadt ZFI“ und „LINKS-
ENTTARNT.de“.

Vorwort



Verehrte Leserinnen und Leser,

auch im Falle der Corona-Politik der Bundesregierung reiht sich ein Verfassungsbruch an den anderen, einem Rechtsbruch folgt der nächste. Der Staatsrechtler Dietrich Murswiek klagt beim Bundesverfassungsgericht im Namen mehrerer Beschwerdeführer aus Politik und Journalismus gegen das Infektionsschutzgesetz (eine Klage von mittlerweile Hunderten!). Murswiek zufolge sind nicht nur die Repressionen des Lockdowns grob verfassungswidrig, weil unverhältnismäßig und ungeeignet; den von Bundeskanzlerin Merkel ausdrücklich angegebenen Zweck des Gesetzes, Bürgern den Klageweg vor Verwaltungsgerichten zu verbauen, nennt er einen Skandal und einen bisher in der Bundesrepublik unbekannten Bruch des Rechtsstaatsprinzips. Dazu tritt die Aushebelung des Föderalismus durch die Entmachtung der Länder und Zentralisierung der Exekutive im Kanzleramt („Bundesnotbremse“)¹.

Doch auch die eigentliche Grundlage von Lockdown und Grundrechtsbeschränkungen, die angeblich drohende Überlastung des Intensivbettensystems, bricht in sich zusammen. Ein Gutachten des Medizinprofessors Matthias Schrappe und neun weiterer Kollegen belegt, dass während der angeblichen „Pandemie“ niemals eine Gefahr bestanden hat, dass zu wenig Intensivbetten an deutschen Krankenhäusern vorhanden sein könnten. Zudem legten die Untersuchungsergebnisse nahe, so Schrappe, dass absichtlich falsche Zahlen gemeldet worden seien, um staatliche Gelder zu erschleichen. Die Politik habe von alldem stets gewusst².

1 In diesem Video erläutert Prof. Murswiek seine Verfassungsbeschwerde: <https://www.youtube.com/watch?v=z3MdBHKAyFU&t=10727s>.

2 Dazu hier mehr: <https://www.swg-hamburg.de/2021/05/22/der-intensivbettenskandal/>.

Negative Dimensionen der Corona-Politik

Die Impfkampagne selbst offenbart zudem die zutiefst widerrechtliche und unmoralische Dimension der Corona-Politik. Es ist ja nun hinlänglich bekannt, dass die in aller Eile hergestellten Covid-19-Impfstoffe lediglich not- oder bedingt zugelassen sind. Es hat keine im Ansatz ausreichende Erprobung gegeben. Aussagekräftige Untersuchungen über Nebenwirkungen und Langzeitfolgen liegen nicht vor. Die Menschen, die jetzt geimpft werden, sind Versuchskaninchen. Nach Meinung des Lungenarztes und bekannten Kritikers der Corona-Politik, Dr. Wolfgang Wodarg, läuft gerade ein gigantischer Menschenversuch an der Weltbevölkerung. Profiteure seien die Genetik- und Pharmaindustrie³.

Die Corona-Impfstoffe greifen in das Erbgut des Menschen ein und verändern es. Es sollte wohl jedem zu denken geben, dass in der EU zwar Genmanipulationen an Tieren und Pflanzen verboten, nun aber an Menschen plötzlich erlaubt sind!

Es muss einem doch Schauer über den Rücken jagen, wenn man liest, dass die derzeit auf dem Markt befindlichen Corona-Impfstoffe mit Zellen im Mutterleib getöteter Kinder hergestellt oder mit ihnen getestet werden. Und die staatshörigen Funktionäre der Amtskirchen schweigen dazu!⁴

In Deutschland gibt es zwar (noch) keinen gesetzlichen Impfzwang, dennoch ist die Freiwilligkeit eine Farce. Denn Nichtgeimpften werden auf Dauer Grundrechte entzogen bzw. eingeschränkt; es droht ihnen der Verlust des Arbeitsplatzes, die Aussperrung aus dem wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sowie die soziale Ächtung. Diese menschenverachtende Politik ist weder rechtsstaatlich noch demokratisch.

Erwachsene können sich trotz des erheblichen Drucks wehren, können die Impfung verweigern und gegen die daraus folgenden Repressionen Widerstand leisten. Kinder können das nicht. Diese Schwächsten in unserer Gesellschaft stehen aber jetzt im Focus der Impffobby.

3 Dr. Wodarg erläutert die Zusammenhänge hier: <https://www.youtube.com/watch?v=6wlvPBg4loM&t=5466s>.

4 <https://aerzte-fuer-das-leben.de/neues/aktuell-2021/24-03-21-corona-impfstoffe-in-deutschland-aus-ethischer-sicht/>.

Der „Deutsche Ärztetag“, eine politische Organisation, hat im Mai 2021 ein Impfprogramm für Kinder und Jugendliche gefordert. Die erfolgte Impfung soll dann Voraussetzung für den Besuch von Kita und Schule sein. Ein Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit als Bedingung für die soziale Teilhabe! Unsere Kinder werden damit zu Geiseln von Impffanatikern und -profiteuren gemacht.

Widerstand von Eltern und Ärzten

Dagegen regt sich aber nun Widerstand von Eltern und Ärzten. Unter dem von dem Verein „Ärzte für individuelle Impfscheidung e.V.“ initiierten Hashtag #nichtmeinärztetag haben auf Facebook und YouTube inzwischen zahlreiche Mediziner in schriftlichen Beiträgen und Videos gegen die Forderungen des „Ärztetages“ protestiert⁵. Sie weisen darauf hin, dass Kinder und Jugendliche nach vorliegenden Untersuchungen durch Covid-19 weitaus weniger gefährdet sind als Erwachsene und kein Ausbreitungsrisiko darstellten. Schwere Verläufe der Krankheit oder gar Todesfälle seien äußerst selten. Die Herdenimmunität werde durch das Impfen von Kindern und Jugendlichen nicht gefördert. Dagegen seien Kinder und Jugendliche für Nebenwirkungen und Langzeitfolgen der Impfungen erheblich anfälliger und damit gefährdeter.

Die Ärzte wenden sich auch vehement gegen die Koppelung von Impfung und Bildung und sehen darin einen schweren Verstoß gegen die Rechte der Kinder.

Nicht verwunderlich ist, dass die deutsche Kartellpolitik und die ihrhörigen Medien auch in diesem Fall der globalen Impfindustrie folgen. Gesundheitsminister Spahn hat angekündigt, bis zum Ende der Sommerferien ein „Impfangebot“ für Kinder und Jugendliche vorzulegen. Die Kritik der Fachleute weist er als unbegründet zurück. Wir alle sollen als Versuchskaninchen bzw. Opfer herhalten. Doch bei unseren Kindern muss die rote Linie sein, die nicht überschritten werden darf. Hier wird Widerstand zur Pflicht!

Stephan Ehmke

ABENDLAND

II/21
II. QUARTAL
neue
Ordnung

Beiträge über die süddeutschen Mittelstaaten, Zar Alexander I., die Nation Mazedonien, die „Cancel culture“, die Rückbesinnung auf das Schöne in der Architektur u. v. a. m.



**JETZT
KOSTENLOS PROBEHEFT
ANFORDERN!**

ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Eberhard Hamer

Corona-Krise und Mittelstand:

Angriff auf eine bedrohte Festung



Dass mittelständische Unternehmen entscheidend für Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind, wird zwar immer wieder in Sonntagsreden betont. Aber: Von einer den Mittelstand fördernden Politik seitens unserer Linksregierungen kann seit Jahrzehnten keine Rede sein. So haben sich auch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise für den deutschen Mittelstand in besonders negativer Weise

ausgewirkt. Professor Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen (Hannover), hat für das Deutschland-Journal eine Rundum-Betrachtung zur Problematik verfasst:

Corona-Panik und Handlungswirrwarr

2019 brach in Wuhan/China das Coronavirus aus. Bis heute ist noch streitig, ob dieses Virus aus dem Viktualienmarkt von Fledermäusen stammt, wie die chinesische Regierung behauptet, oder aus einem der beiden dort ansässigen Biowaffen-Forschungslabore, wie US-Präsident Biden vermutet. Die Chinesen haben das Virus zu spät zugegeben, dann aber die Stadt Wuhan abgesperrt und so weiteres Ausbreiten im Lande gebremst. Was in Wuhan geschieht, ist aber nicht mehr national, sondern im Zeitalter der Globalisierung international. Wenn täglich mehrere Millionen Menschen international mit Flugzeugen, Schiffen, Zügen und Kraftfahrzeugen in der ganzen Welt unterwegs sind, verbreitet sich eben auch ein Virus aus Wuhan blitzschnell in der Welt - sei es durch Millionen chinesischer Touristen oder den 6.000 chinesischen ArbeiterInnen in Norditalien oder den Millionen Besuchern aus der ganzen Welt in China. Jedenfalls hat die Globalisierung dafür gesorgt, dass erstmals von einem Virus die ganze Welt erfasst wurde.

Als die Chinesen die Ansteckungsgefahr erkannten, gerieten sie in Panik. Als Diktatur konnten sie die ganze Stadt abriegeln und die Menschen in die Häuser verbannen. Die Panik verbreitete sich dann überall in der Welt und leider auch die Maßnahmen der chine-

sischen Diktatur. Nun ist es ein Unterschied, ob eine zentralistische Diktatur ihre Untertanen kommandiert und einsperrt oder ob solche Maßnahmen in einer Demokratie durchgeführt werden, in welcher eigentlich die Menschen souverän, die Freiheit der Menschen und ihre Menschenwürde unantastbar sind und der Staat kein Recht zu generellen Zwangsmaßnahmen hat, sondern nur in Ausnahmefällen und nur rechtlich abgesichert zu Zwangsmaßnahmen greifen darf.

Nicht nur die Diktaturen in der Welt, sondern auch die Demokratien haben aber in der Corona-Krise aus Panik und oft ohne Rechtsgrundlage die chinesischen Zwangsmaßnahmen und Einschränkungen der Freiheit ihrer Bürger nachgemacht. Die Regierung Merkel hat erst durch Ausweitung des Infektionsschutzgesetzes Wochen nach Verhängung der Zwangsmaßnahmen die Rechtsgrundlage dafür geschaffen.

Politische Virologen haben mit wilden Prognosen von Millionen Ansteckungen und Toten nicht nur die Panik der Regierungen und Politiker erzeugt, sondern auch generelle Angst in der Bevölkerung. Dazu wurden unsere Mainstream-Medien mit Korruptionsgeldern angestachelt, schon seit Anfang 2020 in allen Nachrichtensendern und Deckblättern der Zeitungen über die Gefährlichkeit von Corona, die Ansteckungs- und die Todeszahlen zu berichten, und haben sich die Regierungen und Politiker darin überboten, den Menschen Angst davor zu machen, anderen Menschen zu nahe zu kommen, daher mit Maulkorb in Haus und Stadt herumzulaufen, größere Gesellschaften von „mehr als 3 Personen“ zu meiden, nicht zu verreisen, übernachten oder in Restaurants einzukehren.

Die Politisierung des Virus wurde mit dubiosen Statistiken untermauert. Mal mit Todeszahlen, mal mit Zahlen aller bisher Infizierten, mal mit den Zahlen der Intensivkranken, und wenn dies nicht reichte, mit ausländischen Horrorzahlen. Dabei sind während der ganzen Pandemie ab 2020 bisher nicht einmal 5 % der Gesamtbevölkerung infiziert worden und hat es keine Übersterblichkeit gegeben, also keine durch Corona höhere als sonst auch normale Sterblichkeit. Umgekehrt ausgedrückt hat die Corona-Pandemie 95 % unserer Bevölkerung überhaupt nicht betroffen, und von den Intensivkranken waren auch noch 60 bis 80 % Immigranten.

Da aber die Regierung sämtliche Kritiker ihrer Angstmaßnahmen von der Regierungspropaganda diffamieren ließ, gab es in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und in der Bevölkerung eineinhalb Jahre kein wichtigeres und kaum ein anderes Thema als die gefährliche Pandemie.

Beigetragen hat auch das Handlungsversagen in Regierung und Verwaltung. Bisher ist noch ungeklärt, ob der Mund-Nasen-Schutz den Träger oder Fremde schützen soll und ob er überhaupt sinnvoll ist. Von Anfang an wurde er aber als wichtigste Verhütungswaffe verkauft, wurden von der Regierung Milliardenbestellungen betrieben – nicht nur zu unsinnigen Preisen, sondern auch mit Lobbyhilfe von Politikern, welche sich damit hunderttausende oder Millionen Euro in die Tasche schoben von Firmen, die durch diesen plötzlichen Markt Milliardengewinne erzielen konnten.

Der zweite Handlungsschwerpunkt war die Impfstoffkampagne. Wo irgendwo eine Hoffnung auf Impfstoff gegen Corona bestand, wurden Milliardenbeträge flüssig gemacht, die Firmen damit gefüttert und wurden die Impfstoffe dann schließlich ohne Tiefen- und Langzeitwirkung in überstürzte Zulassung gegeben, um ja final an diesem Welt-Milliardenmarkt beteiligt zu werden. Nur für den wirkungsvollsten Impfstoff Sputnik V wurde bisher die Zulassung verschleppt, weil er aus Russland kommt und so billig ist, dass er das Geschäft im Westen verderben würde.

Das Impfstoffgeschäft wollten nicht nur die nationalen Regierungen, sondern auch die EU machen. Obwohl diese für Gesundheitsproblematik überhaupt nicht zuständig ist, hat sie in Konkurrenz mit den nationalen Regierungen wild darauf losbestellt, viel zu teure und zu große Aufträge erteilt, und das auch noch unter dubiosen, offenbar Korruptionsumständen, die wiederum bewiesen, dass Verwaltungen und insbesondere Oberverwaltungen für wirtschaftliche Handlungen ungeeignet sind. Das ganze Desaster ist ein milliardenteures, hektisches medizinisches Stochern im Nebel gewesen, zumal die Akteure nicht einmal wussten, wem man überhaupt den Impfstoff zumuten konnte, was er bringt und welche Spätfolgen er noch haben wird.

Die Politik hat sich an die Hoffnung von einer „Herdenimmunität“ geklammert, um überhaupt einen Weg aus der Pandemie zu sehen. Dafür musste Massenimpfung organisiert werden. Um den Impfstoff dann „an den Mann zu bringen“, wurden mit Millionenbeträgen überdimensionierte Impfzentren eingerichtet, in denen öffentliche Funktionäre Massenimpfungen durchführen wollten. Von diesen sind aber viele überhaupt nicht benutzt worden, weil die Bevölkerung dem Impfen nicht traute. Erst als private Ärzte zum Impfen zugelassen wurden, hat sich das Impfgeschehen dann plötzlich gesteigert. Wieder einmal wurde bewiesen, wie unwirtschaftlich und blind die öffentliche

Verwaltung mit wirtschaftlichen Problemen und Geldern umgeht.

Erst in der zweiten Welle und nach vielen Urteilen gegen überzogene Handlungseinschränkungen der Verwaltungen hat sich dann die Regierung ein „Ermächtigungsgesetz“ geschaffen, in dem sie im Infektionsschutzgesetz dem Bund die Zuständigkeit für Pandemien gab (um damit die Verwaltungsgerichte auszuschalten) und um die Pandemie politisch für sich zentral nutzen zu können.

Die zentral diktierten Corona-Handlungen der Regierung waren aber nicht nur Freiheitseinschränkungen der Menschen – haben also ihre Grundrechte verletzt –, sondern waren zum Teil auch noch untauglich. Ob der Mundschutz im Freien und bei Abstand überhaupt sinnvoll ist, bleibt bisher unentschieden. Und ob es richtig war, die Polizeigewalt für Abstandsregeln bei Demonstrationen der Pandemiekritiker einzusetzen, dafür aber in Straßenbahn, Eisenbahn und Flugzeug die Leute dicht nebeneinander sitzen zu lassen, erscheint unlogisch.

Die Regierung hat auch übergriffig gehandelt. Nach deutschem Arbeitsrecht z. B. sind Unternehmer und Gewerkschaften für die Gesundheit am Arbeitsplatz ihrer Mitarbeiter selbst verantwortlich. Sie haben auch gezeigt, dass sie in der Lage sind, mit Abstandsarbeitsplatz, Trennwänden und anderen Gesundheitseinrichtungen die Gesundheit ihrer Mitarbeiter trotz Weiterarbeit zu schützen. Statt dass der Staat aber diese arbeitsrechtliche Souveränität der Wirtschaft respektiert hätte, hat er selbst bestimmt, wer arbeiten durfte, wie groß der Abstand zum Mitarbeiter sein soll, ob im Büro oder zu Hause gearbeitet werden darf und sogar, wie die Privatsphäre im Homeoffice der Menschen geregelt werden soll.

Nie hat der Staat sich in unserer Demokratie so viel Rechte angemaßt wie in der Corona-Krise, nie hat er so viel Geld zentral für Gesundheitsaufgaben rausgeschmissen, nie hat er so viele Schulden aufgenommen (300 Mrd. Euro) und zugleich auch die EU noch mit Superschulden (750 Mrd. Euro) zur Schuldenunion gemacht, also die Pandemie nicht nur national, sondern auch supranational zu einer einmaligen Kompetenzzentralisierung missbraucht.

Warum haben die Menschen das geduldet?

Weil Mainstream-Medien ihnen täglich Angst machten, Politiker ständig Fallzahlen und Panikprognosen verkündeten und weil die Menschen glaubten, nicht nur 5 %, sondern mehr als die Hälfte aller Menschen würden davon betroffen, leiden, vielleicht sogar sterben. Angstpolitik ist aber menschenunwürdige Politik, ist letztlich Verrat an der Demokratie.

Von der Corona- zur globalen Gesellschaftskrise

Die erste Welthandelsmacht Venedig hat bereits vor mehr als 500 Jahren das gleiche Problem von Seuchen bis zur Entwicklung von Epidemien durch den Welthandel gehabt und die Ansteckung erfolgreich dadurch bekämpft, dass jedes Schiff, das nach Venedig wollte, und jede Mannschaft vier Wochen vorher auf einer dafür extra vorgesehenen Insel interniert wurden. Durch die Quarantäne zeigte sich, wer noch infiziert war und wer nicht.

In den letzten 50 Jahren dagegen haben die Globalisten die vier globalen Freiheiten eingefordert und durchgesetzt: Globale Freiheit für Kapital, Produkte, Dienstleistungen und Menschen. Das hat mit der Forderung der Freiheit des Kapitals angefangen, damit die globalen Banken und Konzerne ihre Gewinne in die Steueroasen verschieben konnten; - die Produktfreiheit hat dann zu einem ungeheuren Aufschwung des Welthandels geführt, Import und Exporte, damit überall produziert wurde, wo es am billigsten war und verkauft wurde, wo man die höchsten Preise erzielen, aber auch Wertschöpfungsketten global aufbauen konnte. Die Dienstleistungsfreiheit kam dazu und dann die Reisefreiheit. Die Reisefreiheit hat zur globalen Touristik geführt mit Millionen täglicher Urlaubsreisender, aber auch zu einer Völkerwanderung von den armen in die reichen Länder, die Merkel als eine letzte Verfechterin der offenen Grenzen behalten will und damit die Völkerwanderung aus dem Orient und Afrika zu uns zieht.

Eine Welt mit den vorgenannten vier Freiheiten ist nicht mehr kontrollierbar, und auch Epidemien sind nicht mehr vorab bekämpfbar, sondern erst im Nachhinein, wenn sie eingeschleppt worden sind.

Vor diesem Problem stand auch die Bundesregierung und stand Europa. Sie ist dadurch nicht nur selbst in Panik geraten, sondern hat die gesamte Gesellschaft unnötigerweise in Panik versetzt und sogar weitgehend das gesamte gesellschaftliche Leben zerstört.

Schon bei der ersten Welle im März 2020 wurde der Stopp des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens verordnet – Lockdown genannt, damit die Menschen dessen Brutalität nicht so merken sollten –, wurden schon bei unter 2 % Ansteckungen 100 % der Bevölkerung mit Maskenzwang, Abstandsgeboten, Ende gesellschaftlichen Zusammenseins, Ende von Sport, Freizeitveranstaltungen u.a. diszipliniert, wurde in die Freiheit der Menschen in einer Weise eingegriffen, die nicht nur



Wirrwar um das Tragen von Mund-Nasen-Schutz-Binden: Sollen sie die Infizierten oder die Gesunden tragen? Bei vielen Corona-Maßnahmen fehlten freiheitsorientierte Abwägungen.

unnötig war, sondern auch rechtswidrig, weil nicht das Parlament diese Freiheitsbeschränkungen beschlossen hatte, sondern nur die Exekutive, die dazu gar nicht befugt war, sondern sich aktionistisch vorgedrängt hatte. Und als sich die Unfähigkeit der nationalen Regierungen zur Bekämpfung der Pandemie zeigte, wurden Kompetenzen nach Europa verlagert, wo noch größeres Chaos, Korruption, Unvernunft herrschten.

Bei etwas mehr Vernunft hätte nicht die Regierung, sondern das Parlament die vom Grundgesetz geschützte Freiheit und Selbstverantwortung der Menschen schützen und deshalb Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit überprüfen müssen (was die Regierung nicht getan hat). Dabei wären nur solche Maßnahmen gerechtfertigt gewesen, welche den geringstmöglichen Eingriff in die Freiheitssphäre der Menschen und in das gesellschaftliche Leben gebracht hätten. So hätte eben nach Nutzen und Schaden – nach Infektionsgefahr – abgewogen werden müssen,

- ob und wer verpflichtet werden soll, Mundschutz zu tragen: die Infizierten oder die Gesunden. Sollen die Infizierten vor den Gesunden oder die Gesunden vor den Infizierten geschützt werden?
- wo die Abstandsregeln eingehalten werden sollen: auf der Straße, im Geschäft, bei Versammlungen oder auch in der Familie?
- welche Versammlungen unter Voraussetzung der Abstandsregeln überhaupt untersagt werden dürfen,
- unter welchen Regeln Besuche der Menschen untereinander erhalten bleiben könnten,
- ob überhaupt Urlaub ohne Abstandsregeln gefährlich ist oder nur der Transport dorthin und wo und wie also Urlaub weiterhin stattfinden müsste?

- welche Feiern unter welchen Bedingungen in welchen Lokalen ungefährlich oder infektionsgefährlich sind, also erlaubt bleiben oder verboten werden müssten.
- Und wenn schon die Jugend kaum infiziert und infizierbar ist: unter welchen Bedingungen die Schulen weiter geöffnet bleiben müssten.

Alle diese Abwägungen hat die Regierung nicht getroffen. Sie hat das gesellschaftliche Leben und die Freiheit der Bürger brutal und total reduziert, wie sich jetzt herausstellt, vielfach überzogen, unnötigerweise und schädlich.

Niemand weiß, ob sich nach diesem gesellschaftlichen „Lockdown“ unser gesellschaftliches Leben wieder wie vorher ordnen wird. In vielen Fällen hat es zum Abbruch von zwischenmenschlichen Beziehungen geführt, die nicht wieder aufzubauen sind, und zum Ende von Gewohnheiten, die sich möglicherweise nicht wieder einstellen. Per saldo hat die Regierung mit der Keule der Pandemie in Panik unser gesellschaftliches Leben teilzerstört.

Die Menschen vermissten vor allem die durch Infektionszwangsmaßnahmen beendete Urlaubsmöglichkeit. Dabei zeigte sich, wie stark der Urlaub inzwischen zum gesellschaftlichen Leben überhaupt gehört. Die von einzelnen Ländern versuchten Teilöffnungen stießen entweder bei der Urlaubskonkurrenz oder bei der politischen Konkurrenz anderer Bundesländer auf solchen Widerspruch, dass wiederum trotz geringer Ansteckungsgefahr Stopp/Lockdown verordnet werden musste. Da die Menschen aber nicht einsahen, dass Urlaub ansteckender sei als das Leben hier zuhause, hat der Urlaubsstopp besonderen Widerstand und besonderen Unwillen – auch politischen Frust – in der Bevölkerung gegen die Regierung gebracht.

Medien und Künstler beschworen täglich den Verlust von Kultur dadurch, dass nicht mehr Theater, Oper, Museen und sonstige „Kulturveranstaltungen“ stattfinden konnten. Diese Klagen haben aber in der Bevölkerung wenig Resonanz gefunden, sondern gezeigt, dass die derzeitige Kulturschickeria offenbar den normalen Bürger längst verlassen hat, ein Eigenleben führt und sich wohl nach der Pandemie auf drastische Einschränkungen und nachlassendes Interesse einstellen muss. Hier hat möglicherweise falsche Pandemiapolitik zu einem kulturellen Dauerschaden geführt.

Die Regierung fesselt das Pferd, das den Karren zieht

Schon als es noch gar nicht notwendig war, nämlich im Frühjahr 2020, hat die Regierung statt der bisher grundsätzlich geltenden Gewerbebefreiung in Machtanmaßung grundsätzlich alle Gewerbe verboten, soweit sie es nicht speziell erlaubte. Auch dabei hat sie wiederum die Verhältnismäßigkeit sowie Nutzen und Schaden nicht abgewogen, sondern mit Totalmaßnahmen zugeschlagen. Hätte in unserer Regierung auch nur einer wirtschaftlichen Sachverstand gehabt oder hätten sie Wirtschaftler zur Beratung hinzugezogen, wäre es zum Total-Lockdown unserer Wirtschaft nicht gekommen. Ein totaler Lockdown ohne einzelne Gefährdungsabschätzung wäre nicht möglich gewesen, wenn die Regierung die Eigenverantwortung von Unternehmern und Gewerkschaften in den Betrieben respektiert hätte. Diese sind nämlich grundsätzlich für die Gesundheitsvorsorge in den Betrieben zuständig und haben in den meisten Fällen auch Lösungen gefunden, dass die Arbeit bei gleichzeitigem Schutz der Mitarbeiter vor Infektionen hätte weitergehen können.

Selbst nach Auffassung von Virologen sind Tätigkeiten mit Abstand in Büros, Werkstätten und Betriebsstätten kaum oder nicht ansteckend. Warum hat also die Regierung die Verwaltungen ins Homeoffice befohlen und deshalb teilweise stillgelegt? Warum hat sie Zusammenrottungen auf engstem Raum wie in Straßenbahnen, Zügen und Flugzeugen weiter geduldet, aber Gewerbe in Innenräumen auch bei Abstand verboten, wo kaum oder keine Ansteckungsgefahr besteht? Niemandem leuchtet der Sinn ein, warum Menschen trotz Abstand auf der Straße mit Mundschutz herumlaufen müssen.

Entgegen ihrer Pflicht zur Schadensminimierung hat unsere wirtschaftsfremde Regierung auch nicht abgewogen, bei welchen Branchen bei Fortsetzung des Gewerbes überhaupt Infektionsrisiken bestehen, in welchen weniger oder nicht.

Beim Lebensmitteleinzelhandel genügte Abstand und Mundschutz, um Infektionen der Kunden auszuschließen. Bei dem übrigen Einzelhandel dagegen wurde trotz der gleichen Möglichkeit Geschäftsschließung durchgesetzt und damit eine ganze Branche an den Rand des Ruins gebracht.

Niemand von der Regierung hat bisher auch eine Begründung dafür geben können, weshalb Hotels trotz Abstand und Einzelzimmer geschlossen bleiben mussten.

Den größten Schaden hat die Regierung von allen Branchen in der Gastronomie verursacht. Statt dieser ebenfalls nur Infektionsverhinderung durch Abstand und Eigenmaßnahmen zuzumuten, wurden fast eine Million Betriebe geschlossen, mussten sie zwar ihre Miete weiter zahlen, konnten aber keinen Umsatz mehr machen, und so gerieten hunderttausende von ihnen völlig unnötigerweise in die Konkursfälle.

Bei der Touristik wurde ebenfalls Totalstopp verordnet. Genügt hätte, wenn die üblichen Vorsichtsmaßnahmen in den Hotels und Zielorten eingehalten und nur der Transport mit neuen Abstandsgeboten infektionsärmer gemacht worden wäre (Flugzeug). So hätte die Touristik überleben können, statt nun durch die überzogenen Maßnahmen der Regierung die Hälfte der Betriebe zu verlieren.

Auch ein Großteil unserer Dienstleistungsbetriebe wurde als Folgewirkung der Maßnahmen der Regierung nachhaltig geschädigt, oft vernichtet: Wenn Firmen schon ihre eigenen Konferenzen nur notfalls, unter Auflagen und mit schlechtem Gewissen durchführen können, werden sie nicht Berater oder Helfer ins Büro lassen. Der für Dienstleister notwendige direkte Kontakt von Mensch zu Mensch wurde brutal abgeschnitten und damit die wichtigste Voraussetzung ihres Geschäftes gestoppt. Viele Dienstleister werden vielleicht noch mit Staatshilfen die Corona-Phase, nicht aber mehr den Neuaufbau ihrer persönlichen Kundenbeziehungen schaffen.

Während die Regierung ganze mittelständische Branchen unnötigerweise und rücksichtslos abgewürgt hat, blieb sie bei den Großunternehmen und internationalen Konzernen unverständlich rücksichtsvoll:

Durch den Stopp des mittelständischen Einzelhandels haben die großen Versandhändler Umsatzsprünge von 20 und mehr Prozent gemacht. Die Regierung hat also nach der Supermarkteinzelhandelskonzentration einen zweiten Konzentrationsprozess in Gang gesetzt: Das Sterben des selbständigen Einzelhandels durch Konzentration auf den Versandhandel. Dieser Versandhandel wird nicht nur mit öffentlichen Subventionen (Billigpaketpreis) bevorzugt, sondern darf auch frei weiterarbeiten und seine Gewinne auch global in die Steueroasen

verschieben, also vor deutscher Besteuerung schützen¹. Bei so unterschiedlich gewordenen Wettbewerbsbedingungen wird der selbständige Einzelhandel auch nach der Pandemie nur noch begrenzte Überlebenschancen haben, werden unsere Städte an Einzelhandel leerer wie auch an Gastronomie, werden sie unattraktiver und zum Teil veröden.

Mittelstandsschaden bei Konzernfürsorge zeigte sich auch bei der Zwangsschließung der Baumaterial liefernden Einzelhändler trotz weiterer Öffnung der Konzernbaumärkte. Die Regierung hat also nicht für Chancengleichheit, sondern für Wettbewerbs-Vorzugssituation der Konzerne auf Kosten der mittelständischen Konkurrenz gesorgt und damit Dauerschaden in der Branche angerichtet. Durch die nationalen Corona-Maßnahmen und den internationalen Bruch von Lieferketten aus Corona-Gründen wurden vor allem die mittelständischen Händler und Verarbeiter von Zulieferteilen abgeschnitten, hat es bereits zum Existenzkampf wegen mangelnder Belieferung des Mittelstandes durch die Konzerne geführt.

Alle Messen wurden unnötiger- und unverständlicherweise abgesagt. Dadurch standen nicht nur die Messegesellschaften selbst vor Existenz- und Finanzproblemen, sondern damit auch zigtausende mittelständische Messedienstleister, Messehandwerker und Messebau-firmen bis hin zu den von Messegästen lebenden Hotelleriebetrieben vor eineinhalbjähriger Beschäftigungslosigkeit. Inzwischen wurde das Präsenz-Messegeschäft weitgehend durch digitalen Kontakt ersetzt, so dass auch nach einem Ende des Lockdowns mit einer dauerhaften Teilverlagerung zur digitalen Messe und mit drastischen Umsatzrückgängen für alle Beteiligten gerechnet werden muss. Auch hier ist bisher die Bundesregierung die Erklärung schuldig geblieben, warum nicht mit Abstand und eventuell Mundschutz die Präsenzmesse ungefährlich sein sollte.

Die Mittelstandsforschung wirft also der Bundesregierung vor, dass sie den Mittelstand wahllos, planlos und unnötig als Pandemieopfer geschädigt und sogar teilvernichtet hat, während sich die Großunternehmen und internationalen Konzerne die Kassen mit Gewinnen und Subventionen füllten. Waren schon die Lockdown-Maßnahmen unserer Machthaber mittelstandsfeindlich, chaotisch und planlos, waren es die Lockdown-Subventionierungen noch mehr. Von

1 Amazon hat so in 2020 über 1 Milliarde Gewinn bei 3 Millionen Steuern gemacht.

den Gesamtkosten der Pandemie von bisher mehr als 300 Milliarden ist weniger als ein Drittel an die Wirtschaft gegangen. Davon wiederum haben die 2 % Großunternehmen 80 % der Gelder kassiert, während die 5 Millionen (94 %) mittelständischen Unternehmen nicht einmal 20 % bekamen. Und Konzerne bekamen sogar Beteiligungen, d. h. Eigenkapital, während die mittelständischen Unternehmen überwiegend nur Darlehen bekamen, also ihre Verschuldung und Überlebenschance verschlechtert wurden.

Dies zeigt erschreckend, dass unsere Regierung um den Wert des Mittelstandes in unserer Wirtschaft überhaupt nicht weiß: Die ca. 20.000 Groß- und Konzernbetriebe gehören in der Regel ausländischen Fonds und zahlen kaum Gewinnsteuern (Steuerparadiese), aber Dividenden an ihre ausländischen Eigentümer. Netto hat also der Staat von den Konzernen weniger Steuern als er ihnen Subventionen gibt².

Die ortsansässigen mittelständischen Betriebe dagegen zahlen nicht nur höhere Steuern (42 %) als die Kapitalgesellschaften (15 bzw. 35 %), sondern netto auch 80 % der Einnahmen, die der Staat für die eigene Verwaltung, für Subventionen an die Konzerne und für Sozialleistungen an die Unterschicht verprasst³.

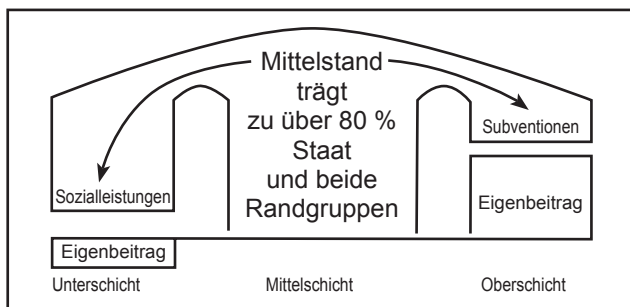
Auch für unseren Arbeitsmarkt sind nicht die Großunternehmen, sondern 5 Millionen Klein- und Mittelbetriebe für zwei Drittel unserer Wirtschaft entscheidend. Unser Sozialsystem wird überwiegend von den mittelständischen Betrieben finanziert.

Wenn wir also nach Vorausschätzungen des Mittelstandsinstituts Niedersachsen durch die falsche Corona-Politik der Regierung etwa 20 % unserer Unternehmen verlieren werden (von 5 Mio. etwa 1 Mio.), dann werden dadurch die Existenzen der wichtigsten mittelständischen Familien vernichtet, weil die Unternehmer die einzige Gruppe unserer Bevölkerung sind, welche für ihr eigenes Handeln unbeschränkt selbst haften muss, also im Falle der Insolvenz auch privat alles verliert⁴.

2 Vgl. Hamer, E. „Wer finanziert den Staat?“, 1982

3 Vgl. Hamer/Jörgens „Wer ist Mittelstand?“, Hannover 2021, S. 112 ff.

4 Während die Manager der Kapitalgesellschaften ihren Arbeitsplatz verlieren und dafür noch Abfindungen bekommen.



Quelle: Hamer, E. „Wer finanziert den Staat?“ München, 2. Aufl. 1982, S. 146

Ein Verlust von 1 Million mittelständischen Unternehmen und Unternehmern bedeutet aber auch den Verlust von 4 bis 5 Millionen Arbeitsplätzen, also für den Staat mehr Sozialkosten, weil er weniger Sozialeinnahmen erwarten kann.

Fehlen die Steuern von 20 % mittelständischen Unternehmen, fehlen auch etwa 15 % Steuereinnahmen, müsste – wenn er sich nicht weiter hemmungslos verschuldet – der Staat entsprechend verschlanken, müsste er die Subventionen an die Konzerne kürzen und ebenso den üppigen Sozialbereich. Der Mittelstand als Hauptzahler unserer öffentlichen Finanzen ist nämlich zugleich Hauptträger unserer gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. (Quelle: Hamer/Jörgens „Wer ist Mittelstand?“, 2021, S. 163)

Das Leiden des Mittelstandes unter den falschen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung ist also nur eine Vorstufe, welche sich in Leiden aller anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche fortsetzen wird.

Was wäre noch zu tun?

Viele durch falsche Politik in der Corona-Krise entstandene Fehlentwicklungen durch Diskriminierung des Mittelstandes werden in Wirtschaft und Gesellschaft fortwirken und wachsenden Schaden nach sich ziehen. Um zumindest diesen wachsenden Folgeschaden zu vermindern, müsste eine neue mittelstandsbewusste Regierung folgende Maßnahmen sofort durchsetzen:

Arbeitslose	3,8 %	}	65,8 %	}	34,2 % ernähren 65,8 %		
Öffentl. Dienst / Transfereink.	12,2 %						
Rentner	22 %						
Angehörige	28,8 %	}	34,2 %				
Erwerbstätigkeit für den Markt	28,2 %						
Unternehmer	6 %						

Den größten Aufschwung des Mittelstandes hat es nach dem Kriege gegeben, als alle NS-Gesetze abgeschafft waren und die Wirtschaft paradiesische Handlungsfreiheit hatte. Mit der Zeit hat aber jede Regierung eine Fülle von neuen Gesetzen gebracht, die sich zu einem immer größeren Berg auftürmten, weil die alten Gesetze nicht abgeschafft wurden und heute ein so dichtes Gesetzesnetz abgeben, dass die Handlungsfreiheit unserer mittelständischen Unternehmer so eingeschränkt ist, dass dies der Hauptgrund für das Motivationsdefizit unserer Unternehmer und für Betriebsschließungen ist.

Wir müssten also sofort eine dramatische Gesetzesbereinigung durchführen – vor allem auch in der EU –, damit die mittelständischen Unternehmer wieder mehr Handlungsfreiheit gewinnen, sich mehr um ihren Betrieb als um die Einhaltung der Gesetze kümmern können. Dazu hat die Mittelstandsforschung immer wieder eine Lebensdauerbegrenzung der Gesetze auf 10 Jahre vorgeschlagen und der Verordnungen auf fünf Jahre, weil nach dieser Zeit ohnehin Gesetzesänderungen üblich sind, also die Gesetze neu gefasst werden müssen.

Zu der Überregulierung gehört auch die unerträgliche Bürokratieüberwälzung⁵. Das Mittelstandsinstitut hat schon vor Jahrzehnten errechnet, dass jeder Betrieb im Durchschnitt über 1.000 Stunden pro

5 Vgl. Hamer. E. „Bürokratieüberwälzung auf die Wirtschaft“, Hannover 1979

Jahr für den Wissensdurst und die Befriedigung der öffentlichen Verwaltung „Kuli-Dienste“ leisten muss, nämlich Statistiken ausfüllen, Kontrollen einrichten, Meldungen bringen, eine Fülle von Sozialvorschriften und Sozialkontrollen erdulden. Dabei wirkt die angebliche „Bürokratiegleichheit aller“ auch noch mittelstandsfeindlich, weil die kleinen Betriebe ziemlich dieselben Formulare ausfüllen müssen wie die großen und dadurch relativ 14 x so hart von diesen Pflichten betroffen sind wie große Unternehmen⁶.

Privatisierung der Statistik, Pauschalierung der Steuer der Start-ups und Kleinbetriebe, Abschaffung aller Meldepflichten dort, wo die Behörden die gleichen Meldungen in den eigenen Unterlagen haben u.a., würde nicht nur die Betriebe um ca. 40 % der Bürokratiepflichten entlasten können, sondern die für den Mittelstand wichtigsten Leute, nämlich die Unternehmerfamilie selbst, entlasten, während diese unproduktiven Arbeiten in Konzernen von billigen Angestellten gemacht werden.

Wir hatten schon nach dem letzten Weltkrieg das gleiche Problem, dass wir einen Wiederaufschwung brauchten. Den hat Ludwig Erhard vor allem dadurch zustande gebracht, dass er nur ausgeschüttete Gewinne versteuern ließ. Dadurch konnten die Betriebe Eigenkapital aufbauen, damit Investitionen finanzieren und Arbeitsplätze und so mit Selbstfinanzierung wachsen. Das war allerdings den Banken ein Dorn im Auge, die Adenauer dazu brachten, statt den ausgeschütteten den Buchgewinn zu versteuern. Das hat zur kompliziertesten Steuer und zur größten Steuerbürokratie der Welt geführt, die Unternehmen stranguliert und hat vor allem dem ortstreuen Mittelstand geschadet, weil dieser unseren pingeligen Finanzbeamten ausgeliefert ist, während die Großunternehmen ihre Gewinne in die Steueroasen verschieben und das deutsche Finanzamt von dort aus grüßen lassen.

Würde nun der Gewinnbegriff wieder auf die ausgeschütteten Gewinne begrenzt, würde dies zu einer Eigenkapitalstärkung und zu einem Investitions- und Wachstumsprogramm für den Mittelstand führen können.

Ein vierter Punkt wäre die Forderung des Mittelstandes nach Chancengleichheit. Ein mittelstandsfeindliches Kartellrecht hat ein Rabattspiel bei Mehrbestellungen eingeführt. Wenn also die Konzer-

6 Vgl. Hamer. E. „Bürokratieüberwälzung auf die Wirtschaft“

ne die 10- oder 20-fache Mengen bestellen als ein mittelständischer Einzelhändler, bekommt der Konzern die gleiche Ware billiger als der Konkurrent sie überhaupt verkaufen kann. Dazu sind in den Verkaufskonditionen aller Großunternehmen und der öffentlichen Hand Wettbewerbschürden, welche dem Mittelstand den Markt versperren.

Würden dagegen alle Lieferanten verpflichtet, alle Kunden zum gleichen Preis zu beliefern, wäre wiederum der Mittelstand mit seiner überlegenen Kundenbetreuung im Vorteil und könnte sich voraussichtlich wieder gegen die Konzerne behaupten.

Ein gesellschaftlicher Korrekturpunkt ist die Wirtschaftsfeindlichkeit unserer Politik und Gesellschaft. Wenn kein einziger qualifizierter Ökonom in der Regierung einer der größten Exportwirtschaften der Welt ist, wenn alle sozialistischen Parteien außer AfD und FDP für mehr Umverteilung als mehr Leistung sind und wenn unsere Politikerelite überwiegend aus Menschen besteht, die nie konkrete Berufsleistung gebracht haben, sondern sich z. B. eine grüne Bundeskanzler-Kandidatin nach zwei dubiosen Politik-Semestern als „Völkerrechtsexpertin“ aufspielen oder sonst keine Examina außer dem Führerschein vorzuweisen haben; und wenn unsere Lehrer in den Schulen Unternehmer beschimpfen und ihre Schüler zu Leistungsnehmern erziehen, konnte auch in der Pandemie keine richtige Wirtschaftspolitik erwartet werden, ließen sich die Leute in Corona-Panik treiben und duldeten sie im Corona-Lärm wirtschaftlich verhängnisvolle Regierungsmaßnahmen wie die Schuldenübernahme Deutschlands für Europa, die Öffnung unserer Grenzen und unseres Sozialsystems für alle Gescheiterten, Verfolgten oder Kranken der Welt oder die Übernahme der höchsten Energiekosten der Welt durch unüberlegten Stopp der billigen Atom- und Kohle-Kraftwerke, ohne dass Energiesicherheit selbst bei teureren (Wind, Solar) Energiequellen gesichert wäre.

Und wenn allabendlich in den Krimis ein Unternehmer als Tätertyp⁷ bei dem Publikum infiltriert wird, sinkt zwangsläufig der gesellschaftliche Wert der Unternehmer und deshalb des Mittelstandes in der Bevölkerung⁸.

7 Wie in englischen Krimis der spinnige Lord

8 Während die Manager nur Angestellte sind und Bestverdiener wie die Medienfunktionäre in fremdem Namen, auf fremdes Risiko, in fremden Unternehmen nur vorübergehend, aber mit Höchstgehalt leben.

Durch Corona wird sich eine dramatische Unternehmerlücke auftun. Diese wird nur zu schließen sein, wenn die Jugend nachzieht. Diese aber wiederum wird nur nachziehen, wenn sie die Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft überhaupt verstanden hat und deshalb bevorzugen kann. Dazu aber müssten in den Schulen unsere Kinder von Ökonomen – nicht von Soziallehrern – in den wirtschaftlichen Zusammenhängen und Gesetzen unterrichtet werden, wie dies in angelsächsischen Ländern mit Erfolg durchgeführt wird. Erst wenn Kinder die Wirtschaft verstehen, können sie auch das Unternehmerdasein lieben, werden sie als Handwerker, Kaufmann oder über ein Wirtschaftsstudium selbst Unternehmer werden wollen und werden wir wieder einen stärkeren Mittelstand mit stärkerem Wirtschaftswachstum bekommen.

Das falsche ökonomische Handeln der Regierung in der Corona-Krise hat uns in eine Krisenphase, gleichzeitig aber auch Reformnotwendigkeit getrieben. Neue Impulse für unsere Wirtschaft und für Wachstum sind aber nicht aus der Konzentration unserer Wirtschaft durch Abschmelzen des Mittelstandes und Konzentration bei den Konzernbetrieben zu erwarten, sondern nur, wenn wir den Verlust von 1 Million mittelständischen Unternehmen und Unternehmern wieder mehr als aufholen.

Mittelstandspolitik muss die Reformpolitik heißen – ganz gleich, welche Regierung im Amt ist.

Bücher in großer Auswahl

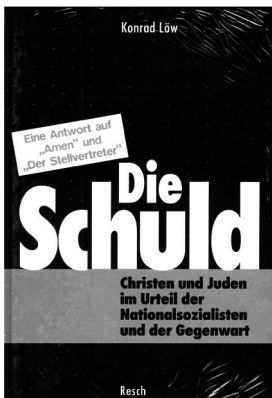
2. Auflage



Heinz Magenheimer
**Die deutsche militärische Kriegsführung
im II. Weltkrieg.**

Feldzüge – Schlachten – Schlüsselentscheidungen
39,00 EUR

*Festeinband, 324 Seiten, umfangreicher Quellen-
nachweis. Einmalig: 21 großformatige vierfarbige
Lagekarten mit ausführlicher Texterläuterung.*



Löw, Konrad: Die Schuld.
Christen und Juden im
Urteil der Nationalsozi-
alisten und der Gegen-
wart.

Gebunden, 368 Seiten.

19,00 EUR



Neitzel, Sönke:
Deutsche Krieger.

Vom Kaiserreich zur
Berliner Republik - eine
Militärgeschichte.

Gebunden, 816 Seiten.

33,00 EUR



Steinmetz, Michael C.:
**Wege in den II. Welt-
krieg.**

Die Konfrontation in
Europa und Roosevelts
Kriegskurs.

Gebunden, 336 Seiten.

22,00 EUR

Versandkostenfrei:

Book-Today, Inh. H. Thomas, Suebenstr. 1, 53175 Bonn
info@book-today.de - www.book-today.de

Manfred Ritter
**Der Wirtschaftskrieg
gegen Deutschland**

**Wird die Grüne Agitation und Propaganda vom
Ausland finanziert?**

Deutschland könnte nach den kommenden Bundestagswahlen im September in eine äußerst gefährliche Situation geraten. Nachdem durch den Corona-Lockdown bereits enorme Schäden für Staat, Wirtschaft und Bevölkerung entstanden sind, drohen die Grünen bei diesen Wahlen zu einer entscheidenden Kraft zu werden, die uns nahtlos in einen noch wesentlich schlimmeren „Klima-Lockdown“



zwingen und unsere Wirtschaft endgültig ruinieren könnte. In dieser äußerst prekären Gefahrenlage spielt darüber hinaus noch das Bundesverfassungsgericht eine fragwürdige Rolle. Bei diesen Wahlen geht es vor allem um die Entscheidung, ob Deutschland ein Industriestaat bleibt, der seinen Bürgern menschenwürdige Lebensverhältnisse ermöglicht, oder ob wir in eine Ökodiktatur geraten, die zur De-Industrialisierung und zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten führt.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierung elementare Freiheitsrechte der Bevölkerung im Rahmen der Corona-Politik außer Kraft gesetzt hat, dürfte bei einer künftigen Regierungsbeteiligung der Grünen im Rahmen einer „Klima-Notstandspolitik“ noch wesentlich gesteigert werden. Denn leider haben sich inzwischen - selbst in der Union - viele Politiker ein grünes Mäntelchen umgehängt und würden voraussichtlich bei einer entsprechenden Medienpropaganda sogar eine selbstzerstörerische grüne „Industrie-Sabotage“ unterstützen. Dann könnten neben unserer Freiheit auch der „Wohlstand für alle“ und besonders das „Auto für alle“ ihr Ende finden.

Früher hat man bei uns gelächelt, wenn in China Maos „blaue Ameisen“

zu Fuß zur Arbeit marschieren mussten. Werden wir demnächst sogar von der 3. Welt belächelt, wenn uns grüne Politiker zwingen, unsere Autos abzuschaffen? Wie konnten wir in diese absurde Situation geraten?

Nach dem 2. Weltkrieg gab es durch den wissenschaftlichen Fortschritt einen gewaltigen Anstieg der Produktivität, der zu einem Massenwohlstand in den Industrieländern führte wie nie zuvor in der Geschichte. Zwangsläufig stieg damit der Bedarf an Energie und sonstigen Ressourcen und es kam auch zur Verschwendung vieler nur begrenzt vorhandener Rohstoffe. Diese Entwicklung wurde zunächst von Konservativen kritisiert, die die „Öko-Bewegung“ gegen die „Plünderung unseres Planeten“ ins Leben riefen.

Das Selbstmordprogramm der grünen Extremisten

Leider haben sich in Deutschland sehr schnell die Linksradi-kalen der 68er-Bewegung dieser Idee bemächtigt und sie – mit massiver Unterstützung durch unsere etablierten Medien – zur gefährlichsten Waffe gegen unsere Industriegesellschaft gemacht.

Die Zielrichtung dieser rot-grünen Ideologen ist deshalb nicht der Naturschutz, sondern die Vernichtung der „kapitalistischen“ Industrie-Gesellschaft in Deutschland. Damit folgen sie auch ihrer (68-er) Parole: „Deutschland verrecke“. Wer übrigens das eigene Land und damit auch die darin lebenden Menschen verrecken lässt, hätte auch nicht die geringsten Skrupel, das gleiche mit der Natur zu tun!

Leider finden sich immer mehr „nützliche Idioten“, die wegen der Desinformations-Kampagnen unserer Medien diese Gefahr nicht mehr erkennen und die grüne „Selbstmordsekte“ wählen. Diese Menschen werden erst begreifen, welchen Rattenfängern sie gefolgt sind, wenn unsere wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten durch entsprechende Ökoadlagen und extrem hohe Energiepreise zerstört ist und die katastrophalen Folgen für alle sichtbar werden. Dann ist es für eine Umkehr zu spät. Denn ein neues deutsches Wirtschaftswunder lassen die heiß umkämpften Weltmärkte nicht mehr zu. Warum findet dieser selbstmörderische grüne Extremismus nur bei uns statt?

Zwar wird auch in anderen Ländern über den Klimawandel diskutiert. Aber nirgends mit einer so unduldsamen Einseitigkeit wie in Deutschland. In Deutschland hat die grüne Propaganda inzwischen

sogar die Ausmaße einer Gehirnwäsche erreicht und Wähler, Parteien und sogar Gerichte so unter Druck gesetzt, dass sie wissenschaftlich nicht bewiesene Klimatheorien als absolute Wahrheit akzeptieren.

Der Verdacht, dass hier eine neue totalitäre Ideologie dauerhaft installiert werden soll, wird auch dadurch verstärkt, dass mit dem Abklingen des Corona-Ausnahmestandes von Medien und Politikern versucht wird, nahtlos in einen Klima-Notstand überzuwechseln. Nachdem wir uns an die staatliche Bevormundung gewöhnt haben, soll jetzt offenbar die Gelegenheit benutzt werden, sie beim CO₂-Thema fortzusetzen. Hier sollten bei jedem kritischen Bürger alle Alarmglocken läuten. Denn wenn ein sehr erfolgreicher Industriestaat in dieser Einseitigkeit bedrängt wird, die Existenzgrundlagen seiner Wirtschaft zu zerstören, während dies in vergleichbaren Ländern nicht geschieht, gibt es nur eine logische Schlussfolgerung: Hier soll ein Wirtschaftskonkurrent mit der grünen Ideologie ausgeschaltet werden.

Wer finanziert aber diese „Wahnsinns-Propaganda“, die nur mit einer „grünen Gleichschaltung“ unserer führenden Medien – im wahrsten Sinne des Wortes – „erkauft“ werden kann. Früher wären die Russen die „üblichen Verdächtigen“ gewesen. Heute haben unsere Konkurrenten auf den Weltmärkten das Haupt-Interesse an der Ausschaltung der deutschen Exportwirtschaft. Solange die westlichen Industriestaaten den Weltmarkt monopolartig beherrschten, bestand für solche „mörderischen“ Konkurrenzkämpfe kein Anlass.

Inzwischen haben sich aber wegen der Globalisierung erhebliche Teile der Industrie-Produktion vom Westen in die Niedriglohnländer nach Asien verlagert. Diese Entwicklung wird sich auch weiter fortsetzen. Daher wird der Konkurrenzkampf der Hochlohnländer um die bei ihnen verbliebenen hochwertigen Produktionsbereiche unvermeidbar immer härter.

Deshalb wird selbst den USA die deutsche Konkurrenz – vor allem in der Automobilindustrie – offenbar immer lästiger. Sie wären - genauso wie andere Autoproduzenten - sehr erfreut, wenn unsere Regierung mit ihrer Klimapolitik die Verbrennungsmotoren und besonders die bei uns produzierten „besten Dieselmotoren der Welt“ verbieten würde. Denn der Konkurrenzvorteil deutscher Autos auf den Märkten steht und fällt mit den Verbrennungsmotoren. Gute Elektromotoren kann auch jedes andere Industrieland bauen.

Wenn daher Interessensvertreter ausländischer Autoproduzenten mit

viel Geld jene deutschen Medien fördern, deren Propaganda „grüne“ Auto-feindliche Politiker und Parteien an die Macht bringt, könnten sie die deutsche Konkurrenz auf einfachste Weise loswerden.

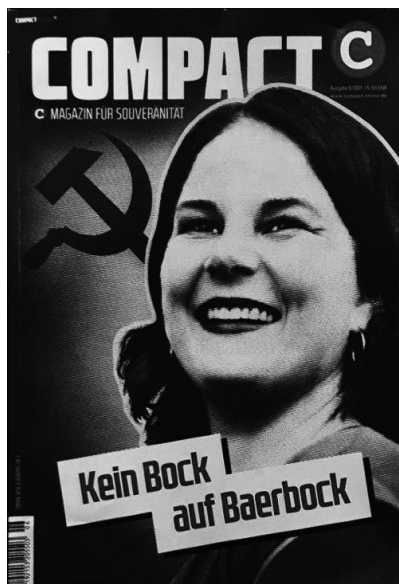
Grüne Propaganda als Waffe im Wirtschaftskrieg

Der Verdacht, dass die grüne Propaganda vor allem als Waffe in einem „Wirtschaftskrieg“ gegen Deutschland zum Einsatz kommt und dass sie vor allem von unseren Industrie-Konkurrenten im Westen finanziert wird, ist daher sehr naheliegend. Eine solche Finanzierung (bzw. „Bestechung“) könnte man über verschiedenste Kanäle (wie z.B. über NGOs) durchführen.

Dass die grüne Propaganda nicht weltweit, sondern gezielt gegen bestimmte Länder und besonders gegen den Industriestandort Deutschland eingesetzt wird, lässt sich auch am Beispiel der von deutschen Medien zum neuen „Messias“ erklärten „Greta“ demonstrieren. Als sie - bejubelt von den deutschen Mainstream-Medien - mit einem Segelschiff in die USA reiste, um dort ihre Heilslehren zu verbreiten, wurde sie bei Ihrer Ankunft in New York nicht - wie erwartet - von jubelnden Massen im Triumphzug durch die Straßen geleitet, sondern von den US-Medien und auch von der Bevölkerung der USA weitgehend ignoriert. Dafür haben offensichtlich die „Milliardäre“ der USA mit ihrem enormen Einfluss auf Politik und Medien rechtzeitig gesorgt. In Europa und besonders in Deutschland war ihnen „Greta“ zwar von großem Nutzen. Aber nicht in den USA! Sie wollten sich schließlich nicht ihre eigene Industrie von dieser durch Medien-Propaganda künstlich geschaffenen Symbolfigur beschädigen lassen. Deshalb halten sie auch die Öko-Propaganda der US-Medien auf einem sehr niedrigen Niveau. Auf diese Weise können sie offiziell „Lippenbekenntnisse“ zum Klimaschutz abgeben, ohne ernsthaft etwas tun zu müssen.

Da in anderen Bereichen die Medienkampagnen in den USA und Deutschland meist synchron verlaufen, muss man fragen, warum ausgerechnet bei diesem angeblich „lebenswichtigen“ Klima-Thema, das die ganze Welt gleichermaßen betrifft, eine so unterschiedliche Medienpolitik erfolgt. Denn wenn der vom Menschen verursachte CO₂-Ausstoß tatsächlich so gefährlich ist, müssten die USA und ihre wirtschaftliche und politische Führungselite die gleiche Klimapolitik und Propaganda betreiben, wie sie in Deutschland abläuft.

„Ob sich die Grünen ihrer dubiosen Rolle im Wirtschaftskrieg gegen Deutschland bewusst sind, ist eine Frage. Es bleibt zu hoffen, dass die Abwehrfront gegen diese „volksfeindliche Anti-Deutschland-Partei“ (so der Mitbegründer der Grünen, Rolf Stolz, über seine Partei) an Stärke und Durchschlagkraft bis zur Bundestagswahl 2021 gewinnt. Hier als Beispiel des Monatsmagazins „COMPACT“, Ausgabe Juni: „Kein Bock auf Baerbock““



Auch wenn diese Führungs-Elite nicht aus Heiligen besteht, muss man doch davon ausgehen, dass zumindest ihre große Mehrheit nicht tatenlos einem drohenden Weltuntergang zusehen würde. Und dann wäre es naheliegend, dass sie im eigenen Land, das neben China zum zweitgrößten CO2-Verursacher der Erde gehört, mit gewichtigen Gegenmaßnahmen beginnen würden. Für diese einseitige Medien-Politik der Macht-Eliten in den USA gibt es daher nur eine plausible Begründung:

Sie sind davon überzeugt, dass das bei uns propagierte Bedrohungsszenario nicht zutrifft.

Entweder weil sie dieses Propaganda-Szenario selbst miterschaffen haben. Oder weil sie sich bei objektiven Wissenschaftlern nach der wahren Gefahrenlage erkundigt haben. Wissen ist Macht – besonders, wenn man die Anderen durch Desinformationskampagnen täuschen kann.

Die Wirtschafts-Strategen der USA übersehen bei ihrer Propaganda-Strategie allerdings die gefährlichen politischen Folgen. Denn ein verarmtes Deutschland würde auch seine europäischen Nachbarn wirtschaftlich mit nach unten ziehen, und die Europäer wären am Ende gezwungen, ihr Heil in einer engen Zusammenarbeit mit Russland und China zu suchen.

Dies könnte sich als ein schwerer strategischer Fehler für die USA erweisen, da er den Aufstieg Chinas zur Weltmacht Nr. 1 beschleunigen würde. Aber derartige Fehler haben die USA in der Vergangenheit schon oft gemacht.

Die deutschen Führungseliten sollten sich allerdings die Frage stellen, warum sie bei diesem höchst gefährlichen Spiel mitmachen. Sind sie zu feige, etwas dagegen zu unternehmen, oder sind unsere Wirtschafts-Konkurrenten so übermächtig, dass jeder Widerstand aussichtslos erscheint? Bei dieser Sachlage muss man sich nicht wundern, dass so viele deutsche Wähler der Öko-Propaganda auf den Leim gehen.

Auch die Unterwerfung der etablierten Parteien unter die grüne Meinungsdictatur trägt erheblich dazu bei, dass gutgläubige, vom Untertanengeist geprägte Bürger an diese Ideologie glauben. Dass sich auch unsere wohlhabenden („Schickeria“-) Kreise davon beeinflussen lassen, ist allerdings ein Trauerspiel. Es zeigt, dass es mit dem Volk „der Dichter und Denker“ (und der Ingenieure) immer weiter bergab geht. Den gebildeteren Wählern müsste es doch zumindest auffallen, dass die meisten anderen vergleichbaren Industrieländer bei der Klimapolitik gar nicht – oder nur symbolisch – mitmachen, obwohl sie das Pariser Klima-Abkommen unterschrieben haben. Warum sind nur in Deutschland die Grünen so stark? Dass hier „etwas faul“ ist, liegt doch auf der Hand.

Es ist zwar möglich, aber höchst unwahrscheinlich, dass die deutsche politische Klasse (wieder einmal) größenwahnsinnig geworden ist und glaubt, dass Deutschland durch Reduzierung seines 2 % -Anteils am gesamten menschlichen CO₂-Ausstoß das Weltklima retten kann. Etwa weil die anderen Länder sich vom deutschen Beispiel überzeugen lassen und sich gleichermaßen beteiligen würden. Sehr viele Deutsche scheinen allerdings aufgrund unserer Medien-Politik nicht zu wissen, dass das Pariser Klima-Abkommen letztlich völlig unverbindlich ist, weil alle beteiligten Staaten jederzeit wieder austreten können, wie es die USA demonstriert haben. Den meisten dürfte auch nicht bekannt sein, dass von 200 beigetretenen Ländern nur 30 bindende Mengenbeschränkungen beim Verbrauch fossiler Energien akzeptiert haben.

Sind unsere Verfassungsrichter lebensfremd?

Man muss allerdings hinsichtlich der Verbindlichkeit dieses Abkommens bedenken, dass sogar unser Bundesverfassungsgericht davon auszugehen scheint, dass es von allen eingehalten werden muss. Denn es hat in seiner Entscheidung zum Klimaschutzgesetz aus diesem letztlich unverbindlichen Abkommen in Verbindung mit unserer Verfassung eine „Verpflichtung“ unserer Regierung mit „Verfassungsrang“ konstruiert, bis 2050 zur „Klimaneutralität“ zu kommen. Sind unsere Verfassungsrichter wirklich so lebensfremd, dass sie glauben, die anderen großen Industrienationen und besonders China und die USA würden ihre Industrie und damit ihre Weltmachtstellung auf dem Altar unbewiesener Klima-Theorien opfern? Oder fühlten sich diese Richter vorrangig unseren etablierten Parteien verpflichtet, die sie einst ins Bundesverfassungsgericht berufen haben? Denn die regierenden Politiker können die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sehr gut gebrauchen. Sie ermöglicht es ihnen, ihre unpopulären Klimagesetze und sogar einen künftigen „Öko-Lockdown“ als „alternativlos“ zu rechtfertigen und sich damit der eigenen Verantwortung zu entziehen. Deshalb haben sie die Entscheidung des Gerichts auch so begeistert begrüßt.

Wir dürfen den Politikern aber nicht erlauben, sich auf diese Weise aus ihrer Verantwortung für eine durch ihre Klimapolitik verursachte künftige Massenarbeitslosigkeit davonzustehlen. Sonst gestatten wir ihnen die Einführung einer „Ökodiktatur durch die Hintertür“! Deshalb sollten wir immer wieder darauf hinweisen, dass die Bundesregierung trotz dieser Gerichtsentscheidung (mit einfacher Mehrheit) aus dem Pariser Klimaabkommen austreten kann. Besonders, wenn die „Geschäftsgrundlagen“ dieses Abkommens nicht mehr vorliegen. Das wäre vor allem dann der Fall, wenn sich die anderen Vertragspartner nicht im notwendigen Maße an die Vereinbarung halten. Oder wenn sich herausstellt, dass die Klimaneutralität auch aus anderen Gründen unmöglich zu erreichen ist. Denn auch ein Verfassungsgericht kann die Bevölkerung nicht zwingen, seinen Wohlstand einer Utopie oder einer falschen wissenschaftlichen Theorie zu opfern.

* * *

Wir müssen daher für eine objektive Beurteilung des Klimawandels durch Medien und Politiker kämpfen, da nur so die richtigen Maßnahmen ergriffen werden können. Deshalb muss das Propagandatrommelfeuer unserer Medien für einseitige Untergangstheorien durch eine offene Diskussion ersetzt werden. Bei dieser Diskussion kann man im Einzelfall auch unterstellen, dass eine starke CO₂-Reduzierung wirklich nötig sei. Denn selbst dann gäbe es eine Fülle von wesentlich besseren CO₂-Reduzierungsmöglichkeiten als die bei uns betriebene Industrie-Vernichtung. Besonders die nachfolgenden Überlegungen sollten ausgiebig erörtert werden:

Die Grünen argumentieren besonders gern damit, dass in Deutschland 1 % der Weltbevölkerung leben, aber 2 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes von uns verursacht wird. Deshalb würden wir das Klima überproportional belasten. Was auf den ersten Blick plausibel aussieht, ist in Wirklichkeit eine bewusste Irreführung. Denn die Industrieländer, die vom Export leben, müssen unvermeidbar erheblich mehr CO₂ erzeugen als Agrarländer. Letztlich profitieren aber die Käufer der Industrieprodukte (etwa landwirtschaftlicher Maschinen) davon. Deshalb müsste den Käufern (bzw. ihren Ländern) der auf die Produktion dieser Waren entfallende CO₂-Anteil zugerechnet werden. Diese Zurechnungs-Methode würde die „Klimabilanz“ der Industrieländer erheblich entlasten.

Die ungerechtfertigte Methode, nicht den Endverbraucher, sondern den „Erzeuger“ von Produkten oder von Energie für den CO₂-Ausstoß, der bei der Produktion entsteht, verantwortlich zu machen, führte zu einem geradezu „irren“ Urteil eines niederländischen Gerichts, das den Shell-Konzern zwingen will, seine Benzin- und Dieselproduktion auf ca. die Hälfte zu reduzieren. Damit will das Gericht vermutlich den Autofahrern die fossilen Treibstoffe entziehen. Mit solchen Argumenten könnten die grünen „Ideologen in Richterroben“ demnächst auch den Automobilkonzernen die Autoproduktion verbieten. Oder fordern sie und unsere grünen Politiker von den Menschen demnächst auch noch eine Öko-Steuer fürs Atmen, weil dadurch CO₂ entsteht. Inzwischen ist nichts mehr unmöglich!

So läuft derzeit gegen den Stromkonzern RWE ein von einer NGO finanziertes Schadensersatz-Verfahren vor dem Oberlandesgericht Köln, weil das von ihm erzeugte CO₂ den Klimawandel beschleunige. Damit sei der Konzern auch für das Schmelzen eines Gletschers in

Chile mitverantwortlich, wodurch ein Bauer geschädigt werde. Diese „durchgeknallte“ Argumentation ist kein Aprilscherz! Das deutsche Gericht will nun sogar zwecks Beweisaufnahme nach Chile fliegen. Auch das ist kein Aprilscherz! Vielleicht kommt die internationale „Öko-Mafia“ sogar noch auf die Idee, den Menschen in den kalten Ländern das fürs Weltklima schädliche Heizen ihrer Wohnungen durch die Gerichte verbieten zu lassen.

Absurderweise versucht unsere Regierung ein ähnliches Ziel durch immer höhere Öko-Steuern auf Gas und Heizöl zu erreichen. Mit dem Ergebnis, dass die Ärmsten als erste frieren müssen. Dies wiederum ermöglicht den Sozialisten, bei uns den „Klassenkampf“ wieder zu eröffnen. Wie können die Unionsparteien so dumm sein, dass sie dabei mitmachen.

Bei der Auseinandersetzung mit den grünen Ideologen sollte man allerdings auch nicht den Fehler machen, das Kind mit dem Bade auszuschütten und alle grünen Argumente pauschal abzulehnen. Denn einige stammen, wie eingangs erwähnt, von bürgerlichen Naturschützern. Es geht deshalb darum, dass bürgerliche Parteien nur dann bei den Wählern glaubwürdig bleiben, wenn sie berechnete grüne Anliegen unterstützen. Denn dann können sie umso überzeugender darauf hinweisen, dass es den grünen Ideologen mit ihren Exzessen gar nicht um einen vernünftigen Natur- und Ressourcenschutz geht, sondern dass ihre Öko-Maßnahmen sich gezielt gegen unsere Wirtschaft richten. Deshalb können wir mit Nachdruck die weltweiten Energie- und Rohstoffverschwendungen kritisieren, die im Interesse künftiger Generationen vermieden werden sollten und die auch ohne Wohlstandseinbußen vermeidbar wären. Typische Beispiele sind touristische Fernreisen mit dem Flugzeug und unsere Wegwerfgesellschaft.

Um allerdings das richtige Maß hinsichtlich der wirklich nötigen Einsparungen beim CO₂-Ausstoß zu finden, müsste erst einmal objektiv geprüft werden, wie hoch der Einfluss dieses Gases auf die Erderwärmung überhaupt ist. Denn es gab in der Erdgeschichte ständig Klimaschwankungen. Auch die Behauptung mancher Experten, dass der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten sei, könnte dabei eine Rolle spielen. Denn wenn dies wirklich zutrifft, wären alle Klimaschutzmaßnahmen (vor allem in der bei uns geplanten extremen Radikalität) ohnehin sinnlos und damit unzumutbar. Dies würde auch die in Paris vereinbarte Klimaneutralität völlig zur Utopie machen. Für die These

eines vom Menschen nicht aufhaltbaren weiteren CO₂-Anstiegs spricht im Übrigen auch das explosive Wachstum der Weltbevölkerung, das nur mit einer entsprechenden Erhöhung der Energieproduktion bewältigt werden kann. Es ist auch typisch, dass unsere Grünen dieses offensichtliche Problem, das vor allem von der 3. Welt verursacht wird, weitgehend ignorieren, obwohl eine vernünftige Familienplanung vor allem im Interesse der betroffenen Länder liegen würde. Aber solche Empfehlungen werden von den Grünen als „rassistisch“ eingestuft und sind deshalb nur gegenüber den „bösen“ weißen Völkern erlaubt.

Aufgrund der derzeitigen Entwicklung ist es jedenfalls realistisch, von der Annahme eines weltweiten ständig steigenden Energiebedarfs auszugehen, der nur mit fossilen Brennstoffen oder Atomkraft gedeckt werden kann und auch nur so bezahlbar ist. Deshalb werden entsprechende Kraftwerke auch weiterhin in vielen Ländern neu gebaut. Es wäre für die Menschheit aber noch wesentlich wichtiger, dass es möglichst bald gelingt, Kernfusions-Reaktoren zu errichten, weil nur diese das Energieproblem (und auch ein mögliches CO₂-Problem) wirklich dauerhaft lösen könnten.

Ein „Klima-Verbrechen“ der Superlative: Die Abschaltung unserer sicheren AKWs

Eines muss man den deutschen grünen Fanatikern in diesem Zusammenhang allerdings vorwerfen: Das letztlich durch ihre Propaganda verursachte vorzeitige Abschalten der deutschen Atomkraftwerke war nach ihrer Logik ein verantwortungsloses „Klimaverbrechen“, wenn man bedenkt, welchen gewaltigen CO₂-Ausstoß (durch Ersatzkraftwerke mit fossiler Energie) man bei einem Weiterbetrieb dieser Anlagen hätte vermeiden können. Die Atomkraftgegner können diese Entscheidung auch nicht mit den Problemen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle rechtfertigen, weil es keine Rolle spielt, ob mehr oder weniger derartige Abfälle entsorgt werden müssen. Denn es geht dabei letztlich um die „Sicherheit“ bei der Endlagerung, und diese hängt nicht von der Menge, sondern allein von der Qualität der Entsorgungsmaßnahmen ab. Und für die generelle, alle Ländergrenzen überschreitende „Unsicherheit“ von Atomkraftwerken kann man die abgeschalteten deutschen am wenigsten verantwortlich machen, weil sie zu den sichersten der

Welt gehörten. Wer das CO₂ für so gefährlich hält, wie es die grüne Propaganda den Bürgern einredet, sollte daher konsequent bleiben und für den Ausbau der Atomkraft eintreten. Dies haben die Manager von „Greta“ sogar getan, als sie diese zu einem entsprechenden Plädoyer für Kern-Kraftwerke veranlasst haben. Sie wurden aber offensichtlich von ihren Geldgebern sofort zurückgepfiffen, weil weitere derartige Aussagen von „Greta“ nicht mehr verbreitet wurden.

Es gibt aber auch noch viele andere kostengünstige Möglichkeiten zur CO₂-Reduzierungen, die in unseren Medien aber kaum diskutiert werden. So könnte man eine Reduzierung des CO₂-Gehaltes der Luft mit den Mitteln der Natur erreichen. Wie z.B. durch große international finanzierte Aufforstungs-Aktionen, wie sie kürzlich von Wissenschaftlern vorgeschlagen wurden. Diese haben festgestellt, dass es dafür riesige für die Nahrungsmittelerzeugung ungeeignete Flächen auf der Erde gäbe, deren Aufforstung relativ wenig kosten würde und auch sehr gut für die Natur wäre.

Noch einfacher wäre es aber, erst einmal die sinnlose Rodung tropischer Regenwälder zu stoppen. Denn Pflanzen „ernähren“ sich von CO₂ und binden den Kohlenstoff in „Biomasse“. Da ein stärkerer CO₂-Gehalt in der Luft auch zu stärkerem Pflanzenwachstum führt, kommt es automatisch zu einer höheren CO₂-Reduzierung und stellt damit (zumindest teilweise) wieder ein natürliches Gleichgewicht her. Im Übrigen besteht auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Erderwärmung zu stärkerer Wasser-Verdunstung und damit zu mehr Wolken führt. Diese haben zumindest im Sommer einen starken Abkühlungseffekt.

Das überzeugendste Argument gegen die grünen Horror-Thesen ist allerdings die historische Erfahrung. Sie lehrt uns, dass in der Vergangenheit nicht Erwärmungen, sondern Erdabkühlungen das Leben gefährdet haben. Zumindest sind in der Menschheitsgeschichte keine Katastrophen durch Wärmeperioden bekannt. Diese haben sich vielmehr in der Römerzeit und im Mittelalter sehr positiv für die Menschen und die Natur in Europa ausgewirkt. Auch aus anderen Erdteilen ist zumindest nichts Negatives aus diesen Wärme-Perioden bekannt. Dies lässt die Vermutung zu, dass jede Erwärmung auch natürliche Gegenkräfte mit Abkühlungseffekten (wie die oben genannten) mobilisiert und sich dadurch selbst in erträglichen Grenzen hält.

Warum werden diese Möglichkeiten in unseren Medien kaum diskutiert? Offensichtlich, um zu vermeiden, dass Zweifel an ihrer industriefeindlichen Klimapolitik aufkommen. Die Verlogenheit und Heuchelei unserer Klimapropaganda zeigt sich übrigens am deutlichsten dadurch, dass sie den viel wichtigeren Kampf gegen unsere „Wegwerfgesellschaft“ weitgehend unterlässt, obwohl damit am meisten erreicht werden könnte. Denn diese ist weltweit für die schlimmste Energie- und Ressourcen-Verschwendung verantwortlich. Mit den „Wegwerf-Produkten“ wird zwar sehr viel Geld verdient. Trotzdem ist sie die größte Sünde unserer Epoche im Hinblick auf die Chancen künftiger Generationen. Und dies ist allen selbsternannten Klima-Rettern sehr wohl bekannt.

Es wäre daher wesentlich besser gewesen, wenn man in Paris eine Verpflichtung der Industrie zur Herstellung langlebigerer Produkte beschlossen hätte. Man duldet sogar die zunehmende „kriminelle“ Praxis, in Industrieprodukte gezielt Teile einzubauen, die nur kurze Zeit funktionsfähig bleiben und danach eine Reparatur der Geräte mangels Rentabilität verhindern. Dies ist eine besonders skandalöse Energie- und Ressourcen-Verschwendung. Aber das alles interessiert die Grünen und ihre Geldgeber nicht. Denn wer ein Problem als „politische Waffe“ benutzt, ist normalerweise nicht an der Lösung des Problems interessiert, die ihn seiner „Waffe“ berauben würde. Alle Indizien deuten deshalb darauf hin, dass die Zerschlagung unserer Industrie- und Wohlstandsgesellschaft zumindest bei den rot-grünen Ideologen eine „beschlossene Sache“ ist.

Die nächste Weichenstellung für diese Fahrt in den Abgrund erfolgt bei den Wahlen im September.

Manfred Ritter

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

Dieter Farwick

Das Ziel des „Great Reset“:

Die „Weltherrschaft“ der Superreichen

Nach fünfzig erfolgreichen Jahren sucht Professor Dr. Klaus Schwab, der 83jährige Gründer und Mastermind des jährlich in Davos tagenden Weltwirtschaftsforums (WEF), eine neue Herausforderung: Die „Weltherrschaft“ mit dem „neuen“ Menschen und einer „neuen“ Weltordnung. Dabei ist China sein vorbildhafter Traum, mit dem er seit Jahren eng zusammenarbeitet - in der akademischen Welt, der Weltwirtschaft, in der Bildung und in der Weltpolitik. Bis 2030 soll der „totale Umbruch“ friedlich vollzogen sein, so sein Programm des „Great Reset“. Seit Monaten beschäftigt sich General a.D. Dieter Farwick intensiv mit dieser Thematik, die global ausgerichtet ist. Hier seine Einschätzung des Projekts:

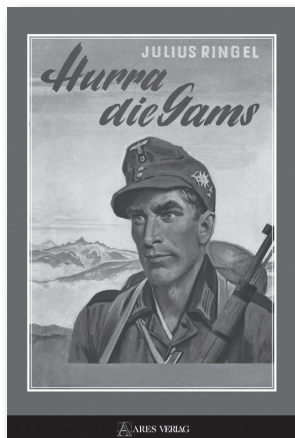


Wichtige Teilziele des „Great-Reset“

Was sind die wichtigsten Teilziele des so genannten „Great Reset“? Aus diesen macht das Weltwirtschaftsforum keine Geheimnisse. Auf der Homepage des Institutes werden diese offen benannt:

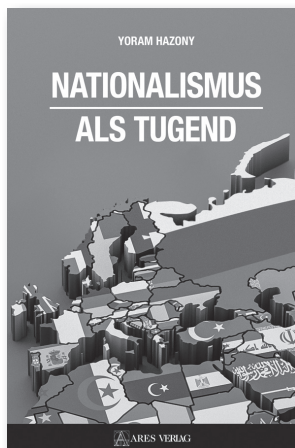
- Die Zerstörung der Nationalstaaten und deren Mittelschichten.
- Die Zerstörung demokratischer Strukturen.
- Der Verzicht auf privates Eigentum – mit Ausnahmen der „Superreichen“.
- Globaler Bevölkerungsaustausch zwischen den Rassen („Umvolkung“) mit dem Ziel, die Macht der weißen Rasse zu vernichten.
- Die Marginalisierung der Religionen.
- Die Zerstörung von Organisationen wie der UNO mit ihren 194 Mitgliedsstaaten, der NATO, der EU, der Union der afrikanischen Staaten und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit mit Sitz in Peking.
- Die Ausschaltung von Hunderten von Nicht-Regierungsorganisationen, den „NGOs“ – mit Ausnahmen.
- Die Vorbereitung der Menschheit darauf, dass die nächste Pandemie namens „Klimawandel“ bereits eingeführt wird.

Aus unserem Programm



ISBN 978-3-99081-065-1
Julius Ringel
HURRA DIE GAMS
Bearbeitet von Fritz Weber
328 Seiten,
zahlreiche
S/W-Abbildungen,
Hardcover
€ 30,-

ISBN 978-3-99081-072-9
Gerald Grosz
**FREIHEIT
OHNE WENN UND ABER**
186 Seiten, 12 Farbabbildungen,
Hardcover
€ 20,-



ISBN 978-3-99081-025-5
Yoram Hazony
NATIONALISMUS ALS TUGEND
*Aus dem Amerikanischen
übersetzt von Nils Wegner*
272 Seiten, Hardcover
€ 25,-

ISBN 978-3-99081-066-8
Werner Schachinger
DIE BOSNIAKEN KOMMEN!
**Elitetruppe in der K.U.K.
Armee 1879-1918**
2. Auflage, 368 Seiten,
über 50 S/W-Abbildungen,
Hardcover
€ 30,-



ARES VERLAG

www.ares-verlag.com

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand
über die Buchhandlung Stöhr, Lerchenfelder Straße 78-80, 1010 Wien,
Tel.: +43/1 406 13 49, E-Mail: buchhandlung.stoehr@chello.at, www.buchhandlung-stoehr.at

Einige dieser Teilziele sind bereits erreicht, ohne dass große Teile der Weltbevölkerung dies als Bedrohung wahrgenommen hätten. Das trifft besonders auf Deutschland zu.

Legalisierung weltweiter Migrationsströme

Die deutsche Noch-Kanzlerin Merkel hatte bereits 2015 Türen und Tore für eine massenhafte, illegale Massenzuwanderung geöffnet mit der Beruhigungsformel „Wir schaffen das“. Nach sechs Jahren wissen wir heute, dass Deutschland in der Aufnahme, der Unterbringung und Einbürgerung der Massen kläglich gescheitert ist. Die Funktionseliten, allen voran die Kanzlerin, erwiesen sich als unfähig, um dieses gewaltige Problem zu meistern – oder wenigstens deren Folgen zu mildern. Einige Bundesländer sträuben sich aus fadenscheinigen Gründen, gerichtlich verfügte Abschiebungen auszuführen – mit vielfältigen negativen Konsequenzen für die deutsche Bevölkerung, wie z.B. die Verfügbarkeit von zumutbaren Unterkünften und Arbeitsplätzen mit akzeptabler Bezahlung.

In den Monaten der „Corona-Pandemie“ hat sich die Lage besonders in der Bildung noch weiter zugespitzt. Kinder mit Migrationshintergrund hatten weder freien Zugang zu Homecomputern noch eine angemessene Förderung in der deutschen Sprache, da nicht wenige Eltern dieser Kinder der deutschen Sprache nicht mächtig waren – und sind. Das wird sich in den kommenden Jahren kaum ändern – mit sozialen und psychischen Folgen. Der Einstieg dieser Kinder in die Berufswelt Deutschlands wird für sie noch schwerer werden als für die autochthonen deutschen Kinder. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Schulkinder aus fremdländischer Herkunft heute bereits 28 Prozent aller Schüler ausmachen – mit steigender Tendenz. An manchen Schulen in Berlin oder Frankfurt sind autochthone deutsche Schüler bereits klar in der Minderheit. In solchen Klassen sinkt die Qualität der schulischen Leistungen signifikant. Diese Tendenz setzt sich an weiterführenden Schulen und den Hochschulen deutlich fort.

Die Migrationsabkommen von UN und EU

In Anwesenheit der Noch-Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde das Migrationsabkommen der UN am 12. Dezember 2018 in Marrakesch von 164 UN-Mitgliedsstaaten von insgesamt 194 „angenommen“. Es ist kennzeichnend für das Engagement der Kanzlerin in dieser Frage,

dass sie als einzige Regierungschefin anwesend war. Die rechtliche Bindung wird in einer UN-Vollversammlung erfolgen.

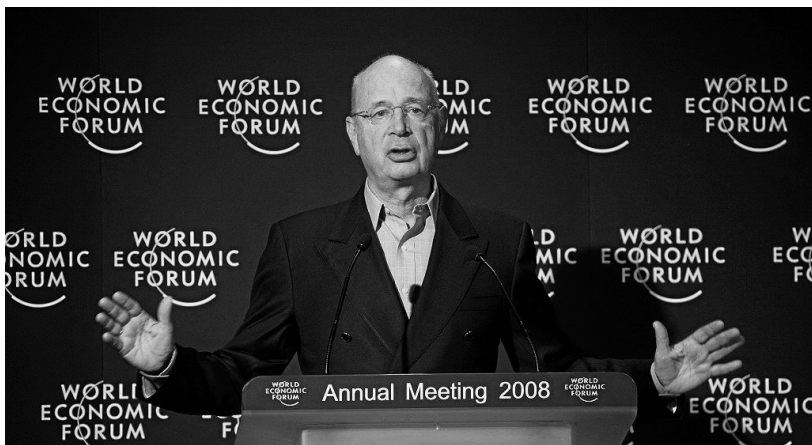
Der für Deutschland wichtigste Punkt ist die ungehinderte Zuwanderung aller Menschen dieser Erde. Kein Staat hat nach Lesart dieses Abkommens das Recht, Migranten die Einreise zu verweigern. Die UN spricht von rund 80 Millionen „Flüchtlingen“ innerhalb und außerhalb ihrer jetzigen Staaten. Die dürften für eine „Umvolkung“ nicht reichen. Zu erwarten ist, dass die „neue“ Weltregierung das Projekt „Umvolkung“ und Umfangszahlen auf einer Zeitachse festlegen wird, um das unweigerliche Chaos dieser „gegenläufigen Völkerwanderung“ relativ gering zu halten. Doch das ist Wunschdenken. Der limitierende Faktor werden die Transportkapazitäten sein: Zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Wer stellt diese internationale Organisation auf?
- Mit welchen Befugnissen?
- Mit welchen sanitären und medizinischen Einrichtungen? Wer bereitet Notunterkünfte vor – auf dem Transport und in der Zielregion?
- Oder gibt es einen Wohnungstausch im Verhältnis 1:1, der kaum vorstellbar ist?

Die außerordentliche Problematik eines weltumfassenden „Bevölkerungsaustausches“ und ihre ungelösten Fragen springen geradezu ins Auge. Eher unwahrscheinlich erscheint, dass solch ein riesiges Unternehmen friedlich ablaufen kann. Es wird vielmehr zu absehbaren und harten Verteilungskämpfen kommen. Ein babylonisches Sprachgewirr wird die Verständigung der Menschen erschweren. Allein dieses Teilgebiet „Massen-Transport“ von Millionen von Menschen müsste zu der Entscheidung führen, auf den Bevölkerungsaustausch als Teil des „Great Reset“ zu verzichten.

Aber für seine Protagonisten ist der „Bevölkerungsaustausch“ die entscheidende Frage für die ersehnte Verbesserung der „neuen“ Welt. Ihr Credo: Die Dominanz des „bösen, weißen, alten Mannes muss zerbrochen werden!“ Dazu O-Ton Schwab: „Wir müssen den ‚Virus Mensch‘ vom Planeten Erde entfernen“. Ein veranschaulichender Videobeitrag des WEF dazu wurde zurückgezogen. Er zeigte leere Häuser und leere Straßen, um zu beweisen, dass die Reduzierung von Menschen bereits erfolgreich sei. So zeigen und sehen Menschenverächter ihre wahren Ziele.



Er verkündet seine Pläne nach „Weltherrschaft“ ganz offen: Professor Dr. Klaus Schwab, der Gründer und Mastermind des jährlich in Davos tagenden Weltwirtschaftsforums (WEF).

Deutsche Unterstützer des WEF

Professor Schwab, Staatsbürger der Schweiz, erfreut sich starker Unterstützung aus Deutschland. An der Spitze stehen Vertreter der deutschen Wirtschaft und Industrie. Die geographische Nähe und fehlende Sprachbarrieren erleichtern das Zusammenwirken. Auf der Website des „World Economic Forum“ (WEF) werden alle Unterstützer aufgeführt, wenn sie bereit und in der Lage sind, jährlich ein Beitrag von rd. 40.000 Euro zu leisten und einen Jahresumsatz von rund fünf Milliarden Euro aufweisen. Darüber hinaus sind sie bereit, für besondere Vorhaben Sonderzahlungen zu leisten, falls es auch dem Interesse des eigenen Konzerns dient.

Die Liste deutscher Konzerne, die das WEF seit Jahren unterstützen, liest sich wie ein „Who is who?“ der deutschen Topkonzerne. Als Gegenleistung erhalten sie Beratung und Information sowie Unterstützung bei eigenen Vorhaben – besonders im Ausland. Das WEF unterhält Büros in wichtigen Metropolen in aller Welt – mit Schwerpunkt in China. Das dortige Büro wurde jahrelang von Oliver Schwab geführt, der gute Kontakte in die chinesische akademische Welt und in die chinesische Wirtschaft aufgebaut hat. So ist es nicht verwunderlich, dass China in den Führungs- und Organisationsgremien des WEF stark

vertreten ist. In Deutschland ist weniger bekannt, was die Vertretungen des WEF in den wichtigsten Metropolen der Welt leisten. Sie führen in enger Abstimmung mit den Partnerländern jährlich eigene Veranstaltungen durch. Die Glanzstücke sind die Davoser Jahrestagungen.

Eine weitere deutsche Unterstützerin des „Great Reset“ ist die als deutsche Verteidigungsministerin krachend gescheiterte Ursula von der Leyen, die alle Entscheidungen und Maßnahmen des WEF begrüßt. Der Neue Star als Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, ist mit dem WEF Eliteclub „Global Young leaders“ eng verbunden, die mit Unterstützung des WEF ihre temporäre akademische Laufbahn durchlaufen hat. Sollte sie noch Dank für diese finanzielle Unterstützung des WEF empfinden, könnte sie in einen Loyalitätskonflikt geraten, der schwer mit ihrer möglichen Aufgabe der Führung eines Ministeriums oder gar des „Kanzleramtes“ zu vereinbaren ist.

Der Verlierer des Jahres ist mit Sicherheit Jens Spahn, ein Opfer von Angela Merkel, der klar war, wie der ehrgeizige junge Mann durch die Aufgabe im Gesundheitsministerium zu bändigen sei. Seine Träume in Richtung Kanzleramt sind zerstoßen – wie auch eine Karriere im WEF. Es bleiben dem WEF noch die Hofsänger – nicht nur aus Mainz –, die ihn weiter unterstützen.

Wegen Corona: Keine Feier zum 50. Geburtstag

Diese Meldung kam Anfang Juni: Mit Blick auf die mögliche Gefährdung der Gäste der Veranstaltung durch wechselnde hohe Inzidenzwerte hat man die Durchführung der Jahrestagung in Singapur abgesagt. Prof. Schwab und seinen Unterstützenden kann es nicht leicht gefallen sein, diese Entscheidung zu treffen, denn damit fällt die Feier zum 50. Geburtstag aus. Es ist davon auszugehen, dass alle Optionen einer Verlegung sorgfältig geprüft worden sind. Dabei haben persönliche Begegnungen immer einen hohen Wert. Sie können durch virtuelle Tagungen oder Videokonferenzen nicht komplett ersetzt werden. Noch scheint unklar zu sein, ob und wo die Jahrestagungen eine Fortsetzung findet.

Die Cyber-„Simulationsübung Polygon 2021“

Auch der diverse Einsatz digitaler Kommunikationsmittel hat einen wichtigen Stellenwert im „Great Reset“. Hier sei auf die „Simulationsübung Polygon 2021“ hingewiesen. An dieser Übung sollen 29

Staaten und 120 Organisationen aus mehreren Staaten unter Führung des WEF und Chinas und Russlands teilnehmen, in der offensive und defensive Maßnahmen zur „Erprobung“ anstehen. Die Übung ist wichtig für die Vorbereitung und für die Durchführung des „Great Reset“. Unter Cyber-Maßnahmen werden alle Cyber-Aktivitäten in Kategorien zusammengefasst: Cyber crime, Cyber-Offensive, Cyber-Spionage, Cyber-Sabotage, Cyber-Defensive.

Offensive Cyber-Maßnahmen

Es gibt täglich weltweit hunderttausende Cyber-Attacken – insgesamt mehr von kriminellen Einzeltätern als von kriminellen Banden. Sie wollen reiche Individuen oder „sensible“ Organisationen ausspionieren – und Schweige- oder Lösegelder erpressen. „Sensible“ Organisationen sind vorzugsweise Arztpraxen oder große Krankenhäuser, Verwaltungen, Behörden, Bundesämter, Bundes- und Landtage sowie Parteiorganisationen sowie das Militär, das gesondert behandelt wird.

Die meisten Digital-Nutzer kennen das Risiko, scheuen jedoch Vorkehrungen technischer und menschlicher Art. Sogar so geringe Anstrengungen wie schnellere Wechsel von Passwörtern oder ein Mix von Ziffern und Buchstaben unterbleiben. Es gibt relativ preisgünstige technische Abwehrmaßnahmen, die Sicherheitsbeauftragte den Vorgesetzten vorschlagen, aber von zu kostenbewussten Vorgesetzten dann abgelehnt werden.

Ein Problem entsteht auch, wenn mehrere Menschen einen Computer bedienen (müssen) oder dienstlich mit privatem PC oder privatem Handy arbeiten, was die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton tausendfach gemacht hat – ohne Folgen. Störungen und Lähmungen von Funkverkehr sind eine „alte“ Methode, die aber heute mit modernen Geräten weiter praktiziert wird.

Aktuell werden „offensive“ Maßnahmen mit etlichen „Tricks“ so geschickt geschützt, dass es für die Betroffenen nahezu unmöglich ist, Herkunft und Täterschaft zu erkennen. So kann der Sender andere Computer – genannt Bots – missbrauchen, ohne dass der „Besitzer“ diesen Missbrauch bemerkt. Damit bleibt der Sender unerkannt.



Publikumsmagnet Davos: Tourismuswerbung der Stadt in der Schweiz aus dem Jahre 1914. Eine Farb lithographie nach einem Entwurf von Burkhard Mangold (1873 - 1950).

Defensive Maßnahmen im Kampf gegen Cyberattacken

Defensive Maßnahmen bilden den schwierigsten Teil dieses Themas, denn: Der lautlose Angriff kommt aus dem Nichts. Die Richtung, aus der der Angriff erfolgt, ist nicht erkennbar. Er ist auch geruchlos und hinterlässt keine Kondensstreifen. Die Sender zu orten und sie zu bekämpfen, ist eine schwierige Aufgabe. Noch schwieriger ist das juristische Problem.

Welche verantwortliche Führung würde einen Einsatzbefehl gegen mehrere Länder geben, die glaubhaft darstellen können, an der Attacke nicht teilgenommen zu haben? Wäre eine Ächtung von Cyberattacken eine Lösung? Wohl kaum.

Wäre ein Verzicht auf einen Ersteinsatz eine bessere Lösung? Angesichts des Misstrauens zwischen den potentiellen Mächten ist sie derzeit nicht in Sicht.

Die Suche nach einer akzeptablen Lösung muss wohl weitergehen.

Stand und Ergebnisse von „Great-Reset“-Studien

Dem Autor sind der Stand von „Great Reset“-Studien und deren Ergebnisse nicht bekannt. Sie wären aber eine wichtige Voraussetzung für die Einschätzung der erfolgreichen Durchführung dieser komplexen und komplizierten globalen Operation, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt.

Sie wäre nur verantwortbar, wenn sie für das Wohlergehen der Menschen einen deutlichen Vorteil mit sich brächte, denn der Weg dahin ist steil und steinig. Aber: Das Wohl der einzelnen Menschen oder Menschengruppen ist den Protagonisten des „Great Reset“ offenkundig egal. Sie wollen die Weltherrschaft – koste es, was es wolle. Das ist sehr kurzsichtig gedacht.

Eine starke Reduzierung der Weltbevölkerung ist in ihren Augen ein Muss. So sprach Bill Gates von einer „Halbierung der Weltbevölkerung“, um besser regieren zu können.

Dazu die Nebenbemerkung: Bill Gates ist bereits heute der Mensch mit dem größten Landbesitz der Welt. Er ist einer der wichtigsten Sponsoren der WHO und bestimmt, was mit seinem Geld geschehen soll. Ein Bevölkerungsaustausch, der „friedlich“ ablaufen soll, müsste jedoch umfassend und klug vorbereitet sein. Entscheidend wären

dabei Machbarkeitsstudien mit „offenen“ Ergebnissen. Sie wären die „Mutter“ aller Studien.

Die persönlichen Recherchen des Autors dieser Zeilen führen zu dem begründeten Urteil, den „Great Reset“ in der derzeitigen Form abzulehnen. Im Falle seiner Umsetzung führte er zu großen Leiden der gesamten Weltbevölkerung und später zu jahrzehntelangen – vielleicht gewollten - Verteilungskämpfen und Verlusten der Menschheit. Wenn nicht gewollt, würden sie sich sehr „unfriedlich“ in der neuen Welt auswirken. Es müsste sichergestellt werden, dass folgende Faktoren berücksichtigt werden:

- Die Aufnahmefähigkeit des neuen Raumes.
- Die unterschiedlichen Klimazonen.
- Die Religion der „Urbewohner“, falls diese noch in der Region leben.
- Die Transportmöglichkeiten aus der „Heimat“ in die „Fremde“.
- Die bestehenden Infrastrukturen zum Wohnen und Arbeiten.
- Die verfügbaren Arbeitsplätze.
- Die vorhandenen schulischen Einrichtungen.
- Die einsatzfähigen sanitären Infrastrukturen.

Autoren solcher Machbarkeitsstudien müssten die Bedingungen eines Lebens für die Neuankömmlinge vor Ort prüfen und zu einem klaren Ergebnis kommen. Sie sollten auch Vorschläge für sinnvolle Vorbereitungen der „Umsiedlungen“ machen können. Dazu gehören:

- Die Beachtung ethnischer und religiöser Besonderheiten.
- Die Vermeidung einer Zusammenführung von erkennbar feindlichen Bevölkerungsgruppen.

Welche Folgestudien ergeben sich ?

Hinzu kommen weitere Überlegungen: Fachleute aus wichtigen handwerklichen Berufen sollten den Ist-Zustand der „neuen“ Heimat feststellen und entsprechende „Bedarfsanalysen“ erstellen. Die Frage wird sein, was die „Umsiedler“ mit sich führen können - oder ob benötigte Wirtschaftsgüter mit Materialtransporten nachgeführt werden müssten.

Beim Bevölkerungs-Austausch muss klar vorab klargestellt werden, dass es sich nicht um eine „feindliche Übernahme“ handelt. Nur so können Zerstörungen aus Frust und Wut vielleicht vorbeugend verhindert werden. Das gilt besonders für Trinkwasser- und Energieversorgungseinrichtungen.

Alle diese Folgestudien müssten frühzeitig zur Verfügung stehen. Sie könnten das Einleben erleichtern. Außerdem: Der „Bevölkerungsaustausch“ sollte durch umfassenden „Informationsaustausch“ – ergänzend und vorab - vorbereitet werden. Für den Beginn des Austausches sollte auch die Jahreszeit beachtet werden. In der Monsunzeit z.B. oder im Winter wäre der Beginn des Austausches nicht zu empfehlen.

Besondere Probleme des nationalen Gesundheitswesens

Das nationale Gesundheitswesen in Deutschland hat kläglich versagt. Man hat die alte Erfahrung vergessen: Nach einer Pandemie ist **vor** einer Pandemie, was deswegen besonders beklagenswert erscheint, weil wir in Europa im Abstand von ca. 10 – 15 Jahren immer wieder von einer Pandemie getroffen werden.

Eigentlich sollte man aus der „letzten“ Pandemie gelernt haben, was in Vorbereitung auf die nächste tunlichst **nicht** passieren darf. Da lautet dann als erstes Gebot: Akten schließen – und sparen an Personal, Material und Infrastruktur oder an Beatmungsmaschinen sowie angelerntes Personal schlecht zu bezahlen oder zu versetzen.

Die traurige Bilanz im aktuellen Fall für Deutschland: Rund 89.000 Todesfälle mit oder in Verbindung mit „Corona“. Selbst 40.000 wären für ein reiches Deutschland ein Armutszeugnis. Statt geordneter Routine durch geschultes Personal bekamen wir Hektik und Panik bis hinauf in die Regierungen des Bundes und der Länder. Die wiederholten Lockdowns mit Verstößen gegen Gesetze und Menschenrechte zermürbten die Moral der Menschen, zumal in anderen entwickelten europäischen Ländern ohne wiederholte Lockdowns die Ausfallquoten nicht höher waren – eher weniger.

Ein schwerer Fehler Deutschlands war seine Bereitschaft, die Kontrolle des gesamten Beschaffungs- und Verteilungsvorganges der Impfstoffe in die Hände der EU zu legen. Damit wollte man der EU-Ratspräsidentin Angela Merkel ein Abschiedsgeschenk machen und der EU-Präsidentin Ursula von der Leyen eine Chance zur Profilierung und zur Imagepflege geben. Beide „guten“ Absichten führten direkt ins vorhersehbare Chaos. Denn: Die EU ist keine Organisation, solche komplexen Aufgaben zu lösen. Deutschland konnte die Führung des Verfahrens nicht mehr übernehmen, ohne die EU und ihre deutsche Präsidentin an den Pranger zu stellen.

„Deutsche Bemühungen“

Die Kanzlerin wählte ohne Not die Ministerpräsidentenkonferenzen zu dem Rahmen für Krisenberatung und Entscheidungen, die in deutschen Gesetzen nicht vorgesehen ist. Mit der absehbaren Folge: Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten nutzten ihre unverhoffte Chance skrupellos aus, um ihre Landes-Interessen durchzusetzen. So machten die „Provinzfürsten“ Deutschland zum Fleckenteppich mit widersprüchlichen Anordnungen, die die meisten Bundesbürger nicht mehr verstanden. Sie verloren das Vertrauen in die Regierungen des Bundes und der Länder.

Das Beharren auf kaum zu verstehende Einschränkungen im täglichen Leben führte zu Überschreitungen der Vorgaben. Die verunsicherte Polizei trat zur Seite und schaute in vielen Fällen nur mehr zu. Diese Schwäche wurde wiederum von allen möglichen „Corona-Widerstandskämpfern“ gnadenlos ausgenutzt.

Das Tragen von Schutzmasken und das Einhalten eines Sicherheitsabstandes – so zeigten es Fernsehbilder – stieß auf provokative Ablehnung. Junge Polizistinnen und Polizisten mussten demonstrative Verachtung überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund über sich ergehen lassen, sie wurden beschimpft und bespuckt.

Es grenzt an ein Wunder, dass es noch Jugendliche gibt, die den anspruchsvollen Beruf eines Polizisten ergreifen wollen, angesichts chaotischer Verhältnisse. Sie erleben in der Praxis „an der Front“, dass sie zu häufig sogar von ihren Vorgesetzten im Stich gelassen werden. Oder, noch schlimmer, wenn sie abgemahnt werden, weil sie sich zu einem Revanchefoul haben hinreisen lassen.

Aus seiner Hamburger Zeit kann sich der Autor noch an den „Hamburger Kessel“ erinnern, den Polizisten gebildet hatten, um die Personalien illegaler „Demonstranten“ aufzunehmen. Dies geschah damals – soweit erinnerlich – auf Weisung der Hamburger Polizeiführung. Lang ist es her, aber immer noch rechtlich möglich. Das gilt auch für „vorläufige Festnahmen“, die bis zum Ablauf des kommenden Tages 24.00 Uhr dauern dürfen. Eine nachhaltige „Erzieherische Maßnahme“, von der heute zu wenig Gebrauch gemacht wird.

Auch hier eine traurige Bilanz: Wir haben ohne Not den Status einer ursprünglich „wehrhaften Demokratie“ nach innen und außen verloren.

Deutschland vor den Bundestagswahlen 2021

Man muss lange zurückdenken, um sich an Bundestagswahlen zu Merinnen, die unter so schlechten Vorzeichen wie die bevorstehende gestanden haben. Es wird sehr schwer werden, wieder zu einigermaßen stabilen politischen Verhältnissen zu kommen. Die Zeiten von Zweier-Koalitionen scheinen vorbei zu sein.

Eine Ursache für In-Stabilität kann sein, dass die Amtsinhaberin Angelika Merkel nicht mehr antritt. Ihr offenkundiges Versagen in der Bewältigung der „Coronapandemie“ und ihr Festhalten an etlichen unfähigen Ministerinnen und Ministern erscheint aber eher zweitrangig. Ins Auge sticht vielmehr, dass die so genannten „Altparteien“ ihr Pulver weitgehend verschossen haben. Verführt hat die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ nach der „Krönung“ ihrer Kanzlerkandidatin bereits den Sieg gefeiert. Durch Anfängerfehler von Annalena Baerbock wurde dieser Höhenflug hart gestoppt. Sie fiel vom klaren ersten Platz auf den dritten Platz der Rangliste der Spitzenpolitiker zurück.

Die Bildung einer neuen Koalition wird schwerer sein als in der Vergangenheit. Es wird wohl auf eine Dreier-Koalition hinauslaufen, doch das sind Spekulationen.

Ein persönliches Resümee

Der Autor dieses Beitrags für das „Deutschland-Journal“ gehört zu den Bürgern, die sich seit langer Zeit für eine bessere Politik in Deutschland und Europa eingesetzt haben und dies Ziel auch weiter verfolgen. Er ist davon überzeugt, dass sich Professor Schwab und seine Partner, wie z.B. China und Russland, an dem Projekt „Great Reset“ übernehmen. Es geht ihnen nämlich nicht um das Wohlergehen der Menschheit, wie sie lautstark verkünden, sondern um die Weltherrschaft im neuen Gewande. Aus ihren Äußerungen spricht die Verachtung des Individuums. Das Ziel ist ein „Öko-Sozialismus der Milliardäre“, wie sie selbst formulieren: „Ihr werdet 2030 nichts mehr besitzen, aber glücklich sein.“ Oder „Wir müssen den Virus Mensch vom Planeten entfernen.“ Gilt das auch für sie selbst und ihre Partner? Es wäre deswegen ein Segen für die gesamte Menschheit, wenn Sie den Plan einer „vierten industriellen Revolution“ aufgeben und ihre verfügbaren Mittel in eine „friedliche Evolution“ investieren würden, wie sie die Menschheit mit Erfolg in den letzten 50 Jahren praktiziert hat. Das wären dann „nur“ kleine Schritte, aber ohne unschuldige Menschenopfer.



236 Seiten, ISBN: 978-3-87336-708-1, Klappenbroschur, Preis: 16,99 Euro

WWW.GERHARD-HESS-VERLAG.DE

Bernd Kallina
„Der „Great Reset“ wird scheitern!“

Interview mit Dr. Bruno Bandulet

„Davos als Wille und Vorstellung“, so lautete der Titel einer tief schürfenden Analyse zum „Great Reset“ des World Economic Forum von Dr. Bruno Bandulet, veröffentlicht in Ausgabe 3/2021 der von Andreas Lombard herausgegebenen großformatigen Zweimonatszeitschrift CATO. Bandulet, renommierter Journalist mit weltweitem Erfahrungsschatz und zuletzt auch Referent beim SWG-Seminartag 2019, bescheinigt den Akteuren des „Great Reset“ eine „falsche Therapie“ bei ihrem Welt-Rettungsprojekt bei „teils richtiger Diagnose“ und warnt vor einem „Milliardärssozialismus“. Bernd Kallina sprach mit Dr. Bandulet über seine Sichtweise der Problematik.



Vorwurf „Verschwörungstheorie“: Ein billiger Trick

Herr Dr. Bandulet. Sie haben sich in journalistischen Beiträgen kritisch mit dem Projekt „Great Reset“ auseinandergesetzt. Wurden Sie deswegen auch schon der Verbreitung von „Verschwörungstheorien“ beschuldigt?

Nein, noch nicht! Vielleicht liegt das daran, dass ich sorgfältig arbeite und alles belegen kann, was ich schreibe und sage. Abgesehen davon ist es ein billiger Trick, alles Mögliche, was gewissen Mächtigen nicht passt, als Verschwörungstheorie abzutun. Natürlich gibt es Verschwörungen, die hat es immer gegeben. Wir müssen nur unterscheiden zwischen tatsächlichen und vermeintlichen Verschwörungstheorien.

Wenn es sich beim „Great Reset“ also nicht um eine „Verschwörung“ handelt, was ist er dann – ausgedrückt in einer knappen Formulierung?

Zunächst ist ja der „Great-Reset“ nur der Titel eines Buches von Karl Schwab, das im vergangenen Jahr herauskam. Das Wort „Reset“ kann bedeuten „Umbruch“ oder „Neustart“ - oder auch eine „Lösch-

Operation“. Was also will Schwab eigentlich? Zum einen will er keine Rückkehr zu der Zeit vor Corona, das sagt er ganz eindeutig. Und zum anderen propagiert er eine neue politische, ökonomische und gesellschaftliche Ordnung, die geprägt ist von Digitalisierung, Globalisierung und den Interessen globaler Konzerne und Machtstrukturen. Insgesamt ein freiheitsfeindliches, antinationales und auch mittelstandsfeindliches Konzept.

Sie beschreiben den „Great Reset“ als eine falsche Therapie bei teils richtiger Diagnose. Inwiefern gestehen Sie den Akteuren vom „World Economic Forum in Davos“ (WEF) eine partiell richtige Lageanalyse wessen zu?

Na ja, Schwab ist sehr gut informiert und schon deswegen ist sein Buch durchaus lesenswert. Z.B. prognostiziert er, dass die technologischen Innovationen Millionen von Arbeitsplätzen vernichten könnten, oder der Arbeitsmarkt zwischen hoch- und schlecht bezahlten Positionen polarisiert werden wird. Oder er vergleicht sehr treffend die Stärken und Schwächen der führenden Volkswirtschaften. Und auch seine Betrachtungen zur amerikanisch-chinesischen Rivalität sind durchaus ausgewogen und lesenswert. Aber dann gibt es an einer wirklich interessanten Stelle seines Buches den Begriff „Globalisierungs-Trilemma“. Danach sind Globalisierung, politische Demokratie und Nationalstaat nicht miteinander vereinbar. Man könne davon nur zwei wählen, so seine These. Nun sagt Schwab nicht explizit, wie er sich hier entscheiden würde, aber er lässt keinen Zweifel an seinem Feindbild, und das sind die Nationalisten und Populisten. Also bleibt dann Globalisierung und politische Demokratie – wobei man sich aber die Demokratie ohne den Nationalstaat nur als leere Hülle vorstellen kann. Insofern ist die Option, die die chinesische Führung gewählt hat, ehrlicher!

Zu den zentralen Bestandteilen der Great-Reset-Planungen gehören z.B. die Auflösung der klassischen Nationalstaaten und deren Mittelschichten und ein großer Bevölkerungsaustausch, d.h. eine gezielte Multi-Kulturalisierung vor allem auch Deutschlands und Europas. Derartige Ziele stoßen allerdings auf erhebliche Widerstände bei den Betroffenen. Wie sollen sie gebrochen werden?

Natürlich sind Einwanderung, offene Grenzen und Multi-Kulturalismus nur im Sinne der Leute, die das WEF tragen und finanzieren. Auch

schon deswegen, weil ein großes Angebot von Arbeitskräften tendenziell die Löhne drückt. Andererseits erklärt sich – also jetzt einmal jenseits eines vermuteten Planes – der andauernde Migrationsdruck ja bereits durch das Geburtendefizit in Europa, durch die viel zu attraktiven Sozialleistungen für Migranten und durch den mangelhaften Grenzschutz, also durch ein Regierungsversagen.

Ich bin aber dennoch überzeugt, dass sich die Widerstände so leicht nicht brechen lassen werden. Es hängt eben ganz von den politischen Kräfteverhältnissen ab, siehe z.B. Dänemark und den dortigen Aufstieg der Dänischen Volkspartei. Da ist die Politik gegenüber Einwanderung inzwischen viel restriktiver geworden. Und dank der Existenz der Dänischen Volkspartei haben inzwischen die regierenden Sozialdemokraten diese Restriktionen übernommen.

Insofern haben dann die Populisten eine korrigierende Funktion?

Ja, in diesem Fall sogar eine sehr starke Funktion, d.h., so geht es also auch. Diese populistische Partei zwingt zunächst uneinsichtige Sozialdemokraten zur Kurskorrektur in der konflikträchtigen Multi-Kulti-Frage zugunsten dessen, was die Mehrheit der Bevölkerung will. Bei uns sind wir noch nicht so weit.

Nun wird ja die Zeit nach einer vorläufig erfolgreichen Bekämpfung der Corona-Pandemie als eine Phase beschrieben, die dieser Neuausrichtung der Menschheit im Sinne der Reset-Strategen dienen soll. Welche Rolle spielte dann Corona im Zusammenhang von „Welt-Gesundheit“, es ist ja von einer „Post-Covid-Weltordnung“ die Rede?

Bilanz der Pandemie-Bekämpfung: „Eine Orgie der Macht-Anmaßung“

Lassen Sie mich es so sagen. Unsere Freunde haben im Corona-Jahr gesehen, wie leicht sich Freiheiten einschränken lassen. Das hat schon einmal den Appetit angeregt. Am schönsten hat es Karl Lauterbach gesagt. Er hat beklagt, dass es gegen Kohlendioxyd niemals eine Impfung geben wird. und dann sagt er wörtlich: „Somit benötigen wir Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, die analog zu den Einschränkungen der persönlichen Freiheit der Pandemie-Bekämpfung

sind.“ Das hätte auch Karl Schwab nicht besser sagen können. Also, es ist insgesamt eine Orgie der Macht-Anmaßung zu verzeichnen, die übrigens an den Satz denken lässt, dass bei einer funktionierenden Demokratie die Regierenden Angst vor den Regierten haben sollten und nicht umgekehrt!

Professor Klaus Schwab, der 83jährige WEF-Gründer, sieht sich selbst als Visionär einer globalen Mission, die Welt zu verbessern. Mit welchen Partnern soll das operativ umgesetzt werden und vor allem, mit welcher Legitimation?

Die Partner sind vor allem die UNO, die EU, übrigens auch die EZB, die auch auf diesem Dampfer ist, dann internationale Konzerne, wenn auch nicht alle. Schließlich diejenigen nationalen Regierungen, die mitmachen, wie in den vergangenen Jahren die deutsche Bundeskanzlerin Merkel! Und die Legitimation, die geben sie sich selbst! Demokratisch ist das sicherlich nicht legitimiert, das interessiert auch niemanden von dieser Seite!

Ernst Nolte prägte den Begriff einer „ewigen Linken“. Er scheint heute ganz deutlich die Form eines grünen „Öko-Sozialismus“ angenommen zu haben, der auf einen „Milliärdärssozialismus“ hinausläuft, wie Sie schreiben. Ist das nicht ein seltsamer Widerspruch, ein Sozialismus der Superreichen?

Na ja, das ist kein Problem, denn die Superreichen verordnen sich ja den Sozialismus nicht für sich selbst. Wie heißt es so schön in Orwells „Farm der Tiere“: Alle Tiere sind gleich, aber einige sind gleicher!

„Klima-Neutralität“ ist das Schlagwort, dem sich vor allem die deutschen Grünen verschrieben haben. Dabei soll die Bundesrepublik mit gutem Beispiel durch radikale Senkung der CO2-Emissionen vorangehen, wobei der deutsche Anteil weltweiter Emissionen nur 2 Prozent beträgt. Was signalisiert Ihnen dieses Vorhaben?

Ja, inzwischen liegt der deutsche Anteil sogar schon unter zwei Prozent und er wird allein schon deswegen weiter sinken, weil die CO2-Emissionen Chinas, Indiens und anderer Länder weiter zunehmen. Also, was Deutschland hier unternimmt, ist wirklich ohne Belang für das Klima. Und was die Grünen angeht, die haben schon immer mit dem Schüren von Ängsten gearbeitet. Was da immer vorkam: Vor dem

In dieser Ausgabe 3/2021 von CATO thematisiert Dr. Bruno Bandulet ausführlich den ‚Great-Reset‘. Das meinungsbildende Medium geht in seiner zweimonatlichen Erscheinungsweise auf den „vergessenen Wert des Bewahrens“ ein und bietet „Orientierung im Hinblick auf Politik, Kultur, Religion, Alltag und Familie“.

Details und Angebote:

www.cato-magazin.de/

Telefon: 030-8109 67 80



Atomtod, vor dem Waldsterben, vor den Grenzen des Wachstums oder – jetzt – vor der Klima-Katastrophe. Sie instrumentalisieren Angst als Vehikel der Machtergreifung! Das Programm der Grünen läuft ganz klar hinaus auf eine Klima-Planwirtschaft, zusammen mit einer freiheitsfeindlichen Gesellschaftsordnung. Es ist reiner Öko-Sozialismus, und wir können auch sagen, eine neue Form des Totalitarismus, aber ohne KZs und ohne Gulag.

Planwirtschaft heißt immer Verarmung

Mit welchen Folgen für unsere Industrie z.B. in der Automobil-Branche?

Schon die Regierung Merkel hat viel dafür getan, das erfolgreiche Geschäftsmodell der deutschen Autoindustrie zu zerstören. Wir haben eine komplette Abkehr von der Marktwirtschaft, der Deutschland ja den Aufstieg als führende Industrienation nach dem Krieg verdankt, und wir haben – ganz klar – den Übergang zur Planwirtschaft. Die bedeutet immer Verarmung und geringeren Lebensstandard. Übrigens hat sogar die Deutsche Bank in einer Studie vom vergangenen Jahr

darauf hingewiesen, dass die Behauptung der Grünen, dass man mit der Klimagesetzgebung Arbeitsplätze schafft und den Wohlstand sichert, einer Quadratur des Kreises gleicht, d.h., das wird nicht funktionieren!

Seitens konservativer Kritiker an Weltrettungsprogrammen herrscht seit jeher ein berechtigter Vorbehalt bzgl. der Chancen ihrer Realisierbarkeit. Gerne wird dabei auf den von Carl Schmitt abgewandelten Satz von Proudhon hingewiesen: „Wer Menschheit sagt, will betrügen!“ Geht der Vorwurf im Fall von Great Reset zu weit?

Nein, überhaupt nicht! Wir kennen doch den Tugend-Terror aus der Zeit der Französischen Revolution, und auch Schwab sagt, er wolle die Welt verbessern. Also, wenn jemand glaubt, auf der Seite des „Guten“ zu stehen, dann ist immer Skepsis angebracht! Der Universalismus, der dahinter steckt, ist ja nicht per se eine noble Sache.

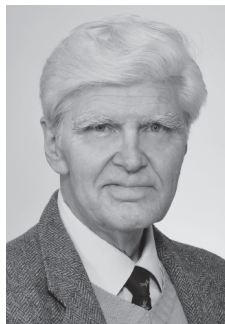
Herr Dr. Bandulet, glauben Sie, dass die Pläne des Great Reset aufgehen werden?

Nein, speziell Deutschland wird mit der grotesken Klima-Gesetzgebung nun in diese Richtung marschieren, zumindest so lange, bis genug wirtschaftlicher Schaden angerichtet ist. So etwas wie eine „global governance“, das ist das Code-Wort für eine Welt-Regierung, wird es nicht geben. Da werden weder die Amerikaner noch die Chinesen mitmachen und die Russen auch nicht. Ich bin überzeugt, dass die Nationen und Staaten die maßgebenden Akteure bleiben, auch wenn das die Politiker in Berlin nicht wahrhaben wollen. Margret Thatcher hat einmal gesagt, nur weil die Deutschen glauben, dass sie sich nicht selbst regieren können, denken sie, dass es auch die anderen nicht können. Welch' ein Irrtum! Letzten Endes wird der Great Reset scheitern, weil er sich gegen die menschliche Natur richtet.

Herr Dr. Bandulet, vielen Dank für dieses Interview!

Gerd Schultze-Rhonhof
**Der „Kampf gegen Rechts“
und die AfD**

Sofort nach Gründung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Jahre 2013 haben sich Meinungen zu ihr gebildet und verfestigt, die zu einer geschlossenen Abwehrfront der Altparteien führten. Die neue Alternative unter den Parteien wurde von Anfang an als Störenfried betrachtet und auch so behandelt. Zu dieser Einheitsfront gegen die AfD gesellten sich maßgebliche Teile von Presse und Rundfunk, allen voran die gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Massenmedien wie Hörfunk und Fernsehen. Von einer fairen bzw. von einer einigermaßen bemühten gleichberechtigten Auseinandersetzung dieser Kräfte mit der AfD konnte und kann keine Rede sein. Das hat unsere – im Prinzip – offene Demokratie für neue Kräfte nachhaltig beschädigt und zu weiteren Vertrauensverlusten der Bevölkerung gegenüber unserem Gemeinwesen geführt.



Abwehrfront der Alt-Parteien

CDU und CSU erkannten rasch, dass die AfD in ihre frühere, nun vakante konservative Rolle Mitte-Rechts im Spektrum der Parteien schlüpfte. Sie sahen in ihr nicht nur ihre unbequemen Nachfolger, sondern auch ihre ideologischen Nachbarn, die ihnen als Konkurrenten in der eigenen Wählerschaft Probleme schaffen werde. CDU und CSU haben die AfD flugs als rechtsradikal und nicht wählbar dargestellt. Die **zwei roten Linksparteien** haben in der AfD ihre neue rechte Gegenkraft erkannt, die ihnen nach Ausfall der CDU in dieser Hinsicht störend werden würde und ihnen außerdem mit ihren nationalen Anliegen ein paar wichtige Prozent der Wähler abwerben könnte. Sie haben nicht gezögert, die AfD braun anzupinseln und ihr Rechtsradikalität zu unterstellen. Damit konnten SPD und LINKE auch noch vom Problem der linksradikalen Gewaltkriminalität in Deutschland ablenken. Die **Grünen** haben sofort begriffen, dass mit der AfD die neue und für sie

einzigste Gegenkraft in Deutschland wächst, die sich gegen Multikulti, gegen Masseneinwanderung, gegen die Deindustrialisierung und gegen den grundsätzlich antideutschen Geist in ihrer Partei einsetzt. Sie haben deshalb mit Bezeichnungen wie Rassisten, Islamophobe, Ausländerfeinde und Nazis nicht gespart. Der liberalen **FDP** war der wertkonservative Kurs der AfD ein Dorn im Auge. Sie stimmten allen Negativurteilen der anderen Parteien vorbehaltlos zu. Die Skala der negativen Attribute zur AfD reicht somit von rechtsradikal über braun, ausländerfeindlich, islamophob, antisemitisch, rassistisch bis kriminell, und sie gipfelte in der Stigmatisierung durch die Ämter des Verfassungsschutzes.

Ich lasse meine Ansichten zu den Vorwürfen und Beschimpfungen folgen.

Rechtsextremismus und Rechtsradikalität

Die AfD als Parteiorganisation verurteilt Extremismus und Radikalität in jeder Form, insbesondere, wenn sie mit Straftaten und Gewaltanwendungen, Verunglimpfungen und unberechtigten Benachteiligungen Dritter verbunden sind. Sie befolgt die Normen des Grundgesetzes, was die Diskriminierung und Benachteiligung von Minderheiten und Menschen anderer Sprache, „Rasse“ und Religion betrifft. Diese Grundgesetztreue der AfD zu bestreiten, gehört zum publizistischen Waffenarsenal der Altparteien und vieler Medien.

Berechtigte Kritik an Angehörigen von Minderheiten und Menschen anderer Sprache, „Rasse“ und Religion gehört nach den im Grundgesetz garantierten Freiheiten der Meinung, der Information, der Presse und der Wissenschaft allerdings nicht zum oben erwähnten Schutzgebot des Grundgesetzes und damit auch nicht zur Tabuzone der AfD. Dies nicht zuzugestehen, gehört ebenfalls zum politischen Waffenarsenal einiger Angehöriger der Altparteien und der Medien.

Die sogenannten Rechtsextremismus-Experten und –Forscher, die mit ihren „Expertisen“ gegen die AfD in den Nachrichten und Talkshows auftreten und zitiert werden, beziehen ihr Demokratieverständnis in aller Regel auf alles, was links ist und ächten alles, was ihrer Auffassung nach rechts ist, egal, ob das Grundgesetz das hergibt oder nicht.

Sie sind – soweit ich das recherchieren konnte – meist im linken Umfeld sozialisiert. Sie waren früher Angehörige linker und links-extremer Jugendorganisationen, Artikelschreiber in linken Zeitschriften und Redner in linken Zirkeln. Manche von ihnen haben „Meinungswissenschaften“ studiert, die so wissenschaftlich sind, wie es der „Wissenschaftliche Marxismus“ in der DDR war. Ihre „Expertisen“ sind so wenig wissenschaftlich wie sie objektiv sind. Ihre „Expertisen“ sind die Fortsetzung ihres Kampfes gegen Rechts. Die Medien, die trotz der sehr aktiven und gewalttätigen linksextremen Szene so gut wie nie einen Linksextremismus-Experten zu Wort kommen lassen, verleihen den Rechtsextremismus-Forschern damit eine publizistische Monopolstellung und die Deutungshoheit darüber, was in Deutschland als demokratisch zu gelten hat und was als Rechts zu ächten ist.

AfD und Rassismus

Der politischen „Rechten“ und der AfD wird Rassismus vorgeworfen. Der so genannte Kampf gegen den Rassismus hat in Deutschland zwei Funktionen. Er soll **erstens** Angehörige anderer „Rassen“ vor Kränkungen, Verleumdungen und unberechtigten Benachteiligungen schützen, und er dient **zweitens** als Türöffner für die Einwanderer aus Afrika und Asien. Dass Soziologen, Politologen, die Grünen und manche Andere die Existenz von menschlichen Rassen bestreiten, ändert nichts an der Verpflichtung, dass Menschengruppen eines deutlich anderen Phänotyps vor Kränkungen und unberechtigten Benachteiligungen zu schützen sind. So selbstverständlich dieser Schutz in unserem Staat ist, so sehr ist andererseits zwischen Gästen und Eindringlingen zu unterscheiden. Wer in mein Haus eintritt, wird anständig behandelt. Wenn zu viele unaufgefordert in mein Haus eindringen, werden sie hinauskomplimentiert. Wenn sie nicht gehen wollen, geht es dabei unfreundlich und ruppig zu.

Da die ungebetenen Migrant*innen seit mehreren Jahren aus zwei anderen Kontinenten kommen, gehören sie fast alle zugleich fremden „Rassen“ an. So können die Einwanderungsbefürworter die Vorbehalte der Einwanderungskritiker leicht in den Vorwurf des Rassismus ummünzen und Empörung damit schüren. Das Spiel der Einwanderungsbefürworter ist leicht zu durchschauen, und dennoch fallen die meisten Wähler darauf rein. Da die Warnungen vor und der Protest gegen die

Masseneinwanderung bisher nur von der AfD erhoben werden, bleibt auch der Vorwurf des Rassismus vor allem an ihr hängen.

Seit Soziologen die Deutungsherrschaft über das Wort Rasse den Biologen weggenommen und ideologisch aufgeladen haben, wird „Rasse“ als scharfe Waffe gegen jeden eingesetzt, der das Wort wie bisher verwendet. Dabei wird offensichtlich übersehen, dass man damit Menschen, die sich Rassen zugehörig fühlen, einen Teil ihrer Identität und auch ihres natürlichen Selbstbewusstseins wegnimmt. Es ist so, als wollten die „Rasseleugner“ Menschen anderer Rassen wohlmeinend ihrer Identität entkleiden, weil sie selber unterstellen, dass deren Rassen in irgendeiner Weise minderwertiger seien. Ohne diese Unterstellung gäbe es keinen Grund, die Existenz von Rassen abzustreiten. Ich bin deshalb der Überzeugung, dass die „Rasseleugner“ die eigentlichen Rassisten sind.

Bei den rot-grünen Parteien und neuerdings auch bei Teilen von „Gelb-Schwarz“ zeigt sich mit der Leugnung der Existenz von Rassen außerdem einer ihrer Ideologie-Brüche. Bei Völkern und Kulturen ist die „Vielfalt“ der Menschheit eines ihrer Mantras. Bei Rassen ist die „Gleichheit“ der Menschheit jedoch ihr Dogma. Die AfD ist bisher die einzige Partei, die den Rasse-Unsinn ohne Wenn und Aber ablehnt.

Der so genannte Kampf gegen den Rassismus klingt edel, und er ist den Altparteien dienlich. Er verdrängt erfolgreich die parlamentarischen Auseinandersetzungen und Lösungsvorschläge zu den von den Migranten verursachten Problemen. Das sind die öffentlichen Kosten und Lasten für die hiesigen Sozialsysteme. Das ist deren vergleichsweise erheblich höhere Kriminalitätsrate, der von ihnen mitverursachte Wohnraumangel in den Großstädten und außerdem ihre meist fehlende Eignung für unsere Arbeitswelt. Der „Kampf gegen den Rassismus“ vereitelt auch eine öffentliche Diskussion um das jetzt schon beginnende „Umvolken“ in mancher unserer Großstädte, in denen einwandernde Moslems in wenigen Jahrzehnten tonangebend sein werden.

So sehr man andererseits in Deutschland darauf achten muss, dass kein wirklicher Rassismus um sich greift, so fragt man sich, warum jedermann, Ausländer wie Deutscher, Hass-Reden und Schmähungen gegen Weiße und Deutsche ohne Strafverfolgung von sich geben darf und warum Justiz und Verfassungsschutz den Rassismus gegen Weiße tolerieren. Die Staatsanwaltschaft Hamburg z.B. hat befunden, dass die Beschimpfung der Deutschen durch einen Deutschtürken, sie wären

eine „Köterrasse“, weder eine Beleidigung noch eine Volksverhetzung wäre. Genauso muss verhindert werden, dass sich in Deutschland so etwas wie **antiweiße Rassismus-Rache** breitmacht. 2020 z. B. hatte ein Mitglied des grünen Kreisvorstandes Berlin Mitte „Plünderungen als legitimen Widerstand gegen rassistische Institutionen“ bezeichnet. **K**einesfalls darf der berechnete Kampf gegen einen entwürdigenden Rassismus das im Grundgesetz verbrieftete Recht auf Freiheit der Meinung und der Wissenschaft in Bezug auf Abhandlungen und Äußerungen über die Existenz von Rassen und ihre Unterschiede sowie sachliche, berechnete positive und negative Erwähnungen von Menschen anderer Rassen unterbinden.

Deutschland und der Islam

Mit der 2015 begonnenen Einwanderungswelle kam ein Gemenge von Migranten aus vor allem islamischen und aus afrikanischen Staaten nach Europa und nach Deutschland. Beide Gruppen importieren neben gemeinsamen Problemen auch jede für sich spezifische Unverträglichkeiten mit der bisher abendländisch geprägten Bevölkerung in Deutschland. Mit der Zuwanderung einer uns bisher fremden Religion – des Islam – hatte das deutsche Volk dank seiner Verfassung und seiner liberalen Haltung vor 2015 im Prinzip nur wenige Probleme. Der vorherige Umgang mit der Religion der inzwischen integrierten muslimischen Einwanderer hat das eindrucksvoll bewiesen.

Andererseits aber wirkt der politische Charakter des Islam, der mit der neuerlichen Masseneinwanderung von Moslems inzwischen zum anschwellenden Problem geworden ist. Die Einwanderung großer Zahlen von islamisch sozialisierten Migranten zusammen mit der hohen Geburtenrate der hier schon lebenden Moslems wird dem Islam zunächst eine Sonderrolle und in Zukunft eine beherrschende Rolle in der Kultur, bei den Gebräuchen und für die Rechtsordnung in Deutschland geben.

Die neuen Zuwanderer sind inzwischen weniger bereit als die früher eingewanderten, die christlich geprägten Sitten in Deutschland und das hiesige Recht zu akzeptieren. Viele von ihnen räumen dem Scharia-Recht eine höhere Verbindlichkeit ein als dem Grundgesetz samt der gesamten deutschen Rechtsordnung. Etliche machen keinen Hehl daraus, dass sie Deutschland islamisch „missionieren“ werden.

Mit der schnell gestiegenen Zahl der neu zugewanderten „bekennernden“ Moslems nimmt auch die Zahl der früher Eingewanderten zu, die sich neuerdings zum Vorrang der Scharia und zur islamischen Lebensweise bekennen. Das ist jetzt schon vor allem unter jüngeren Einwandererkindern zu bemerken, die sich wieder stärker zu ihren Wurzeln als zu Deutschland und den Deutschen gehörig fühlen.

Die starke Zuwanderung von Moslems bringt eine Zunahme der Unverträglichkeiten der politischen Seite des Islam mit unserer liberalen Grundeinstellung und unserem Grundgesetz. Diese Unverträglichkeiten greifen unsere eigenen kulturellen Wurzeln an. Das ist je nach Herkunftsland der Zuwanderer die Intoleranz gegen andere Religionen bis hin zur Behinderung der Religionsausübung für Christen, die sie aus ihren Herkunftsländern importieren. Das ist ein ausgeprägter Antisemitismus. Das ist die Ablehnung der Gleichberechtigung der Frauen bis hin zum Recht der Ehemänner, „ungehorsame“ Frauen durch Prügel zu „erziehen“. Das sind drakonische, strafrechtliche Vorschriften bis hin zur Enthauptung. Das ist die Aufforderung zur Missachtung aller Nichtmoslems und zur Bestrafung von Homosexuellen. Wie virulent diese Schattenseite des Islam in Deutschland ist, zeigen Attentate und Gewaltakte gegen Andersgläubige in Deutschland auf den Straßen, in den Migranten-Quartieren und selbst bereits in den Migrantentrecks nach Deutschland, dazu Ehrenmorde und Zwangsverheiratungen. Schon in unseren Schulen werden christliche Kinder von muslimischen gemobbt, sobald letztere die Mehrheit bilden.

Die Altparteien drehen den Spieß um und beschimpfen alle Warner voran die AfD - als islamophob und ausländerfeindlich. Wie sich die Grünen die Lösung dieses anschwellenden Problems vorstellen, lassen sie ab und zu vernehmen. Frau Renate Künast antwortete einem besorgten Bürger: „Integration fängt damit an, dass Sie als Deutscher mal türkisch lernen!“. Und Herr Cohn-Bendit hat ausgemalt, wohin das führen soll: „Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, um diese Republik zu verändern.“ Ich befürchte, dass eine Mehrheit von Moslems bei den Grünen keine ökologischen Ziele verfolgen wird, sondern islamische. Es besteht eher die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland im Übergang zu einer moslemischen Bevölkerungsmehrheit Rassenprobleme wie in

den USA, Banlieues wie in Frankreich und rechtlose Stadtteile wie in Norwegen und England haben wird. Junge Eltern sollten bei der Wahl ihrer Wunschpartei auch an die Lebensverhältnisse ihrer Enkel denken.

Da wir nach eigener Überzeugung und nach dem Grundgesetz keine Religion im eigenen Land bevorzugen oder benachteiligen, lassen wir den Islam in Deutschland ungehindert sprießen und die islamischen Gemeinden durch Einwanderung ständig weiter wachsen. So wird Deutschland in ein paar Generationen zu einem islamischen Staat geworden sein. Die Deutschen mit ihrer christlichen Prägung sitzen damit in der Falle ihrer eigenen Toleranz und ihrer Überzeugung. Es gibt nur einen Weg mit zwei Spuren, dem auf Dauer zu entgehen. Die eine Spur ist die massive Förderung junger deutscher Familien mit Kindern. Die zweite, parallele Spur ist die Beendigung des Zustroms von mohammedanischen Zuwanderern. Die AfD ist bereit, sich für beides einzusetzen.

Wenn der Verfassungsschutz die sogenannte Islamophobie als rechtsextrem und verfassungsfeindlich einstuft, sollte er den „Terrorism Situation und Trend Report 2019“ von EUROPOL zur Kenntnis nehmen. Darin steht geschrieben: „Die größte Gefahr in Europa geht vom islamischen Terrorismus aus. Danach kommt der linke Terrorismus. Einen rechten Terrorismus gibt es in Europa nur minimal!“ Der deutsche Verfassungsschutz unterschätzt ganz offensichtlich die Sprengkraft des politischen Islam für das grundgesetzkonforme Leben hierzulande, das der Verfassungsschutz eigentlich beschützen sollte.

Zum Schluss ein eigener Eindruck: Als ich an einem „Tag der offenen Moschee“ eine solche besucht habe, wurde ich freundlich empfangen und herumgeführt. Nach einem Begrüßungstee und netten Plaudereien bemerkte ich, dass es doch wunderbar wäre, in einem Land mit interreligiösem Miteinander und religiöser Toleranz zu leben. Da blieb mein freundlicher Moscheeführer stehen, sah mir ernst in die Augen und sagte; „Dass wir uns nicht missverstehen, das Christentum ist falsch. Das Christentum ist falsch!“ Da war ich um eine Illusion ärmer.

AfD und Antisemitismus

Ich hatte lange Zeit gehofft, dass der Antisemitismus in Deutschland der Vergangenheit angehören würde. Die AfD hat mit ihrer Gruppe „Juden in der AfD“ ein richtungsweisendes Zeichen in dieser Richtung

gesetzt. Bedauerlicherweise aber hat der Antisemitismus in Deutschland einen unerwünschten Zustrom durch Migranten aus islamischen Ländern erfahren; von Migranten, die in ihrer Heimat antisemitisch sozialisiert worden sind. Diesen unerwünschten Zustrom nun dem rechten Lager in Deutschland zuzurechnen, ist offensichtlich eine bössartige Unterstellung durch die Altparteien und die meisten Medien.

Der deutsch-jüdische Professor Wolffsohn hat sich in einer Reihe von Interviews zum zunehmenden Antisemitismus in unserem Land geäußert. Auch wenn er Wert darauf gelegt hat, zu betonen, dass er der AfD keine Sympathie entgegen brächte, so sagte er doch: „Der gewalttätige Antisemitismus kommt heute nicht von rechts, auch wenn die irreführenden Statistiken etwas anderes sagen.“ und „Die Bedrohung kommt nicht aus Familien, die AfD wählen, sie kommt aus muslimischen Familien.“ und „Wenn ich mich in meinem jüdischen Bekanntenkreis umhöre, dann sagen alle das Gleiche: die Gewalt gegen Juden geht ausschließlich von Muslimen aus.“ Der tapfere Wolffsohn hat dafür inzwischen scharfe Rügen von Deutschen eingesteckt.

Mir fällt auch auf, dass die über 2.000 antisemitischen Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2019 zu 93,4 % dem Rechtsextremismus zugeordnet sind. Die fehlenden 6,6 % sind dabei nicht weiter aufgeschlüsselt. Sie teilen sich demnach auf nicht aufgeklärte Fälle und Straftaten linker und islamischer Täter auf. Diese offensichtliche Täuscherei nährt Zweifel an der Seriosität des Bundesinnenministeriums in dieser Sache. Hier wird der einwandernde Antisemitismus ganz offensichtlich zum „Kampf gegen Rechts“ und mittelbar auch zur Agitation gegen die AfD missbraucht.

Das heute unverkrampfte Verhältnis von katholischen Deutschen und protestantischen Deutschen ist das Ergebnis von Vernunft, Vergeben und Verdrängen der historischen Religionskämpfe, Bauernkriege, Verfolgungen, Vertreibungen, Inquisitionsprozesse und Scheiterhaufen-Tode. Sie sind inzwischen Teil unserer „Geschichte“ und spalten uns nicht mehr. Ich wünsche mir, dass christliche und jüdische Deutsche in einem ähnlichen Prozess zueinander finden. Das ständige Thematisieren deutscher Schuld an der jüdischen Welt in Veröffentlichungen, Filmen, Schulunterricht, Ausstellungen und weiteren, neu entstehenden Gedenkstätten sorgt indes dafür, dass sich das deutsch-jüdische Verhältnis nicht beruhigt. Auch wenn die innerdeutschen Konfessions-Auseinandersetzungen und die deutsch-



Dr. Alexander Gauland, der Ehrenvorsitzende der AfD

jüdischen Auseinandersetzungen nicht vergleichbar sind, so sollten die Nachfahren beider Seiten den Weg der Vernunft, des Vergebens und Verdrängens gehen, auch wenn das für die Opferseite ein besonders schwerer Weg ist. Für die christlich-deutsche Seite ist es vor allem ein Weg der Vernunft. Das ewige Belastetwerden mit Gräueltaten, die man nicht persönlich selbst begangen hat, erregt irgendwann Verdruss. Wenn eine Wunde heilen soll, darf man nicht immer an ihr kratzen. Ich hoffe, dass die AfD mit ihrem Weg der jüdisch-deutschen Normalisierung Erfolg hat.

Vergangenheit gegen Rechts

Die Liste der Vorwürfe gegen die AfD umfasst auch den sogenannten **Revisionismus**, also das Bestreben, „einen Teil der deutschen Geschichte zu Deutschlands Gunsten umzuschreiben“ und dabei deutsche Verbrechen der Vergangenheit zu leugnen. Um einen Zusammenhang herzustellen, muss ich auf Herrn Gaulands berüchtigtes „Fliegenschiss“-Zitat zurückkommen, mit dem er darauf hingewiesen

hat, dass Deutschlands Geschichte nicht nur aus den 12 Jahren des Dritten Reichs bestanden hat. Davor und danach liegen über 1000 Jahre überwiegend positiver Entwicklung zu einer leistungsfähigen Nation. Die jahrelange Fokussierung unserer Kulturbehörden und Medien auf die Untaten der 12 schlimmen Jahre ab 1933 blenden diese über 1000 Jahre jedoch gezielt aus, um – mit Vorsatz oder nicht – ein positives Nationalgefühl bei den Deutschen zu verhindern.

Ein positives Nationalgefühl gilt bei den etablierten Parteien und den Medien als „Rechts“ bis „Nazi“. Da ein solches Nationalempfinden nach deren Meinung so nicht existieren darf, wird auch unser langer Weg zu einer Kulturnation schlechtinterpretiert und zu großen Teilen totgeschwiegen. Damit verblassen Zeiten mit großen deutschen Kultur- und Zivilisationsleistungen. Damit verschwindet die Erinnerung an großartige deutschsprachige Philosophen und Theologen, Herrscherinnen und Künstlerinnen, Dichter und Komponisten und an wegweisende Politiker, Sozialreformer, Erfinder und Industriepioniere. Mit den Erinnerungen an sie verlöschen nicht nur die Vorbilder für junge Deutsche und junge Zuwanderer, sondern auch die Kristallisationskerne, an denen sich eine positive deutsche Selbstwahrnehmung entwickeln kann. Damit ist auch jeder Grund verloschen, mit Stolz und Freude an die Gemeinschaft zu denken, der wir angehören, dem deutschen Volk.

2012 erschien in der Zeitschrift „Psychologie heute“ der Artikel eines Erziehungspsychologen (Prof. Schmidt-Denter) mit dem Titel „**Die Nation, die sich nicht mag**“. Er beklagte darin u. a. den Identitätsknick bei deutschen Schülern, den sie durch die ständige Wiederholung deutscher Schuld ab dem 9. Schuljahr verpasst bekommen. Das aus der negativen Geschichtsschreibung resultierende Minderwertigkeitsgefühl der Deutschen führt u.a. zum Verlust der Attraktivität und Integrationsfähigkeit für Zuwanderer. Welcher Zuwanderer will schon mental zu einem durch und durch schuldigen Volk gehören?

Die heutige offizielle Geschichtsschreibung zu den Jahren von 1933 bis 1948 ist mit Vorsicht zu genießen. Sie unterliegt – was kaum bekannt ist – den sogenannten **Siegervorbehalten. Im Überleitungsvertrag von 1954 (BGBl, Teil II vom 31.3.1955, Nr.8, Seite 413) und noch einmal in einem Zusatzprotokoll zum 2-plus-4-Vertrag (BGBl. Teil II vom 9.11.1990, Nr.42, Seite 1387) haben sich die Regierungen der Bundesrepublik vertraglich verpflichtet, die**

Geschichtsschreibung der vier Siegermächte aus dem Nürnberger Prozess von 1946 auf immer als alleinverbindlich anzuerkennen.

Daran halten sich derzeit fast alle Berufshistoriker in Deutschland. Darum z.B. hört kein deutscher Schüler und Student, was sich in den 20 Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg abgespielt hat. Keiner lernt z.B. etwas darüber, womit und wie oft die Siegermächte den Versailler Vertrag gebrochen haben, ehe Hitler an die Macht kam und dasselbe tat. Keiner hört etwas über das Wettrüsten einiger Siegermächte untereinander und darüber, dass Frankreich und die mit Frankreich militärisch gegen Deutschland verbündeten unmittelbaren Nachbarstaaten dem Deutschen Reich 1933 an Heeresfriedenstruppen 12fach überlegen waren und - die Kriegsreserven eingerechnet - 95fach, so dass sich die Reichswehr bei ihrer Wiederbewaffnung ab 1934 daran orientieren musste. Darum z.B. lernt kein Schüler und Student etwas darüber, dass Polen in den 14 Jahren bis 1933 106mal versucht hat, sich den Freistaat Danzig in kleinen Schritten einzugliedern, was jedes Mal die Schutzmacht Völkerbund verhindert hat. Warum hört kein Schüler und Student, dass die deutsche Regierung sechs Monate lang ohne Druck mit der damals noch verbündeten polnischen Regierung um die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Mutterland verhandelt hat, bis England und Frankreich quergeschossen haben und die Polen die Seite vom deutschen zum britisch-französischen Verbündeten gewechselt und auf stur geschaltet haben? Vorher schon hatten sich die Verhandlungsparteien ein wenig angenähert und geeinigt, dass Polen seine Handelsprivilegien in Danzig behalten und Deutschland die außenpolitische Vertretung Danzigs wieder übernehmen sollte. Die Briten haben eine durchaus mögliche deutsch-polnische Verhandlungslösung zu Danzig – so schwierig sie sich auch gestaltete – im März 1939 vorsätzlich verhindert. Solche Fakten festzustellen, ist nach Auffassung der deutschen Verfassungsschutzbehörden verfassungsfeindlicher **Revisionismus**.

Ich füge diesem Absatz den Kommentar eines Mitgliedes der deutschen Delegation bei der **deutsch-polnischen Schulbuchkommission** an. Er sagte bei einer Anhörung: „Ich möchte sehr hoffen, dass das, was wir hier vorlegen, (S-R: nämlich die Schulbuchempfehlungen), nicht etwa als Wissenschaftsergebnis betrachtet wird. Das ist es nicht. Es ist ein politisch-pädagogisches Ergebnis des geringsten gemeinsamen Nenners. In der vorliegenden Form sind die deutsch-polnischen

Schulbuchempfehlungen Ausdruck politischen Willens, **nicht aber wissenschaftlicher Erkenntnis.**“ (Prof. Dr. Josef Joachim Menzel)

Es ist auch erbärmlich, wie häufig Medienleute, offensichtlich unwissend, Ereignisse im Zweiten Weltkrieg zu deutschen Lasten auf den Kopf stellen. Ein alljährlich wiederkehrendes Beispiel ist der deutsche Luftangriff auf Coventry mit der Zerstörung der dortigen Kathedrale, der als deutsche Grausamkeit und Barbarei beklagt wird. Keine Zeitung und kein Sender erwähnen dabei, dass die Briten vorher 41 deutsche Städte bombardiert haben und dass der deutsche Angriff den englischen Flugzeugwerken in der Stadt und nicht der Kathedrale galt. Für diese Art von „Medieninformationen“ über Kriegseignisse gibt es hunderte von Beispielen, und sie überschreiten in ihrer Art und Vielzahl die Grenze zwischen Halbwahrheit und Desinformation.

Die Richtigstellungen von historischen Desinformationen werden vom Verfassungsschutz als Anzeichen für Rechtsradikalität bewertet und durch die rügende Nennung in den Verfassungsschutzberichten quasi kriminalisiert. Diese strenge Ahndung von Richtigstellungen lässt jeden lebenserfahrenen Erwachsenen argwöhnen, dass es zur Vorkriegs- und Kriegsgeschichte vieles zu verbergen gibt.

Ich erlaube mir diese Aussagen zur Geschichte des vorigen Jahrhunderts und ihrer Bedeutung für unser Nationalempfinden, nachdem ich in vier Jahren Arbeit in Archiven im In- und Ausland die europäisch-amerikanische Friedens- und Kriegspolitik von 1900 bis 1939 untersucht und im Buch „1939 Der Krieg, der viele Väter hatte“ eingehend beschrieben habe. Meine Kenntnisse dazu stammen weitgehend aus englischen, polnischen, tschechischen und anderen ausländischen Dokumenten und Quellen. Wenn ich einer Partei zutraue, die vielen Tabus und Verzerrungen zu knacken, die dieses Thema noch immer zu Deutschlands Ungunsten beherrschen, ist es die AfD, die sich einmal daran wagen könnte, uns von der Erblast der Siegersicht von 1945/46 zu entlasten. Es hat im Dritten Reich genug Verbrechen gegeben. Da muss man nichts dazu erfinden, um Deutschland für alle Zeiten moralisch abzuqualifizieren und ein positives Nationalbewusstsein zu verhindern. Die berechtigte Korrektur von Halbwahrheiten und Desinformationen zur eigenen Geschichte als verfassungsfeindlich anzuprangern, ist eine regierungsamtliche Perversität.



Die AfD geht in den Bundestagswahlkampf 2021 mit dem Slogan „Deutschland. Aber normal.“: Hier das Titelbild des AfD-Werbefilms dazu

Linke-, rechte- und Ausländerkriminalität

Kriminalstatistiken und Verbrechensmeldungen sind eine wirkungsvolle Spielart des Populismus, mit der die Altparteien und ihre Schallverstärker das Wohlwollen des Volks (lat. *populus*) für sich gewinnen wollen. Es geht darum, den Kampf gegen Rechts mit „Fakten“ zu befeuern und die eingewanderte Kriminalität dagegen kleinzureden. Dazu wird je nach Absicht dramatisiert, verharmlost oder gänzlich unterschlagen oder Straftaten werden unterschiedlichen Tätergruppen wie Linken und Rechten oder wie Deutschen und Migranten irreführend falsch zugeordnet. Ein paar Beispiele können das belegen.

Die Irreführung:

-- Seit Jahren werden Verfassungsschutzberichte mit den Zahlen politisch links und rechts motivierter Straftaten veröffentlicht, die vortäuschen, dass die „Gefahr von Rechts“ bei weitem überwiegt. Dabei wird nicht erwähnt, dass man hier bei Links und Rechts verschieden zählt. Im Bericht von 2005 z. B. wurden Rechts 13.838 Fälle von Propagandadelikten und Volksverhetzung mitgezählt, während solche Links nicht erfasst wurden. Hätte man die Propaganda- und Volksverhetzungsfälle Rechts auch weggelassen – wie Links geschehen – wären im Berichtszeitraum 51% mehr linke politisch motivierte Straftaten als rechte zu berichten gewesen. Der unterschiedliche Erfassungsmodus täuscht die Leser und das Wahlvolk.

- Desgleichen im Jahr 2019: Im Bericht von „Statista 2020“ erscheinen die Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte unter „Andere Straftaten“. Rechnet man sie heraus, bleiben rechts 2.224 harte Straftaten wie Mord, Körperverletzungen und Erpressungen und links 4.557 harte Straftaten, also 105% mehr als rechts. Die „harte“ Wirklichkeit spricht also gegen „Links“.
- Auch jüngst, am 4. Mai, hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik des BKA in der Bundespressekonferenz mit besorgter Grabesstimme minutenlang über die Gefahr der rechts motivierten Kriminalität gesprochen. Was er unterließ, war kurz und sachlich zu erwähnen, dass die Fälle von links motivierter Gewaltkriminalität die Fälle von rechter im Jahr 2020 um 40% übertroffen haben. Ich nehme an, dass das schon vorgezogene Wahlkampfpropaganda in Richtung heimatliches Bayern war, demnächst lieber die „seriöse“ CSU statt der „rechtsradikalen“ AfD zu wählen.
- Immer wieder schreiben und senden Medien im Zusammenhang mit rechter Gewalt über die „Straftaten gegen politische Amts- und Mandatsträger“. Dabei wird das Detail verschwiegen, dass nach einer Veröffentlichung des Bundesinnenministeriums für das Jahr 2020 42% aller dabei betroffenen Opfer Mandatsträger und Mitglieder der AfD waren. 2019 waren es 45% aller Opfer.

Die Statistikmanipulation:

Auch die Art der Kriminalitätserhebung bietet Anlass zur Kritik:

- In Nordrhein-Westfalen dürfen Polizeibeamte nach einer Landes-Polizeiverordnung aus dem Juli 2017 bei Delikten von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Personen mit Migrationshintergrund gegen Polizisten, Polizeifahrzeuge und Polizeigebäude keine Strafverfahren mehr einleiten. Festnahmeprotokolle sind mit Bleistift auszufüllen, „so dass eine weitere Berichtigung möglich ist“.
- Eine Polizeidirektion in Mitteldeutschland (zu der ich leider keinen Beleg aufgehoben habe) hatte ihre Beamten angewiesen, nicht zu ordnenbare politische Straftaten stets bei Rechts zu zählen.
- In einer Studie des Bundeskriminalamts (BKA) über Flüchtlingskriminalität in 2016 wurden nur die „aufgeklärte Straftaten“ gezählt, bei denen wenigstens ein Flüchtling namentlich als an der Tat Be-

teiligter ermittelt werden konnte. Also fielen alle „Anzeigen gegen Unbekannt“ gegen verdächtige Ausländer unter den Tisch, wenn der konkrete Täter nicht ermittelt wurde. Außerdem gehörten 602.000 anerkannte Asylanten und Personen mit Flüchtlingsschutz und Aufenthaltserlaubnis nicht zum Kreis der Untersuchten. Straftaten aus diesem Personenkreis wurden also auch nicht mitgezählt. Immerhin gab es bei diesem eingegrenzten Blickfeld noch über 293.467 Straftaten zu berichten. Das waren 804 Migranten-Straftaten täglich in ganz Deutschland, darunter 9 Sexualstraftaten jeden Tag. Solche Zahlen werden dem Wähler von den Medien vorenthalten.

- In Bayern werden Beschimpfungen und Angriffe von Migranten und Bürgern mit Migrationshintergrund gegen weißhäutige Deutsche dem Erfassungsbereich „rechte politisch motivierte Straftaten“ zugerechnet, damit den Deutschen selbst.

Außerdem dürfen in Bayern nach einer polizeiinternen Weisung von 2019 in Vernehmungen und bei der schriftlichen Feststellung der Identität die Worte Zigeuner, Sinti, Roma und mobile ethnische Minderheit nicht mehr Erwähnung finden.

- In der Kriminalitätsstatistik des Landes Brandenburg wurden 2014 „Verbundstraftaten“ wie Raub, Körperverletzung und Sachbeschädigung bei einem Einbruch als eine einzige Tat gewertet, während die erfolgte Aufklärung derselben Straftat als drei Aufklärungen in die Amtsstatistik eingingen.

Die amtliche Statistikmanipulation ist der kleine Bruder der Wahlfälschung.

Schwerpunkt der Kriminalität:

Erschreckend ist dabei auch der überproportionale Anstieg an Kriminalität durch die Zuwanderung der letzten Jahre. So trat nach den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für 2016 Folgendes zu Tage. Statistisch kamen bei den „Straftaten gegen das Leben“, wie Mord und Totschlag, auf 100.000 Zuwanderer 38,8 Tatverdächtige und bei 100.000 Deutschen 3,4. Bei Gruppenvergewaltigungen war das Verhältnis 12,8 zu 0,3. Und in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin sind die Gefängnisse 2019 wegen der dort einsitzenden Ausländer überfüllt, in Hamburg mit 61 % der Strafgefangenen, in Bremen mit 41 % und in Berlin mit 51 %. Wenn ein AfD-Politiker über diese

hässliche Begleiterscheinung der massenhaften Einwanderung aufklärt, ist er ein „Fremdenfeind und Nazi“. Wer von den Altparteien damit beschwichtigt – wie geschehen –, dass es auch unter den Deutschen Schwerverbrecher gibt, hält seine Wähler offensichtlich für naiv.

Kriminalität als Argument gegen Rechts:

- Ein Phänomen deutscher Kriminalstatistiken und medialer Berichterstattungen ist die stille, aber offensichtliche Sympathie der Altparteien und der Medien für die linksextreme Szene der ANTIFA und Autonomen. Statistiken und Medien übergehen fast regelmäßig, was sich diese Szene herausnimmt und dessen sie sich selber in Videos und Bekennerschreiben rühmt. Das sind Internetaufrufe zur Gewaltanwendung und Bedrohungen und Nötigungen von Wirten und Hotelbesitzern, wenn diese konservative Kreise oder Personen beherbergen wollen. Das sind Körperverletzungen, Schläge, Tritte und Bespucken von Personen, die sie als ihre Klassenfeinde ansehen, gewaltsame Störungen von Vortrags- und Gedenkveranstaltungen konservativer Kreise, das Zerstören von AfD-Informations- und Wahlkampfständen, das Einschlagen von Schaufenstern, Kirchen- und Gräberschändungen, Häuser- und Denkmäler-Besprühungen, Druck und Einschüchterung auf die Familien von AfD-Politikern, Angriffe auf Polizisten, Sachbeschädigungen und Autoabfackeln.
- Es fällt auch auf, dass rechte Gewalt und Straftaten fast täglich Thema in den Medien sind. Es wird keine Gelegenheit verpasst – und wenn auch nur eine rechte Gewalttat in den USA den Anlass dafür bietet –, die rechte Sündenskala von den NSU-Morden über die Attentate von Hanau und Halle bis hin zum Mord am Kassler Regierungspräsident Walter Lübcke aufzuzählen und dann eine Brücke zur AfD zu schlagen. Eine Staatsministerin aus Bayern z. B. kommentierte vor dem Bundestag, die AfD habe zum Mord an Lübcke beigetragen: „Für mich haben sie mitgeschossen“. Diese rechten Sünden-Reminiszenzen, die sich wie in Endlos-Schleifen wiederholen, schüren Angst vor „Rechts“ und halten unbedarfte Wähler vom Wahlkreuz bei der AfD ab.
- Auch Gedenktage an die Opfer rechter Verbrechen und Attentate werden aktiviert, um Feuer an die AfD zu legen. Bei der Jahres-Gedenkfeier für die Opfer des Attentats von Hanau verstiegen sich

zwei Herren aus der SPD, Heiko Maas und Rolf Mützenich sogar dazu, die AfD als „geistige Brandstifter“ für das Attentat zu verleumden. Diese geistige Brunnenvergiftung ist so verkehrt, wie es dereinst gewesen wäre, wenn man die SPD als geistigen Brandstifter der RAF-Morde bezeichnet hätte. Es besteht seit Gründung der AfD bei keinem einzigen der Mord und Attentatsverbrechen eine Verbindung zur oder in die AfD. Es ist bedauerlich, dass sich auch die SPD auf den Weg von Verleumdungen und Ehrverletzungen begibt, um ihre inzwischen dünne Wählerschaft von weiterem Wechsel zur AfD abzuhalten.

Der wache Hörer oder Leser solcher rechten Sündenlisten fragt sich, wo die gleichzeitige Erinnerungen an die analogen linken Sünden bleiben. Er fragt sich auch, ob die linke und die rechte politisch motivierte Kriminalität noch unsere vordringlichen Sorgen sind und warum der überproportionale Anteil an Ausländerkriminalität weder die Altparteien noch die Medien erregt und warum er konsequent verschwiegen wird. Immerhin liefern anerkannte und abgelehnte Asylanten als ca. 1 % der Wohnbevölkerung knapp 9 % der Straftaten in Deutschland (ohne ausländerrechtliche Verstöße). Und immerhin tragen die ca. 8 % anderen Zuwanderer in Deutschland zusätzliche 22 % der Straftaten in Deutschland bei, bis hin zu einer Enthauptung auf offener Straße in Stuttgart 2019. „Da schweigt der Medien Höflichkeit.“ Die Diskrepanz zwischen aktivierter Empörung „gegen Rechts“ und AfD und dem verhüllenden Verschweigen bei Migranten spricht Bände. Die Medien schüren Angst und Abscheu auf der falschen Seite. Ihre Wühlarbeit grenzt an Betrug am deutschen Wähler. Hier sei auch noch einmal an den Interpol-Bericht erinnern, in dem man liest: „Die größte Gefahr in Europa geht vom islamischen Terrorismus aus....Rechten Terrorismus gibt es fast nicht.“

Die deutsche Justiz:

In Deutschland sind die Staatsanwaltschaften an die Weisungen Ihrer vorgesetzten Justizminister gebunden. Insbesondere in politisch relevanten Strafrechtsfällen können die Minister entscheiden, ob Anklagen erhoben werden oder nicht und welche Straftatbestände in die Anklagen aufgenommen werden und welche nicht. Die Richter wiederum dürfen nur über das urteilen, was angeklagt wird. Was in

den Anklagen ausgelassen ist, darf nicht in den Urteilen erscheinen, selbst wenn die Richter davon Kenntnis haben. So darf es nicht wundern, dass so gut wie alle rechten politisch motivierten Straftaten zu Anklagen, Verurteilungen und Medienecho führen und in den Kriminalstatistiken erscheinen, während zahlreiche linke politisch motivierte und Einwanderer-Straftaten weder angeklagt noch abgeurteilt werden und dementsprechend weder in den Statistiken noch in den Medien auftauchen, je nachdem, was politisch opportun ist. Von Klageerzwingungsverfahren, die dem Missstand in Einzelfällen abhelfen könnten, wird wegen des hohen Aufwands so gut wie nie Gebrauch gemacht.

Begleitet wird die vielschichtige Kriminalität von einer deutschen Justiz, die „in weiten Teilen nicht mehr funktionstüchtig“ ist, wie der Chef der Vereinigung Berliner Staatsanwälte Ralph Knispel den Rechtsstaat Deutschland bezeichnet hat. Er und der Vorsitzende des Deutschen Richterbunds, Jens Gnisa, beklagen einen eklatanten Mangel an Staatsanwälten und Büroräumen für Staatsanwälte, an Justizhilfspersonal, geringen Aufklärungsquoten, nicht vollstreckbaren Haftbefehlen (in Berlin 2018 allein über 8.500), überfüllten Gefängnissen und straffreien Entlassungen aus der Untersuchungshaft selbst bei dringend tatverdächtigen Gewalttätern, weil Fristen nicht eingehalten werden konnten.

Die Schieflage zwischen Kriminalität und Justiz wird zusätzlich mit Steuergeldern finanziert, die unter anderem dem linken Terror der kommunistischen ANTIFA für ihren „Kampf gegen Rechts“ zukommen.

1,1 Milliarden Euro Steuergelder sind für den „Kampf gegen Rechts“ von 2021 bis 24 vorgesehen. Gleichzeitig wird jedes Verschweigen oder Kleinreden von linker Gewalt und Ausländerkriminalität mit Ausreden bemäntelt wie: „Bevölkerung nicht beunruhigen“, „keine Gründe für Ausländerfeindlichkeit liefern“ und „keinen Generalverdacht aufkommen lassen“.

Die AfD ist bisher die einzige Partei im Bund und in den Ländern, die gegen diese Schieflage in der Kriminalitätsveröffentlichung, Bewertung und Behandlung auftritt und für eine transparente und realistische Bekämpfung der Kriminalität in Deutschland eintritt. Selbst die CDU, früher eine Partei für Recht und Ordnung, hat bisher zu diesem Problemfeld außer starken Worten keine Taten folgen lassen.



Der AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla am Rednerpult des Deutschen Bundestages. Er ist zusammen mit Alice Weidel AfD-Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl 2021 im September.

Die deutsche Medienwelt

Der geringste Teil unserer Bevölkerung hört die Reden von AfD-Abgeordneten im O-Ton und in voller Länge und liest ihre Eingaben, Vorschläge und Anfragen in den Parlamenten vom Bundestag bis zum Gemeinderat. Wir Bürger sehen und hören die AfD mit ihrem jämmerlichen Image fast ausschließlich mit den meist feindlichen Kommentaren ihrer politischen Gegner und durch die Brillen unserer Medien. Deshalb endet meine Abhandlung über die AfD mit ein paar Betrachtungen über unsere Medien, die uns tagtäglich mit ihren Versionen von der AfD beliefern.

Seit die AfD die Bühne der deutschen Politik betreten hat, versuchen unsere Medien die neue politische Partei in einem wahren Kesselreiben von der Bühne zu verjagen. Im Super-Wahljahr 2021 hat sich das zu einem täglichen Dauerfeuer in der Presse und im Fernsehen gesteigert. Was dabei auffällt, ist, dass es an einer gleichwertigen Berichterstattung über die sprachlichen Entgleisungen aus den Altparteien und die fast täglichen Gewalttaten der linksextremen Szene und der Neu-Einwanderer fehlt. Mit dieser Einseitigkeit wirkt das Verhalten unserer Medien eher wie ein Propagandafeldzug und weniger wie sauberer, fairer Journalismus.

Man beobachtet dabei eine für Journalisten unprofessionelle Rückkoppelung. Ihre in den Medien gebrauchte Sprache prägt ihr Bewusstsein. Ihr Bewusstsein beeinflusst ihre Wahrnehmungen. Ihre Wahrnehmungen erzeugen eine Pseudo-Realität, die die Journalisten dann selbst glauben und als vermeintliche Tatsachen vermelden. Sie überbringen ihre Pseudo-Realität wieder in der Sprache, die sie und die Altparteien sich selbst dafür gebildet haben. Sie nennen Geldentwertung Minuszinsen. Sie nennen sexuelle Belästigungen durch Ausländer Antanzen. Sie bezeichnen Einwanderer als Flüchtlinge. Sie missdeuten den vorsätzlich von Schleusern herbeigeführten Untergang von seeuntüchtigen und mit Afrikanern überladenen Gummibooten als Seenot und die unentgeltliche Fortsetzung der Schleusung übers Mittelmeer als humanitäre Pflicht. Sie nennen Heimatliebe Deutschtümelei und Patrioten Nationalisten.

Diese Sprach- und Wahrnehmungsveränderungen haben sich seit Jahren derart in den Medien eingenistet, dass die meisten Journalisten die Wirklichkeit dahinter offensichtlich nicht mehr zur Kenntnis nehmen können oder wollen.

Soweit es konservativ-bürgerliche Themen und Personen und die AfD betrifft, werden in fast allen Medien von den großen Fernsehanstalten bis zu den kleinen Regionalzeitungen Informationen bei Bedarf verfälscht. Tatsachenmeldungen werden durch abwertende Kommentierungen ersetzt. Text- und Interview-Kürzungen entstellen den Sinn von Aussagen. Skandalisierungen täuschen Negatives vor, wo keines ist. Text- und Bildmischungen aus nicht zueinander gehörenden Interviews, Schriften und TV-Aufnahmen erzeugen falsche Assoziationen. Ständige Wiederholungen falscher Zuordnungen suggerieren Unwahrheiten als Wahrheiten und prägen sie ein. Die Unterdrückung von Gegenmeinungen behindert die Fähigkeit der Hörer, Seher und Leser, sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Aufzählung mag übertrieben wirken. Ich will deshalb jeden der hier erhobenen Vorwürfe im Folgenden mit einem Beispiel deutlich machen.

Erstens: Negativ-Nachrichten werden bisweilen erfunden oder „gestellt“. Ein Mitglied des Deutschen Presserats hat vor ein paar Jahren bei einem Vortrag über „Wesen und Wirken des Presserats“ in meinem Club lobenswert erwähnt, dass der Rat „nun durchgesetzt hat“, dass Journalisten junge Leute nicht mehr für Hitlergruß und Naziparolen bezahlen dürfen. Haben denn Journalisten vorher der rechten Strafstatistik damit nachgeholfen? **Zweitens:** AfD Redebeiträge

werden sinnentstellt gekürzt. Als Frau Weidel z.B. bei ihrer ersten Bundestagsrede als Oppositionsführerin in 11 Minuten und 20 Sekunden eine inhaltlich sehr sachliche und kompetente Erwiderungsrede auf Frau Merkels Ausführungen zur Haushaltsdebatte hielt, wurde sie in den TV-Abendnachrichten lediglich in etwa 30 Sekunden mit einem provozierenden Nebensatz vom Anfang ihrer Rede und einer weiteren spitzen Bemerkung vom Ende ihrer Rede zitiert. Der Eindruck, den dieser kurze Nachrichtenspot mit den zwei einzigen scharfen Formulierungen aus der ganzen Rede hinterließ, war, „Die kann nur polemisieren, und die AfD hat zum Thema weiter nichts zu sagen.“

Drittens: Nicht zueinander gehörende Bildsequenzen werden zur Täuschung gemischt. Bei den „Anti-Corona Demonstrationen“ und der „Erstürmung“ des Reichstags im Sommer 2020 in Berlin z. B. wurden im Fernsehen Aufnahmen von Schwarz-weiß-roten Fahnen und Reichskriegsflaggen – also den heutigen Zeichen der extremen Rechten - vor dem Reichstag und Redeausschnitte von einem AfD-Abgeordneten an einem ganz anderen Ort gemischt. Der Eindruck, der hier vorgetäuscht wurde, war, dass die Radikalen und der „Reichstagssturm“ zur AfD gehören. Das ist so, als würde man rote ANTIFA-Fahnen filmisch in eine SPD-Versammlung mischen. **Viertens:** AfD-Politikeraussagen werden skandalisiert. Ein Beispiel für die absichtliche Missinterpretation und die Skandalisierung eines AfD-Zitats ist Herrn Höckes Ausspruch: „Wir Deutschen sind das einzige Volk auf der Welt, dass sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“. Wer wollte leugnen, dass die Verfolgung von Juden und der Massenmord an ihnen eine Schande für Deutschland und die Deutschen war. Der Erinnerung an diese Schande ist das Holocaust-Denkmal in Berlin gewidmet. Nur böswillige Politiker und Medienleute können Höcke unterstellen, er habe das Denkmal selbst als Schande bezeichnet. Höckes durchaus richtige Aussage war ein rhetorische Missgeschick, weil sie leicht umzudeuten war. Sie wurde wochenlang als Skandal um Höcke immer wieder aufgetischt, um damit vernünftige Gespräche mit ihm und der AfD im Keime zu ersticken.

Als im März 2020 eine Delegierte auf einer Konferenz der Linkspartei in Kassel am Mikrophon den Satz aussprach „Nach einer Revolution, wenn wir das eine Prozent der Reichen erschossen haben, ...“ entgegnete der hinter ihr sitzende Parteichef, Herr Riexinger: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.“ Er meinte damit sicher, die Sache mit einem Scherz abgetan zu haben.

Nach einem Tag der scharfen Kritik und Rügen in der Presse war der Entrüstungssturm vorbei. Die Medien hatten pflichtschuldig einen Strohuerskandal gezaubert und dann war wieder Ruhe. Inzwischen ist das – anders als bei Höcke – kein Skandal mehr und vergeben und vergessen. Sowohl das „Erschießen“ als auch die Wortwahl Riexingers, die fatal an Stalins „zu gesellschaftlich nützlicher Arbeit einsetzen“ erinnert, sind nicht zum Dauerbrenner der Medien geworden. Die Medien geben sich alle Mühe, Skandale, die sie zum Teil selbst kreieren, „richtig“ einzusetzen und auch damit die Wählerschaft „auf links zu drehen“. **Fünftens:** Die Medien prägen Klischees in Wort und Bild. Die stereotype Wiederholung von „demokratisch“ für die Altparteien soll das Bild einer rissigen Wirklichkeit verkleistern und ein Positiv-Klischee einprägen. Die ständige Wiederholung von „populistisch“ bei Nennung der AfD und des Wortes „Nazi“ bei der Erwähnung einiger unliebsamer, wenn nicht gar aller AfD-Politiker dient im Gegensatz dazu der Festigung eines Negativ-Klischees. Es prägt sich dank penetranter Wiederholungen bei Zuschauern und Lesern ein. Das Gleiche geschieht in der Welt der Bilder. Bei Demonstrationen werden bullige, glatzköpfige und gewalttätig anmutende Mannsbilder in Nahaufnahmen präsentiert, als seien sie der Standard des bürgerlichen, rechten Demonstranten und als gäbe es dort keine honorigen Personen. Oder bei AfD-Partei-Versammlungen: da picken sich die Kameras oft ungepflegte Männer mit skurrilen „Outfits“ heraus und zeigen sie vergrößert, als wären sie der Prototyp des AfD-Mitglieds. Im Rahmen der AfD-Berichterstattung wirken solche Bilder abstoßend. Auch wenn sich Personen mit solchem Äußeren außerhalb meiner Geschmacksskala bewegen, sie sehen auch nicht anders aus als viele TV-Stars aus der Künstlerszene, die uns dasselbe Fernsehen in anderem Rahmen als Kultfiguren präsentiert. Hat man jemals bei linken Aufmärschen den Typ des unappetitlich ungepflegten Mitläufers aus der linksextremen Szene in Nahaufnahme präsentiert und damit ein Links-Klischee gezeichnet? Haben die Medien je versucht, die vermüllte und verschmutzte Umgebung von linken Hausbesetzerszenen ins Bild zu setzen und vergleichsweise mit dem links denkenden und empfindenden Teil der Bevölkerung zu assoziieren? **Sechstens:** Die Medien üben Zensur durch Verschweigen und die Auswahl der Nachrichten nach ideologischen Gesichtspunkten aus. Wenn irgendwo in Deutschland ein Schmierfink rechtsextreme Parolen an eine Hauswand sprüht, wird das bundesweit als rechte Missetat berichtet. Wenn aber



Alice Weidel in ihrer Funktion als Oppositionsführerin der AfD im Deutschen Bundestag. Sie ist zusammen mit Tino Chrupalla AfD-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl 2021 im September.

linke Feuerteufel, wie jüngst erst im April geschehen, eine Gedenkstätte für Vertriebene, Bombenopfer und gefallene Soldaten mit Teerfarbe beschmieren und das dazugehörige historische Tagungshaus nebenan gleich mit abbrennen, erscheint das nicht einmal in den Abendnachrichten der TV-Anstalten. Zwei Tage später allerdings vermelden Zeitungen und Fernsehsender in Deutschland, dass in Riga-Lettland ein Hotel gebrannt hat, als ob das hier berichtenswerter wäre als die zuvor passierte Brandstiftung von linken „Aktivisten“. Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres sind fünf linksterroristische Brandstiftungen in Thüringen den deutschen Medien keine Zeile und keine Sendung wert gewesen.

Das drastischste Beispiel, das mir zur Zensur einfällt, ist das Verschweigen einer Rede des früheren Bundespräsidenten Johannes Rau (SPD). Als Johannes Rau 1992 die Deutschen in einer Rede aufgefordert hat, den Wunsch unserer EU-Partnervölker zu respektieren,

die sich mit Mehrheit eine EU mit verbündeten, souveränen Staaten wünschten und keinen „Bundesstaat EU“, wurde das in unseren Medien weitgehend schweigend übergangen. Ich fragte daraufhin einen namhaften Redakteur einer namhaften deutschlandweit vertriebenen Tageszeitung, warum seine Zeitung der Rau-Rede nur vier Zeilen in einer engen Spalte, aber keinen angemessen langen Artikel und keinen Kommentar gewidmet habe. Ich bekam zur Antwort: „Das entspricht nicht der Policy unseres Hauses. Wir befürworten den Europa-Bundesstaat. Da kann sich gegen den Europastaat aussprechen, wer will, und wenn es der Bundespräsident ist. Das wird nicht gebracht.“ (wörtliches Zitat) Das war Zensur unseres Staatsoberhauptes.

Deutschland zwischen Hass und Verleugnung

Das Dauerfeuer der Altparteien und fast aller Medien gegen die AfD hinterlässt bei der Mehrheit unserer Wähler offensichtlich seine Spuren. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März haben das gezeigt.

Wahlentscheidungen sind meist pro-und-contra-Abwägungen. Ich würde keine Partei wählen, deren Spitzenpolitiker ihren Hass und ihre Verachtung gegen mein Volk und mich ungeniert hinausposaunen und auf Transparenten zeigen. An der Spitze der Deutschlandverächter positionieren sich seit Jahren Grüne mit Slogans auf Plakaten wie: „Deutschland verrecke!“ und Aussagen wie „Deutschland, du mieses Stück Scheiße!“, „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und ich finde das großartig!“ und „Ich wollte, dass Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt!“ und „Ich wünschte, Deutschland wäre im Zweiten Weltkrieg vollständig zerbombt worden. Dieses Land verdient keine Existenzberechtigung.“

Herr Habeck (Grüne), der mit dem Ausspruch zitiert wird: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht!“ wollte Deutschland, mit dem er nichts anzufangen weiß, auch noch regieren. Es ist ein Skandal, dass die Medien, die sich über jeden sprachlichen AfD-Ausrutscher schrill empören, diese Schmähungen still übergangen und unkommentiert gelassen haben. Auch in der SPD gibt es leider hin und wieder Zeugnisse des Deutschlandhasses, z. B.: „Deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, worauf ich mich positiv beziehe – würde ich politisch sogar bekämpfen!“ oder „Die Frage, [*ob die Deutschen*

aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil diese ist mir, also so wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.“ Und die „linksjugend“, die der Partei DIE LINKE nahesteht, rief ihre Mitglieder während der Fußballmeisterschaft 2018 dazu auf, die schwarz-rot-goldenen Fähnchen der fußballbegeisterten Autofahrer an deren Autofenstern abzuknicken und durch Zettel mit dem Slogan „Sag Nein zu Deutschland“ zu ersetzen.

Die Stufe vor diesen Hate-Speeches ist die inzwischen übliche Verleugnung der eigenen Nation. Außer bei Sport- und Wetternachrichten spricht so gut wie kein Altparteien-Politiker und kein Nachrichtensprecher mehr von „Deutschland“ und den „Deutschen“. Man umschreibt stattdessen stets mit „unser Land“ und „die Menschen in unserem Land“. Viele ausländische Besucher, die diese nationale Selbstverleugnung und Selbstfeindschaft hier miterleben, empfinden sie als würdelos.

Den Gipfel dieser Selbstverleugnung hat sich der Herr Bundespräsident im November 2020 bei der öffentlichen Vereidigung von Rekruten vor der Kulisse des Reichstages erlaubt. Er hat die Eidesformel der Soldaten in seiner Ansprache um die Worte „Bundesrepublik Deutschland“ und „deutsches Volk“ gekürzt. Gedankenlosigkeit kann man ihm dabei nicht unterstellen. Was war dann seine Absicht, als er nicht mehr von „Recht und Freiheit des deutschen Volkes“ sprach? Es war sicher seine Absicht, die jungen Soldaten von der nationalen Eidesbindung abzukoppeln und sie – so wie er es formuliert hat - allein auf Demokratie und Recht und Freiheit auszurichten. Doch die Demokratie und Recht und Freiheit hierzulande gäbe es ohne Deutsche nicht, auf welche diese sich beziehen könnten.

Ein Interview von Herrn Schäuble (CDU) in der WELT im März 2021 lässt uns erkennen, was der Herr Bundespräsident mit seiner Verstümmelung der Eidesformel wohl andeuten wollte, und wohin die Reise gehen soll. Es ist die Absicht von CDU und SPD, die Bundeswehr in eine europäische Armee zu überführen und damit die Verantwortung für unsere äußere Sicherheit gänzlich auf die EU zu übertragen. Dann wird auch die deutsche Souveränität, über die Kriegseinsätze deutscher Soldaten zu entscheiden, de facto an die EU-Kommission oder eine Mehrheit aus fremden Staaten im EU-Parlament abgetreten. Und damit erübrigt sich auch der Eid unserer Soldaten auf das deutsche Volk.

Nachdem man drei Jahrzehnte lang die Ausstattung der Bundeswehr hat verkommen lassen und nachdem die Bundeswehr ihre 300jährige Soldatentradition vor 1956 per Erlass verloren hat, soll sie nun auch ihre ideelle Verankerung im eigenen Volk verlieren. Bäume, denen man zu viele Wurzeln kappt, halten keine Stürme aus! Mit einer Steigerung der militärischen Schlagkraft Europas hat das Ganze nichts zu tun. Militärisch ist eine Europaarmee an Stelle der nationalen Streitkräfte Europas reiner Unsinn. Doch das ist nicht das Thema dieses Briefs. Die Europaarmee ist lediglich eine weitere „Vergemeinschaftung“ auf dem Weg zum EU-Vielvölkerstaat und ein weiteres Stückchen Leugnung der Bedeutung der deutschen Nation als unserer Solidar- und Schutzgemeinschaft.

Die geheuchelte Moral

Ständig predigen der Herr Bundespräsident, die Vorsitzenden und Funktionäre der etablierten Parteien, die Oberen der Kirchen und die Medien das Hohe Lied von Miteinander, Dialog, Toleranz, Vielfalt, Transparenz, Chancengleichheit etc. Und trotzdem wird den mindestens 30% der Andersdenkenden in Deutschland genau das verwehrt. Statt Miteinander gibt es Kooperationsverbote. Statt Dialog wird Ausgrenzung geübt. Statt Toleranz wird von den Altparteien, Medien, Kirchen, NGOs und sonst noch wem zum „Kampf gegen Mitte-Rechts“ und AfD geblasen. Statt Vielfalt wird der Patriotismus diffamiert und von der Vielfalt ausgeschlossen. Statt Transparenz wird die AfD mit pauschalen Verdächtigungen und Beschuldigungen überzogen, während undemokratische und verfassungsfeindliche Verhaltensweisen aus dem linken Spektrum von Parteien und Medien geflissentlich übersehen und verschwiegen werden. Und statt Chancengleichheit gibt es Boykottaufrufe gegen Mitte-Rechts und AfD.

Es war erschütternd zu lesen, dass ein damaliger Generalsekretär der CDU Gesinnungsabweichler und der Innenminister von Berlin politische Gegner als „Arschlöcher“ bezeichnet haben, dass der damalige SPD-Justizminister Pegida-Leute „Pack“ genannt hat und dass eine damalige SPD-Vorsitzende den anderen Parteien „in die Fresse hauen“ wollte. Die Liste solchen Verständnisses von Fairness, Achtung und Miteinander, das bei den Altparteien weit verbreitet ist, lässt sich fortsetzen: Johannes Kahrs, SPD, nannte die in den Bundes-

tag gewählten AfD-Abgeordneten in einem Fernsehinterview einen „Haufen rechtsradikaler Arschlöcher“. Ralf Stegner, SPD, twitterte über die AfD-Abgeordneten in den Landtagen von Sachsen-Anhalt und Thüringen „rechte Drecksäcke“. Friedrich Merz, CDU, sprach von „diesem Gesindel von der AfD“. Und Markus Söder sagte während des AfD-Parteitags im April im ZDF „die Pöbeltruppe von der AfD“. Hätte er es selbst nicht als Beleidigung empfunden, wenn er in den Abendnachrichten als „Pöbel-Söder von der CSU“ bezeichnet worden wäre? Ist das die CSU-Lesart von Fairness und Achtung voreinander? Es vergeht kein Tag, an dem wir uns nicht die Moralpredigten der Politiker und Medien- und Kirchenleute über Toleranz und Fairness und gleichzeitig ihre Hetzpredigten „gegen Rechts“ und gegen die AfD anhören müssen.

Es wurde höchste Zeit, dass sich in dem unappetitlichen und heuchlerischen Politikbetrieb in Deutschland eine alternative Partei gebildet hat.

Inzzwischen hat das Mobben der AfD notorische Züge angenommen. Sobald ein AfD-Politiker oder ein AfD-Vorschlag von einem „demokratischen“ Politiker oder einem Presse- oder TV-Mitarbeiter in den Mund genommen wird, wird ein Attribut hinzugesetzt. Es ist dann demokratiefeindlich, populistisch, spalterisch, diskriminierend, verhetzend, rechtsradikal, faschistisch, Nazi, braun, völkisch, deutschümelnd, böswillig, verfassungsfeindlich, fremdenfeindlich, unsolidarisch, abstoßend, verschwörungstheoretisch usw. Aus dem Bemühen, einen neuen politischen Mitbewerber abzudrängen, ist erst eine Gewohnheit und dann eine Zwangshandlung geworden. Das hat sich inzwischen mit einiger Phantasie und Bösartigkeit zu Hassäußerungen und einem Anti-AfD-Radikalismus hochgeschraubt. Ich frage mich, wieso erwachsene und sonst vernünftige Politiker und Medienleute so bedingungslos von Verstand auf Emotion umschalten konnten.

Besonders in den „neuen“ Bundesländern weckt diese Anti-AfD-Hysterie bei vielen Älteren Erinnerungen an die Ausgrenzung und Ächtung von Personen mit „westlicher Dekadenz, kleinbürgerlichem Gedankengut, parteischädigendem Verhalten, mangelnder Verfassungstreue, Zweifel am wissenschaftlichen Marxismus und Verbreitung von Westpropaganda“. Solche Beschuldigungen endeten in der DDR mit Studienverbot, Karriereende oder selbst Gefängnis. Als die Beschuldigungen immer wilder und häufiger wurden, brachten sie das Ende der SED.

Andreas Mölzer
Reich ohne Österreich
Bismarcks Reichsgründung
aus österreichischer Sicht

Als am 18. Januar des Jahres 1871 der preußische König im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser gekrönt wurde, war dieses zweite Deutsche Reich, wie es ex post genannt werden sollte, bereits seit dem 1. Januar des gleichen Jahres verfassungsrechtliche Realität. Die mit Jahresbeginn 1871 in Kraft getretene gemeinsame Verfassung entsprach dem Text der Verfassung des Norddeutschen Bundes, und bereits am 10. Dezember des Vorjahres war vereinbart worden, die Bezeichnung „Deutscher Bund“ durch „Deutsches Reich“ zu ersetzen. Damit hatte sich der neue kleindeutsche Nationalstaat zumindest vom Staatsnamen her in die Tradition des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gestellt.



Der österreichische Historiker Heinrich Ritter vom Srbik, der Präzeptor der sogenannten „Gesamtdeutschen Geschichtsauffassung“, schrieb dazu in seinem Standardwerk „Die Deutsche Einheit“ in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts: „Dieses zweite Reich trug den Namen Reich nicht im Geist des ersten Reiches. Sein Kaisertum war keine Wiederherstellung der seit 60 Jahren ruhenden deutschen Kaiserwürde, seine Krone war nicht die Krone Karls des Großen, sein Adler nicht der alte einköpfige Reichsadler, und es war nicht im politischen Sinn der Nachfolger des alten Reiches, wie Treitschke meinte. Es war ein Regnum Teutonicum, kein Imperium der Ideen. Die universale Idee war aus ihm geschwunden, es war räumlich saturiert, war nicht mehr Europa und selbst nicht Mitteleuropa, wie noch im Grunde der Deutsche Bund, es war eine Großmacht unter Großmächten, keine abendländische Ordnungsmacht an sich.“¹

1 Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit Idee und Wirklichkeit von Villa Franca bis Königgrätz, Band 4, Seite 479

Tatsächlich gab es bereits im Revolutionsjahr 1848 den Versuch der Gründung einer Staatlichkeit namens „Deutsches Reich“ als deutscher Bundesstaat. Dessen Reichsregierung und damit provisorische Verfassung wurde im Juni 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung konstituiert und wurde vom Präsidium des Deutschen Bundes auch anerkannt. Dementsprechend gab es bereits eine provisorische Zentralgewalt in Form einer Reichsregierung, an deren Spitze der Reichsverweser als eine Art Ersatzmonarch mit einer Reihe von Ministern stand. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes wurde damals der Habsburgerprinz Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt. Im Gegensatz zur Gründung Otto von Bismarcks im Jahre 1871 umfasste dieses niemals zur politischen Realität gewordene „Deutsche Reich“ des Revolutionsjahres immerhin alle Teile des deutschen Volkes, auch die Deutschen der Habsburgermonarchie, die bekanntlich die Frankfurter Nationalversammlung mit gewählt hatten.

Das alte Reich und Habsburg

Um Österreichs Haltung zur bismarckschen Reichsgründung zu verstehen, gilt es die österreichische Reichsvariante zu beleuchten, die bekanntlich von der Schlacht bei Dürnkrut im August 1278, als der Habsburger Rudolf I. den Böhmen-König Ottokar Premysl besiegte, bis zur Niederlegung der römisch-deutschen Kaiserkrone im Jahre 1806, die deutsch-mitteuropäische Geschichte dominierte. Bereits der Name „Österreich“ enthält den Begriff „Reich“, und nahezu ein halbes Jahrtausend lang war dieses Österreich bekanntlich die zentrale Stütze der römisch-deutschen Reichsidee. Wenn das Spätmittelalter noch durch einen Wechsel der Herrschergeschlechter von Habsburg über die Luxemburger bis hin zu den Wittelsbachern gekennzeichnet war, stand die Reichsgeschichte mit der beginnenden Neuzeit vollends im Zeichen Habsburgs. Beginnend mit Kaiser Friedrich III., den Arthur Moeller van den Bruck die „Erste jene fürstlichen Trottelfiguren, die dann in Zeiten des Absolutismus so überaus zahlreich in Deutschland werden sollten“ nannte, konnte das Haus Habsburg – ab Franz I. (Franz Stephan von Lothringen) das Haus Habsburg-Lothringen – durchgehend bis zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches in der napoleonischen Zeit den Kaiser stellen. Dieser Friedrich III. regierte fünf Jahrzehnte und war über lange Zeitspannen das Gespött nicht

nur seiner Gegner, die er allerdings alle überlebte. Unter ihm wurde Wien zur Residenzstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, und obwohl unter ihm das Reich in Wirren geriet und seine eigenen Erbländer im Chaos versanken, war er doch wie kein anderer von der kaiserlichen Auserwähltheit seines Hauses überzeugt. Und er vermochte jene Fäden zu spinnen, die die Macht der Casa d'Austria begründeten. Sein Wahlspruch AEIOU „Alles Erdreich ist Österreich Untertan“ symbolisierte den imperialen Anspruch nicht nur des Herrenhauses, sondern des Reiches überhaupt.

Das Ausgreifen seines Sohnes Maximilian auf das burgundische Erbe des Karls des Kühnen, seine Kämpfe gegen Frankreich, die Erbverträge mit Böhmen und Ungarn waren, auch wenn bei Hausmacht Interessen vielfach im Vordergrund standen, dennoch immer reichische deutsche Politik. Erst die Versippung der Habsburger mit dem spanischen Königshaus, die Verbindung des kaiserlichen-römischen Kaiseranspruches mit der aus der Reconquista blutig und fanatisch herausgewachsenen Katholizität, die durch die jungen überseeischen Kolonien überdies mit einem Male globale Ausdehnung fand, änderte dies grundlegend. Mit Karl V. tritt dann die habsburgische Reichsidee als weltpolitisch bestimmendes Element in die Weltgeschichte der Neuzeit. Und damit war sie keine deutsche Sache allein. Dieser Karl V. betrachtet sich immer in erster Linie als König von Spanien, kulturell vielleicht als Burgunder, als Kaiser, nicht aber als deutsches Oberhaupt, sondern als Weltherrscher, als Monarch des mittelalterlichen Universalreiches.

Der Reichsbegriff selbst allerdings befand sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder in einem grundlegenden Wandel. Erst als dem Reich der gesamtabelndländische Anspruch zur leeren Phrase verdarb, als der Kaiser weder über Rom gebot, noch über die anderen europäischen Herrscher zu gebieten vermochte, als sich die Macht des Reiches immer mehr auf vorwiegend deutsches Territorium zu beschränken begann, gab es die Chance, Reichspolitik wirklich als deutsche Nationalpolitik zu betreiben. Die seit dem Konstanzer Konzil (1414 bis 1418) immer häufiger gebrauchte Charakterisierung des Heiligen römischen Reiches als eines „deutscher Nation“ deutete diese Entwicklung an. **Indessen hatten sich allerdings die Herrschaftsrealitäten in Deutschland selbst dergestalt geändert, dass die verschiedenen Fürstenhäuser, auch das Kaiserhaus, eher kleinräumig**



Gemälde von Pauwel Casteels über die Schlacht von Wien am 12. September 1683: Die erfolgreiche Abwehr des zweiten Türkensturms auf Wien bedeutete ein Schlüsseldatum. Sie gilt als die Geburtsstunde des modernen Europas und die Rettung der abendländisch-christlichen Kultur.

strukturierte Hausmachtpolitik betrieben, als Reichspolitik. Und dies führte zwangsweise zur Entwicklung der deutschen Territorialstaaten, die bis zur bismarckschen Reichsgründung die politischen Realitäten in Deutschland prägten. Und so erwuchs jene territoriale Zersplitterung, die das alte Römische Reich Deutscher Nation in seiner Spätzeit lähmen sollte.

Doch neben der gewissermaßen spirituellen Bedeutung der Reichsidee unter österreichischer Führung gab und gibt es geopolitische Konstanten, welche die habsburgische Politik bestimmten. Heinrich Jordis von Lohausen, der große österreichische Geopolitiker, formulierte dies mit wenigen treffenden Sätzen: „Mit den Alpen als Rückgrat konnte Österreich seine Wege sowohl nach dem Inneren Deutschlands nehmen, als auch in Richtung Italien, Ungarn und Polen. Zumindest stückweise ist es diese Wege alle gegangen. Es folgte damit dem Zug

einer Landschaft, in welcher Pontisches Atlantisches und Baltisches Mediterranem begegnet. Von den vier Windrichtungen, die mithin ihr Schicksal bestimmten, überwiegend zwei. Seine Ursprünge liegen in Deutschland, seine vornehmste Aufgabe befand sich im Bereich der mittleren und unteren Donau, die Flanken Schlesien, die Ostsee, aber auch Italien treten dagegen zurück. Doch ist das Ganze, jeder größere Zusammenhang, dem Österreich unlösbar zugehört, dem Raum nach nicht weniger, als das gesamte Mitteleuropa der Geschichte nach umfassender, denn Österreich war nicht nur das Land an der Grenze, sondern überdies Träger der gesamteuropäischen Überlieferung, es war das teilweise verwirklichte gesamtabelndische Reich, war über seine Besitzungen am Rhein, im Burgund und in den Niederlanden auch dem europäischen Kernraum weit stärker verbunden als etwa Spanien, England und Preußen. Und ihm lastet die doppelte Aufgabe von Grenzwacht und römischer Krone: Hier die zentrale deutsche und europäische, dort die periphere donauländische.“

Obwohl Habsburg für lange Zeitperioden durch das burgundische Erbe auch im Westen engagiert war, was zu ständigen Kriegen gegen Frankreich zwang, entwickelt sich das habsburgische Dominium gewissermaßen zu einem Reich im Osten. Das Jahr 1683 und die erfolgreiche Abwehr des zweiten Türkensturms auf Wien bedeutet für die Entwicklung dieses Reiches im Osten ein Schlüsseldatum. Entgegen allen Legenden war es das Reichsheer, das bis 1683 vor Wien den wesentlichen Sieg errang, und nicht der Polenkönig Sobieski. Dieses Reichsheer, das vor Wien unter dem gemeinsamen Feldzeichen der Fahne des weißen Kreuzes im roten Feld der alten Lehens- und Blutbahn der deutschen Könige kämpfte, sollte letztlich unter Prinz Eugen Jahrzehnte danach den gesamten Donauraum für Habsburg erobern. Die gewaltige Landmasse, die hier von Habsburg erobert wurde, gehörte zwar nicht zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, war aber zum einen durch das Herrscherhaus mit der römisch-deutschen Krone verbunden und zum anderen durch einen neuerlichen und letzten gewaltigen Schub deutscher Ost- und Südostkolonisation. Diese führte jene Territorien dem Abendlande und dem deutschen Mitteleuropa zu. Somit war dieses Reich im Osten nicht nur der Auswuchs des universalen Anspruchs des Hauses Habsburgs, es war auch Frucht einer deutschen Kulturleistung, wo deutscher Bauern- und Handwerkerfleiß und deutsches Stadtrecht diesen Großraum wieder an das Abendland

banden, nachdem er Jahrhunderte durch die Türkenherrschaft ausgesogen worden war.

Die eigentliche Symbolfigur dieses habsburgischen Reiches im Osten, das dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation so eng verbunden war, war der Savoyer Prinz Eugen. Ihm gebührt ein Ehrenplatz im historischen Bewusstsein der deutschen Gesamtnation. Nicht nur für Österreich hat er sich große Verdienste erworben, sondern auch für das Reich.

Ritt er den kaiserlichen Truppen voran, kämpfte er vielmehr auch am Rhein, Mosel und Schelde nicht nur für Habsburg, sondern auch für das Reich, für Deutschland, gegen den Landhunger der Franzosen. Heinrich Ritter von Srbik schreibt über Prinz Eugen: „Als deutscher Held wurde Eugen gefeiert, deutsch war der Charakter des kaiserlichen Heeres trotz der bunten Völkervielfalt, das Reichsgefühl lebte in seinem deutschen Herren und ein Bayer sang zuerst das Lied vom Prinzen Eugen, dem edlen Ritter“.

Auf Deutschland hin orientierte Reichspolitik betrieben auch noch Maria Theresia und ihr Sohn Joseph II. Beide hatten aber mit dem aufstrebenden Preußen zu kämpfen, das eine territoriale Basis auch außerhalb der alten Reichsgrenzen hatte und das sich vom neuen deutschen Machtfaktor auch immer wieder gegen die Reichsinteressen im eigentlichen Sinne entwickelte. Im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte das Haus Österreich es jedenfalls hinzunehmen, dass sich mit dem friderizianischen Preußen ein neuer Machtfaktor in Deutschland entwickelte, der sich schließlich über den deutschen Dualismus bis hin zur bismarckschen Reichsgründung entwickeln sollte.

Und dann kam die Französische Revolution und in deren Folge Napoleon Bonaparte. Das napoleonische Kaisertum, beruhend nicht auf freie Weihe, Würde und Altar, sondern bloß auf den Bajonetten der französischen Grenadiere, war zur beherrschenden Macht geworden. Die Kaiserwürde des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation machte sich dagegen wie ein schäbiges Ersatzstück aus dem düsteren Mittelalter aus. Modern war es geworden, sich im Rheinbund von Napoleons Gnaden zu Königen machen zu lassen und sich den bonaparteischen Parvenüs anzubiedern. Kaiser und Reich galten da nur mehr sehr wenig.

Demnach erschien es folgerichtig zu sein, dass sich der Habsburger Franz II. der alten deutschen Königskrone und der römischen Kai-

serwürde im Jahre 1806 entledigte. Sein Machtbereich scharte sich um das panonische Donaubecken, deutsche Länder besaß er nur mehr in geringen Umfang. So war die Begründung des „Kaisertums Österreich“ im Jahre 1804 offenbar durchaus zweckmäßig und logisch. Und dennoch war der Verzicht auf die römisch-deutsche Krone wahrscheinlich der folgenschwerste Fehler der habsburgisch-österreichischen Politik. „Denn einmal preisgegeben, war diese einst schwer umkämpfte kaiserliche Würde für immer dahin, mit ihr alle 900 Jahre deutscher Geschichte, verknüpfte Rechte, sowie der seither unangefochten gebliebene Vortritt des deutschen Königs vor allen anderen Fürsten des Abendlandes. Nicht nur der Kaiser selbst verlor damit an Gewicht, auch sein Land, alle Länder der römischen Krone.“ So formulierte es Heinrich Jordis von Lohausen. Zwar trug das Haus Habsburg noch den Titel eines Kaisers, aber es war nur noch ein Kaiser im eigenen Land, es war nicht mehr schlechthin der Kaiser. Was Franz im Jahre 1806 getan hatte, wäre vielen seiner Vorfahren als schändliches Versagen erschienen. Tatsächlich fiel mit der römisch-deutschen Kaiserwürde das ganze Reich, und ohne Reich war Deutschland nur noch ein geographischer Begriff.

Im Zuge des Wiener Kongresses wurde Europa neu geordnet, und anstelle des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation trat der Deutsche Bund, in dem Österreich unter Habsburg zwar die Präsidialmacht stellte, allerdings in Form des deutschen Dualismus machtpolitisch gleichrangig mit Preußen war. Gleichzeitig aber gab es jene literarisch-geistige Strömung, die im Zuge der deutschen Romantik den Rückweg zum mittelalterlichen Universalkaisertum als lebendiger Kraft entdeckte. Die Staatslehre der Romantik replizierte auf die großen geschichtlichen Kräfte des christlich-deutschen Mittelalters und definierte das mittelalterliche Kaisertum als eine übernationale, die Nationen verbindende und doch deren Individualität wahrende Idee, als ein geistiges Band der religiös-politischen Einheit des Abendlandes. Diese deutsche Romantik, die historische Rechtsschule und die Philosophie eines Friedrich Wilhelm Schelling, Denker wie Friedrich Schlegel, Josef Görres und Adam Müller deuteten das römisch-deutsche Kaisertum des Mittelalters auf neue Art und Weise. Insbesondere der Reichsfreiherr von Stein, der preußische Staatskanzler und „erster Erzieher der Deutschen zu Idee des Nationalstaates“, wie Heinrich Ritter von Srbik formulierte, war es, der an ein neues deutsches Reich dachte, dem Österreich und Preußen nur als machtpolitische Werkzeuge

zu dienen gehabt hätten. Geboren aus dem Wesen deutschen Volkes und der deutschen Kultur.

Reichsromantik – die Sehnsucht nach Kaiser und Reich

Die Realität des Deutschen Bundes indessen war eine andere. Das System des österreichischen Staatskanzler Clemens Wenzel von Metternich hatte weder für Reichsromantik, noch für ein neues deutsches Nationalgefühl, geschweige denn für liberale Tendenzen Verständnis. Bekanntlich bestand dieser Deutsche Bund aus 35 souveränen Fürstentümern und vier freien Städten. Österreich und Preußen gehörten ihm nur mit den jeweiligen Staatsgebieten an, die auch schon Bestandteil des 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gewesen waren. Unter der Führung Österreichs entwickelte sich der Staatenbund zu einem Vollzugsorgan der Restauration zur Aufrechterhaltung der monarchischen Legitimität und Ordnung. Nationale liberale und demokratische Ideen wurden mit dem metternichschen Polizeistaatsmethoden bekämpft und die Forderungen nach konstitutioneller Ordnung, nach Einheit und Freiheit wurden rigoros unterdrückt. Insbesondere die aufkeimende deutsche Nationalbewegung, wie sie sich in der Urburschenschaft manifestierte, wurde durch die Karlsbader Beschlüsse des Jahres 1819 rigoros unterdrückt.

Das Wartburgfest, das Hambacherfest, der Frankfurter Wachsturm, all das waren Stationen hin auf dem Weg zur deutschen Revolution von 1848, und stets war neben den freiheitlichen Bestrebungen der Deutschen der Gedanke der nationalen Einheit und eine Wiedererrichtung des Reiches eine der großen Triebkräfte.

Im Ringen um die Führung in Deutschland zwischen Preußen und Österreich, das auch während des Revolutionsjahres 1848/49 die wesentlichste machtpolitische Frage darstellte, stellte die Wahl des Habsburger-Prinzen Erzherzog Johann zum Reichsverweser in der Frankfurter Paulskirche ein letztes Mal so etwas wie einen österreichischen Sieg dar. Als eine Art Ersatz-Monarch in einer konstitutionellen Monarchie konnte der freisinnige und fortschrittliche Habsburger-Prinz noch einmal als Repräsentant des Erzhauses für wenige Monate an der Spitze deutscher Staatlichkeit stehen. Immerhin vom 28. Juni 1848 bis zum 20. Dezember 1849 hatte Erzherzog Johann diese Reichsverweserschaft

inne und konnte somit auch Reichsminister ernennen. Insbesondere der Österreicher Anton von Smerling vermochte in dieser Phase der 48er Revolution die Österreich einbeziehende Großdeutsche Lösung zu favorisieren. Nach Schmelings Scheitern musste der Reichsverweser Heinrich von Gagern zum Reichsministerpräsidenten ernennen, der bekanntlich eher die Kleindeutsche Lösung mit Preußen favorisierte. Der König von Preußen indessen lehnte die Reichsverfassung und die Kaiserkrone ab, und die deutsche bürgerliche Revolution und damit auch ihr Versuch, die deutsche Einheit herzustellen, scheiterte.

Königgrätz und die Folgen

Der österreichische Ministerpräsident Felix Fürst Schwarzenberg stellte im Jahre 1850 den deutschen Bund wieder her, vorläufig ohne Preußen, welches sich aber in der Folge wieder entschloss beizutreten. Österreichs Außenpolitik im Jahrzehnt des Neoabsolutismus, also von der Niederschlagung der Revolution im Jahre 1849 bis 1859, war eher glücklos. So geriet man wegen der Unterstützung Montenegros am Balkan zunehmend in Gegensatz zum zaristischen Russland, welches die Habsburger Monarchie in den Revolutionsjahren noch unterstützt hatte. Und im Hinblick auf die Einigungsbestrebungen Italiens durch das Haus Savoyen war die Habsburger Monarchie ohnedies der Hauptfeind. Überdies verbündete sich Frankreich unter Napoleon III. in Geheimgesprächen mit dem Savoyischen Minister Cavour und verpflichtet sich zur militärischen Unterstützung der Einigungsbewegung Italiens. Und die Rivalität mit Preußen spitzte sich von Jahr zu Jahr zu. Gewogen bleiben der Habsburger Monarchie in diesem Spiel der Kräfte nur die süddeutschen Mittelstaaten, doch deren politisches und militärisches Gewicht sollte sich als gering erweisen.

Als im Frühjahr 1859 der Krieg zwischen der Habsburger Monarchie und dem Königreich Sardinien ausbrach, standen die Franzosen an der Seite der Italiener. Nach den verlorenen Schlachten bei Magenta und bei Solferino verlor Österreich die Lombardei. Damit zeichneten sich auch der Verlust Venetiens ab und letztlich damit die italienische Einigung.

Auf der politischen Ebene des Deutschen Bundes kam es trotz der österreichischen Versuche, mit Preußen ein gedeihliches Verhältnis zu bewahren, mit dem Amtsantritt Otto von Bismarcks an der

preußischen Staatsspitze im Oktober des Jahres 1862 zur verschärften Spannungen. Der österreichische Historiker Erich Zöllner (vgl. Geschichte Österreichs von den Anfängen bis zur Gegenwart, Seite 406 ff.) schreibt, dass mit Bismarck „ein selbstsicherer, zielstrebigere Staatsmann an die Spitze der preußischen Außenpolitik trat, der von vornherein bestrebt war, den Zustand des labilen Gleichgewichts im Deutschen Bund zu Gunsten einer Hegemonie des eigenen Staates zu liquidieren und dabei gegebenenfalls einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Habsburger Staat nicht aus dem Weg zu gehen.“

Im Bundestag wurde Preußen meistens majorisiert, da die deutschen Mittelstaaten eher mit Habsburg und mit Österreich sympathisierten und überdies die Ausdehnungsbestrebungen Preußens innerhalb des Deutschen Bundes fürchteten. Als aber im Jahre 1863 der österreichische Kaiser Franz Joseph eine Reform des Deutschen Bundes initiierte – man strebte die Erneuerung der Kaiserwürde an – scheiterte diese an der Absage Preußens. Zwar wurde der österreichische Reformvorschlag auf dem Fürstenkongress von Frankfurt mit großer Mehrheit angenommen, wobei ein Fünferdirektorium unter österreichischem Vorsitz, ein Bundesgericht und ein mit tatsächlichen Vollmachten ausgestatteter Bundesrat vorgesehen waren. Bismarck allerdings antwortete mit Gegenvorschlägen, die eine deutsche Volksvertretung auf Grund direkter Wahlen forderten. Das allerdings konnte das in jenen Tagen von politischen und nationalen Problemen zerrüttete Österreich nicht annehmen. Überhaupt war der preußische Schritt von Bismarck wohl nur unternommen worden, um den österreichischen Plan zum Scheitern zu bringen.

Schließlich war es die schleswig-holsteinische Frage, die endgültig zum Bruch zwischen Preußen und Österreich führte. Bereits im Revolutionsjahr 1848/49 war es in den von überwiegend Deutschen bewohnten Fürstentümern Schleswig und Holstein und Lauenburg zum Aufstand gegen die dänischen Herrschaftsansprüche gekommen. Als im Jahre 1863 die dänische Regierung selbst die Bestimmungen des ohnedies für Dänemark sehr günstigen Londoner Vertrags von 1852 brach, wonach die Fürstentümer noch eine Sonderstellung im Rahmen der Länder der dänischen Krone hatten, forderte die öffentliche Meinung in Deutschland den Kampf um Schleswig-Holstein. Und in der Tat griff der Deutsche Bund militärisch ein. Dänemark hoffte vergeblich auf englische Hilfe, musste schließlich im Frieden von Wien beide

Herzogtümer abtreten. Die Probleme zwischen Preußen und Österreich traten allerdings erst nach dem militärischen Erfolg auf. Die Sieger mussten nämlich zu einer Einigung über die Elbherzogtümer kommen, deren Bevölkerung am liebsten die Bildung eines eigenen deutschen Bundesstaates gesehen hätte. Preußen, welches nur Lauenburg erhielt, wollte allerdings auch Schleswig und Holstein zum Anspruch auf seine Stellung an Nord- und Ostsee für sich behalten. Die Österreicher versuchten dies naturgemäß zu verhindern. Im Vertrag von Gastein vereinbarte man im Jahre 1865 die Teilung der Verwaltung. Holstein sollte durch Österreich, Schleswig durch Preußen verwaltet werden. Ein Provisorium, das nicht halten sollte.

Nachdem sich die Gegensätze zuspitzten, schloss Preußen im April 1866 mit Italien eine gegen Österreich gerichtete Allianz und verletzte somit die Deutsche Bundesakte. Und nachdem Österreich – allerdings entgegen den Bestimmungen des Gasteiner Vertrags – die Entscheidung über Schleswig-Holstein dem Deutschen Bund zugewiesen hatte, besetzte Preußen Holstein, und darauf wiederum kam es zu dem einigermaßen sinnlosen Vertrag Österreichs mit Frankreich unter Napoleon III., der die Abtretung Venetiens selbst für den Fall eines für Österreich positiven Ausgangs eines österreich-preußischen Krieges vorsah, wofür sich Frankreich nur zur Neutralität verpflichtete.

Das von Preußen zur gleichen Zeit veröffentlichte „Bundesreformprogramm“ verlangte den Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund. Im Bundesrat allerdings wurde mit neun gegen sechs Stimmen die von Österreich verlangte Mobilisierung gegen Preußen beschlossen. Danach erklärte der preußische Gesandte die Bundesverfassung für erloschen, und der Deutsche Bund, an der Spitze Österreich, befand sich im Kriegszustand mit Preußen. Auf der österreichischen Seite standen die meisten deutschen Mitgliedstaaten, darunter im Norden Hannover, Sachsen, Hessen-Kassel, im Süden Bayern, Baden und Württemberg. Auf der preußischen Seite standen die Hansestädte und die norddeutschen Kleinstaaten, sowie das verbündete Königreich Italien.

Nun werden gemeinhin die Ereignisse des Jahres 1866 als der Deutsche Bruderkrieg und die Schlacht von Königgrätz nur als eine Etappe bis hin zur kleindeutschen Einigung, eben als einer von mehreren deutschen Einigungskriegen betrachtet. Tatsache ist aber, dass die Kaiserkrone des von Bismarck begründeten Wilhelminischen Deutschland in Wahrheit auf dem Schlachtfeld von Königgrätz geholt

wurde und nicht in den Kämpfen von Paris, so formulierte es Heinrich Ritter von Srbik, der Großmeister der Gesamtdeutschen Geschichtsschreibung. Dort nämlich, in Königgrätz, starb – so Srbik – „der deutsche Primat Österreichs, des alten Trägers der Kaiserkrone, der auf verengtem Raum die verblasste Kaiser- und Reichsidee in sich trug und im Bunde leitete“. Und weiter: „Der Deutsche Bund, der seinen Ursprung zeitgeschichtlichen, aus der Vergangenheit heraufreichenden Tendenzen verdankte und der kein Rechtsnachfolger, aber ein geistig-politischer Erbe des Reiches in vielen war, er musste sterben.“ Und er schließt: „Auf dem böhmischen Schlachtfeld ist in Wahrheit das Tausendjährige heilige Reich erst vollends zu Grabe getragen worden, und durch dieses Ende eines Jahrtausends deutscher Geschichte ist die Bahn frei gemacht und sind die Voraussetzungen geschaffen worden für das zweite Reich, das am 18. Januar 1871 in Versailles seine Krönung erhielt...“

Doch noch war das Ganze nicht beschlossene Sache: Als die Truppen der verfeindeten Parteien in Böhmen aufmarschierten – auf die österreichische Seite hatten sich die Sachsen durchgeschlagen, während die Hannoveraner gegenüber den Preußen kapitulieren mussten – wähnten sich die Österreicher noch im Recht. Sie zogen in den Kampf als Präsidialmacht des Deutschen Bundes, die Mehrheit der deutschen Kleinstaaten war auf ihrer Seite. Doch war auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, konkret in Böhmen, klar, dass die Österreicher und somit die Bundestruppen gegen einen an Ausbildung und Bewaffnung überlegenen Gegner zu kämpfen hatten. Die preußische Infanterie war schon seit einigen Jahren mit einem Hinterlader, dem Zündnadelgewehr, ausgerüstet, dessen Feuerschnelligkeit wesentlich größer war als die der österreichischen Vorderlader. Allerdings galt die österreichische Kavallerie der preußischen gegenüber als gleichwertig, und im Bereich der Artillerie verfügten die Österreicher über das bessere Geschützmaterial. Abgesehen davon aber war es das Wesentlichste, dass die preußische Armee besser geführt wurde als die österreichische. Der preußische Generalstabschef Helmuth von Moltke hatte hohes strategisches Können und entsprechende Entschlusskraft. Der österreichische Kommandeur hingegen, Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, war zweifellos ein tüchtiger und beliebter Truppenführer, besaß aber kaum Kenntnisse des Kriegsschauplatzes und sollte somit in der Folge zum Sündenbock für die Niederlage werden.

Die Kämpfe auf der Südfront, die allerdings für die Entscheidung in Deutschland keinerlei Bedeutung hatten, verliefen für Österreich günstig. Am 24. Juni 1866 besiegten die Österreicher bei Custozza eine übermächtige italienische Armee, dennoch sah man sich gezwungen, Venetien aufzugeben aufgrund der Entwicklungen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, da man das Gros der Truppen der Südarmee an die Donau transportieren wollte. Allerdings wandte sich die preußische Armee nicht, wie man im preußischen Hauptquartier vermutet hatte, in Richtung Mähren, sondern eben nach Böhmen. Nach weitgehend für die Preußen erfolgreichen Gefechten am Beginn des Feldzugs zweifelte der österreichische Kommandeur Benedek bereits vor der Entscheidungsschlacht an der Möglichkeit einer günstigen Wendung und riet dem Kaiser telegrafisch zu einem Friedensschluss. Dieser bestand aber auf die Annahme einer großen Entscheidungsschlacht. Zu dieser kam es dann am 3. Juli 1866 bei Königgrätz.

Nachdem die Österreicher anfangs dem Ansturm der preußischen Armee des Prinzen Friedrich Karl standgehalten hatten, entschied die neue eintreffende Armee des preußischen Kronprinzen die Schlacht. Nur die Preisgabe der österreichischen Artillerie und der Kavallerie konnten eine völlige Katastrophe vermeiden. Doch der Rückzug über die Elbe führte zu zusätzlichen katastrophalen Verlusten. Und nur mit Mühe gelang es Benedek, den Rest der Armee an die Donaulinie zurückzuführen. Der Feldzugmeister wurde daraufhin seines Kommandos enthoben, wurde zum Sündenbock abgestempelt und nach einem Kriegsgerichtsverfahren dazu verpflichtet, zeitlebens über die Umstände der Schlacht von Königgrätz zu schweigen.

Daraufhin wurde am 22. Juli ein Waffenstillstand, am 6. August der Vorfriede von Nikolsburg und am 22. August der Friede von Prag geschlossen. Und es war Otto von Bismarck, der das Ansinnen seines Königs, als Triumphator in Wien einmarschieren zu wollen, zurückwies. In weiser Voraussicht bremste er die weitergehenden Forderungen der preußischen Militärpartei und verzichtete auf Gebietsabtrennungen Österreichs und Sachsens. Für den Bestand des Königreichs Sachsen hatte sich Kaiser Franz Joseph ehrenwörtlich verpflichtet. In territorialer Hinsicht hielt sich Preußen freilich durch die Erwerbung von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und eben auch Schleswig-Holstein schadlos. Dadurch wurde die Lücke zwischen den rheinischen und altpreußischen Landen geschlossen, und mit den

noch weiter bestehenden norddeutschen Staaten, einschließlich Sachsens, der Norddeutsche Bund vereinbart.

Während Preußen also in Deutschland nördlich der Mainlinie absolut dominant geworden war und sich im Norddeutschen Bund bereits die kleindeutsche Vereinigung abzeichnete, wurde die Habsburger Monarchie durch die Niederlagen gezwungen, im Inneren weitgehende Liberalisierungen zuzulassen. Einerseits kam es 1868 zum Ausgleich mit Ungarn, wodurch die K & K Monarchie im Wesentlichen ein Doppelstaat wurde, zusammengehalten nur durch die Personalunion in Person des Herrschers und durch die gemeinsame Außenpolitik. Zum anderen brach in der cisleithanischen, also der westlichen, deutsch dominierten Reichshälfte die liberale Ära an, im Zuge derer sich Konstitutionalismus und Parlamentarismus durchsetzen. So wurde eine Volksvertretung, bestehend aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus, geschaffen, sowie eine Verfassung mit der Definition der Grundrechte, die bis zum heutigen Tag im österreichischen Verfassungsrecht bestand haben.

In der großen europäischen Politik standen die Jahre nach der Schlacht von Königgrätz und dem Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund im Zeichen der Bemühungen Napoleons III., den wachsenden preußischen Einfluss in Europa einzudämmen. Die Versuche Napoleons, ein antipreußisches Bündnis mit den Habsburgern zu schließen, weil es in Kreisen des Militärs und des Kaiserhauses durchaus Kräfte gab, die kurz- und mittelfristig einen Revanchekrieg mit Preußen angedacht hatten, scheiterten allerdings. Dies deshalb, da Napoleon vom Habsburger Kaiser als Hauptverantwortlicher für die Tragödie seines Bruders Maximilian in Mexiko betrachtet wurde. Maximilian war auf französisches Betreiben nach Mexiko gegangen, um dort Kaiserwürde anzunehmen, wurde jedoch nach dem militärischen Scheitern standgerichtlich erschossen. In den Kreisen des Erzhauses betrachte man Napoleon III. als Hauptverantwortlichen für diese Tragödie.

Dennoch gab es in Wien, wie gesagt, scharf antipreußisch eingestellte Militär- und Hofkreise, die vor allem von Erzherzog Albrecht angeführt wurden. Dieser plante ganz offen einen Revanchekrieg gegen Preußen, wollte allerdings die Zeit für die Beendigung einer Heeresreform abwarten. Als diesbezüglich im Frühjahr 1870 der Erzherzog in Paris und gleichzeitig der französische General Lebrun in

Wien verhandelten, kam es allerdings wieder nur zu unverbindlichen Vorschlägen. Dennoch hoffte die französische Regierung sowohl auf eine österreichische als auch auf eine italienische Intervention, als sie am 19. Juli 1870 Preußen den Krieg erklärte. Ausschlaggebend war dann allerdings die Haltung von Kaiser Franz Joseph selbst, der gegen die antipreußische Haltung von Erzherzog Albrecht und seines Außenministers Friedrich von Beust, dem vormaligen sächsischen Außenminister, entschied, dass Österreich in einer einfachen „unbewaffneten Neutralität“ im Hinblick auf die preußisch-französische Auseinandersetzung verharren solle. Der Anschluss der süddeutschen Staaten an Preußen und den Norddeutschen Bund, die Stimmung der Deutschen in den habsburgischen Erbländern und vor allem die raschen Erfolge der preußisch-deutschen Heere sprachen eindeutig gegen einen österreichischen Kriegseintritt auf französischer Seite. Und als am 1. September 1870 das zweite napoleonische Kaiserreich nach der Schlacht von Sedan zusammengebrochen war, war eine österreichische Intervention zu Gunsten der französischen Republik vollends undenkbar.

Zwar war im Prager Frieden im August des Jahres 1866 nach der Schlacht von Königgrätz im Artikel IV die theoretische Möglichkeit gegeben, gegen die Bildung eines neuen deutschen Kaiserreichs unter den preußischen Königen zu protestieren. Dazu hätte Österreich allerdings der Unterstützung anderer Mächte bedurft. Als Beust, der sich in diesen Tagen österreichischer „Reichskanzler“ nennen durfte, aber erkannte, dass dies nicht zu erreichen war, fand er sich als Realpolitiker mit den gegebenen Tatsachen ab. Damit aber war zweifellos für absehbare Zeit jede Hoffnung verloren, die Vormachtstellung Österreichs in Deutschland zurückzugewinnen. Und damit verschärften sich aber auch die Gegensätze im politischen Denken und Fühlen der deutschen Untertanen der Habsburger. Bisher waren ja jene, die sich als „Großdeutsche“ betrachteten, die Vertreter des politischen Anspruchs der Habsburger Monarchie im deutschen Raum, jetzt wurden diese österreichischen Großdeutschen, die prinzipiell auch Deutschnationale waren, geradezu zwangsläufig zu Anhängern des von Anbeginn heftig bewunderten kleindeutsch-preußischen Kaiserreichs, das Bismarck geschaffen hatte. Auf der anderen Seite hatte der österreichische Staatsgedanke bislang auf einem überaus starken deutschen Führungsanspruch gegründet. Ein großösterreichischer Staatsgedanke, der eine Abkehr

von diesem deutschen Führungsanspruch bedeutet hätte, konnte sich allerdings nicht entwickeln, da durch den Dualismus und den Ausgleich mit Ungarn die Magyaren in der östlichen Reichshälfte ihrerseits die ihnen anvertrauten slawischen Nationalitäten rigoros unterdrückten.

Deutsche Gemeinsamkeit durch den Zweibund

Die Deutschen waren nach Königgrätz und vollends nach der bismarckschen Reichsgründung im habsburgischen Kaiserstaat jedenfalls zur Minderheit geworden. Trost und Hoffnung wurden ihnen erst wieder in einer diplomatischen Konstruktion zuteil, die in säkularisierter Form auch so etwas wie ein Nachfolger des gesamtmitteleuropäischen alten Reiches war – im Zweibund. Bald nach dem Berliner Kongress, an dem Bismarcks Deutsches Reich den „ehrlichen Makler“ zwischen den Großmächten spielen konnte, kam es zu einer immer engeren Bindung der Habsburger Monarchie an das neue Wilhelminische Deutschland. Kurios ist, dass in diesen Jahren in der Innenpolitik der cisleithanischen Reichshälfte der Habsburger Monarchie eine konservative, eher slawenfreundliche Richtung die Oberhand gewonnen hatte, während außenpolitisch eine zunehmend enge Bindung der Doppelmonarchie an das Deutsche Reich geknüpft wurde.

Die Ursache dafür war zweifellos die zunehmende Verstimmung zwischen dem zaristischen Russland und dem neuen Deutschen Reich. Die von panslawischen und orthodoxen Emotionen gelenkte Petersburger Politik, welche insbesondere die Habsburger Monarchie auf dem Balkan konfrontierte, verwies Wien seinerseits auf eine zunehmend enge Rückendeckung durch Berlin. Bismarck, der damals zeitweilig sogar eine krieglerische Auseinandersetzung mit dem Zarenreich fürchtete, wollte das Bündnis mit Österreich-Ungarn möglichst eng gestalten. Er gedachte, es sogar in die Verfassungen beider Staaten einzubauen und durch enge wirtschaftliche Kooperationen zu ergänzen. Damit schienen jene Mitteleuropa-Pläne, die während des Ersten Weltkriegs auf Initiative des Liberalen Friedrich Naumann gemacht wurden, hier vorweg genommen zu sein. Allerdings einigte man sich dann zwischen Wien und Berlin auf ein reines Defensivbündnis, das am 10. Oktober des Jahres 1879 die gegenseitige Hilfestellung im Fall

eines russischen Angriffs auf einen der beiden Vertragspartner vereinbarte. Für den Fall eines Eingriffs einer dritten Macht verpflichtete man sich zu wohlwollender Neutralität, welche aktive Hilfe auslösen sollte, sobald der Angreifer die Unterstützung Russlands gewonnen hätte. Vorläufig hielt man diesen Vertrag geheim, er wurde nur Russland mitgeteilt, um dieses vor einem Angriff zu warnen. Tatsächlich veröffentlicht wurde dieser Zweibund-Vertrag dann im Februar des Jahres 1888, da sich damals der österreichische Gegensatz zu Russland doch weiter verschärft hatte. Interessant ist, dass im Zweibund-Vertrag von 1879 für den Fall eines französischen Angriffs gegen das Deutsche Reich keine Beistandsverpflichtung Österreichs vorgesehen war. Wien wollte es eben vermeiden, in den deutsch-französischen Gegensatz hineingezogen zu werden.

Nachdem im Revolutionsjahr von 1848/49 der letzte machtpolitische Versuch, der allerdings quasi auch schon demokratisch legitimiert war, den großdeutschen und großösterreichischen Gedanken zu einer großräumig geschlossenen Einheit zu verbinden, gescheitert war, folgte die „erste deutsche Teilung“ (so der österreichische Republikgründer, der Sozialdemokrat Karl Renner) nach der Schlacht von Königgrätz mit einer gewissen historischen Zwangsläufigkeit. Zwei deutsche Kaiser, der preußisch-kleindeutsche und der österreichische, der sich doch nach wie vor als „deutscher Fürst“ bezeichnete, waren die Folge.

Ob Bismarcks Entscheidung, den Habsburger Staat nach Königgrätz nicht zu zertrümmern, richtig war, kann im Nachhinein nur schwer beurteilt werden. Möglicherweise hätte er damals den gesamtdeutschen Nationalstaat unter Einbeziehung der Alpen- und Sudetendeutschen schaffen können, wobei dieser natürlich unter preußischer Führung gestanden wäre. Andererseits aber ermöglichte er mit seiner schonungsvollen Politik gegenüber dem Habsburgerreich den Fortbestand jenes deutschbestimmten und doch übernationalen Südosteuropas für ein weiteres halbes Jahrhundert.

Der Schatten der alten Reichsidee bewährte sich somit noch bis 1918 als mitteleuropäisches Ordnungsmodell, und zwar deshalb, weil das Wilhelminische Deutschland die Donaumonarchie politisch konsequent abstützte. Diese Einheit in der Zweiheit erwies sich als stärker als das ihr vorangegangene Reich und der nachfolgende Deutsche Bund, so der geopolitische Denker Heinrich Jordis von Lohausen.

Bismarck mutete den Deutschen Österreichs Ungewöhnliches zu. Sie waren der wichtigste Stein Bismarcks diesbezüglicher Strategie. Nur als Angehörige der stärksten Nation Europas konnten sie ihre Aufgabe erfüllen, weit mehr noch als vor 1866 benötigten sie nachher den Rückhalt des Reiches, denn nur solange die Ungarn, Slawen und Rumänen sie auch weiterhin als Deutsche betrachteten und sie durch Deutschland gedeckt sahen, genossen sie jenes Ansehen, das es ihnen ermöglichte, als Minderheit die notwendige führende Rolle zu spielen. Ging diese Deckung verloren, dann fehlte ihnen außer dem Gewicht einer zentralen Lage und einer geschlossenen Siedlung fortan auch das der größeren Zahl. So wurde der Einfluss der Deutschen in der Habsburger Monarchie in den letzten Jahrzehnten und Jahren ihres Bestandes immer schwächer und letztlich vollends in Frage gestellt. Dennoch war dieser Vielvölkerstaat unter deutscher Führung so fest gegründet, dass es eines vierjährigen Weltkrieges bedurfte, um sein Gefüge zu zerbrechen. Was danach folgte, nämlich die Staatenwelt der Zwischenkriegszeit, hatte minderlangen Bestand. Das Jahr 1945 bestätigte die noch auf das Jahr 1850 zurückgehende Voraussage des preußischen Diplomaten Konstantin von Frantz, wonach ein Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund die russische Westgrenze bis an die Linie Lübeck-Triest herantragen würde. Auf dieser Linie befand sich letztlich die Grenze zwischen Warschauer Pakt und NATO in den Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs und während des Kalten Krieges.

Bei aller politischen Schwäche und aller politischen Immobilität und militärischen Trägheit bildete die späte Habsburger Monarchie doch jenes zusätzliche Gewicht, das dem Deutschen Reich bis 1914 eine quasi hegemoniale Stellung in Europa ermöglichte. Klar ist dabei, dass die Aufrechterhaltung der dazu notwendigen Habsburger Herrschaft über den Donau- und Karpatenraum nur möglich war durch jenen späten Abglanz der alten heiligen Reichsidee als einziger gesamtabeländischer Überlieferung. Allein die Person des greisen Kaisers Franz Joseph galt nach mehr als 60-jähriger Regierungszeit als Personifizierung dieser Idee. Sein Tod im Jahre 1916 inmitten der Wirren des Weltkrieges bedeutete auch den Untergang des Restes dieses Mythos vom Reich in seiner altdeutschen und in der Folge altösterreichischen Form. Bereits lange Jahre zuvor war mit dem Abgang Otto von Bismarcks aus der Politik und seinen eher schwachen Nachfolgern sein komplexes Bündnissystem, das die Macht des jungen Wilhelmini-

schen Deutschlands absicherte und das europäische Spiel der Mächte einigermaßen im Gleichgewicht hielt, zunehmend abgebröckelt und schwächer geworden.

Heinrich Ritter von Srbik, der Großmeister der gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung, schreibt dazu in seinem fundamentalen Werk „Die Deutsche Einheit“: „Doch nicht für ein Jahrhundert, wie Bismarck einmal gesagt hat, hat Königgrätz die deutsche Uhr richtig gestellt. Das Zweite Reich war nicht zum Untergang verurteilt, weil es gegen den Geist der Zeit geschaffen wurde, nicht in dem Verneinen der Demokratie lag die Ursache, und selbst die unzureichende politische Führung der nachbismarckschen Zeit, die im schärfsten Gegensatz zu der hohen Kunst des Reichsgründers stand, hat das Hohenzollernsche Kaiserreich nicht dahinsinken lassen, wie einst das Habsburgische Deutsche Kaisertum dahingesunken war. Nicht konfessionelle Gegensätze haben das Zweite Reich, dessen Spitze Bismarck im Kontrast zum Ersten ein evangelisches Kaisertum Deutscher Nation nannte, zum Tod geführt. Auch seine Stunde schlug vor allem deshalb, weil es schließlich Weltpolitik großen Stils ohne das Fundament des einheitlichen deutschen Volksgedankens trieb. Im Zweiten Reich traten Volk und Staat, Geist und Staat auseinander. Es fehlte die große innere Gemeinsamkeit der Kaiserkrone und der breiten Massen des Reichsvolkes, das durch soziale, religiöse und geistige Spannungen zu sehr zergliedert war. Es fehlte der Einklang der staatlichen Reichsmacht und der Geistesmacht, die ein zutiefst getrenntes Leben lebten. Es fehlte das beseelende und beflügelnde realgeistige Dasein. Nur ein Beweis sei angeführt: Als deutsche Notwendigkeit hatte Bismarck Österreichs Unversehrtheit gerettet gegen seinen König, als eine kaum ersetzbare Hilfskraft für das Zweite Reich und sein Volk trachtete er den Donau-Doppelstaat unter deutscher und magyarischer Führung zu erhalten. In der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes aber verengte sich in diesem Zweiten Reich der Volksbegriff so sehr auf den Bundesstaat, dass irrig von der Vollendung der deutschen Einheit gesprochen und dass irrig Deutschland und Deutsches Reich gleichgesetzt wurden. Als ob nicht Millionen gleichwertiger deutscher Volksgenossen auf uraltem deutschen Volks- und Kulturboden außerhalb des Reiches lebten und für das gesamte Volk arbeiteten, kämpften und litten. Der deutsche Österreicher wurde oft als Österreicher, der deutsche Russe oft als Russe vom Deutschen, dem Angehörigen des Reiches, abge-

hoben, und der westliche Begriff der Nation als der im Staat geeinten Menschen gleicher Sprache näherte sich der Mehrheit des deutschen Volkes, das neue Reich vergaß der deutsche Sendung Österreichs und der anderen Auslandsdeutschen. Es gab trotz des Bundesverhältnisses von 1879 kein neues festes politisches Mitteleuropa, keine völlig über die Sicherheit des eigenen Körpers hinausreichende Erneuerung der großen überstaatlichen Ordnungsverpflichtung des alten Reiches.“

Literatur:

- Aleida Assmann, Die Wiedererfindung der Nation, warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen, München 2020
- Wilhelm Brauner/Lothar Höbelt, Sacrum Imperium, Das Reich und Österreich 996 bis 1806, Wien 1996
- Fritz Fellner, Der Dreibund, europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1960
- Fritz Fellner, Geschichtsschreibung und nationale Identität, Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft, Wien 2002
- Heinrich Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866, Stuttgart 1898
- Lothar Höbelt, Kornblumen und Kaiseradler, Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882 bis 1919, München 1993
- Lothar Höbelt, Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich, eine politische Geschichte, Wien 2009
- Heinrich Jordis von Lohausen, Mut zur Macht. Denken in Kontinenten, Berg am See 1981
- Heinrich Lutz, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867 bis 1871, Frankfurt am Main 1971
- Andreas Mölzer, Zur Identität Österreichs, Gedanken zum Millennium, Wien 1996
- Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit – Idee und Wirklichkeit von Villa Franca bis Königgrätz, Wien, München 1942
- Heinrich Ritter von Srbik, Österreich in der Deutschen Geschichte, München 1936
- Adam Wandruszka, Schicksalsjahr 1868, Graz 1966
- Erich Zöllner, Geschichte Österreichs von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wien 1974

Stephan Ehmke

Kritik an der Reichseinigung von preußisch-altkonservativer Seite



Ausgerechnet von Seiten der ältesten politischen Freunde Bismarcks kam die schärfste Kritik an der Reichseinigung von 1871 innerhalb Preußens. Dabei ging es nicht um die Frage, ob ein deutsches Reich wiedererstehen sollte, sondern auf welche Weise dies geschehen, wen es umfassen und wie seine innere Gestaltung aussehen sollte. Die Rede ist von den preußischen Altkonservativen, dem Kreis von Staatsrechtlern, Theologen, Historikern, Offizieren und Politikern aus dem Kreis um Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach, die in den 30-er bis 50-er Jahren des 19. Jahrhunderts die Politik des Königreiches unter Friedrich Wilhelm IV. prägten.

Diese Altkonservativen unterscheiden wir von jenen Konservativen, die sich seit dem Beginn der „Neuen Ära“ in Preußen ab 1858 dem Liberalismus, insbesondere dem Nationalliberalismus, öffneten und später unter Otto von Bismarck als „Deutschkonservative“ oder „Freikonservative“ bezeichnet wurden. Ihnen gegenüber blieben die Altkonservativen, allen voran ihr geistiger Kopf Ernst-Ludwig von Gerlach¹, ihren ursprünglichen Ideen und Prinzipien treu. Ihre Grundlagen waren das pietistisch beeinflusste Christentum, die souveräne, aber nicht absolute Monarchie sowie der christlich-universale, organisch-korporative Staatsgedanke des „Alten Reiches“, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation². Auf Europa bezogen waren sie der „Heiligen Allianz“ verpflichtet, der Verbindung der christlichen Monarchien Rußland, Preußen und Österreich, die 1815 mit Napoleon

1 Ernst Ludwig von Gerlach (1795-1877), Jurist und Politiker. Zur Person siehe den Beitrag hier:<https://www.swghamburg.de/2020/12/22/eine-erinnerung-an-ernst-ludwig-von-gerlach-von-stephan-ehmke/> (Aufgerufen am 6.2.2021.)

2 Wichtige staatsrechtliche Vordenker waren Carl Ludwig von Haller, Carl von Savigny, Adam Müller und Julius Stahl.

I. das revolutionär-totalitäre Prinzip besiegt hatten. 1848 fanden sie sich in der „Konservativen Partei“ Preußens zusammen. Ihr Motto war das der von ihnen im selben Jahr gegründeten „Neuen Preußischen Zeitung“ (genannt „Kreuzzeitung“): „Vorwärts! Mit Gott für König und Vaterland“³.

Otto von Bismarck trat Mitte der 1840er Jahre als hinterpommerscher Gutsherr zu Kniephof in diesen Kreis. Er kam mit den Pietisten bei Adolph von Thadden in Trieglaff in Verbindung und fand zum christlichen Glauben. Dort lernte er auch Johanna von Putkamer kennen, die er 1847 heiratete.

Sein besonderer Mentor und Förderer wurde Ernst Ludwig von Gerlach. Ihm und seinem Bruder Leopold⁴ verdankt Otto von Bismarck seine frühe Karriere als Diplomat unter Friedrich Wilhelm IV. und zum guten Teil auch die Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten 1863.

In den Reihen der Altkonservativen stand Bismarck im Kampf gegen die Revolution von 1848 und zu Beginn der Reaktionszeit. Ende der 1850er Jahren begann Bismarck sich allerdings von den altkonservativen Anschauungen zu lösen und einen „realpolitischen“ Kurs einzuschlagen. Im Verfassungskonflikt der Jahre 1859-66⁵ unterstützte die Konservative Partei den neuen König Wilhelm I. in seinem Bemühen, die Heeresreform gegen die liberale Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus durchzusetzen. Ihnen kam es darauf an, die Rechte der Krone zu bewahren, um eine Parlamentsherrschaft zu verhindern. Ludwig von Gerlach hatte bereits frühzeitig auf die Möglichkeit hingewiesen, auch ohne vom Landtag beschlossenes Budget weiterhin bestehende Steuern zu erheben. Er bestand aber auf dem Recht des Landtages, neue Steuern zu verweigern. Er wollte den Kampf auf streng verfassungsmäßiger Grundlage führen.

3 Zum Begriff „altkonservativ“ siehe den vertiefenden Beitrag des Verfassers hier: https://d4bfl45c-8514-4183-8c54-72dbdfb9cb9c.filesusr.com/ugd/7a2e64_e5d5e365fa2240de-aa2897b3eac210a.pdf (Aufgerufen am 6.2.2021).

4 Leopold von Gerlach (1790-1861), General und Generaladjutant des Königs v. Preußen. Er hatte aufgrund seiner jahrzehntelangen täglichen Vorträge auch politisch auf Friedrich Wilhelm IV. großen Einfluss.

5 Zum Verfassungskonflikt: https://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fischer_Verfassungskonflikt. (Aufgerufen am 5.2.2021).

Nach dem Scheitern der Regierung Hohenlohe⁶ im Herbst 1862 wurde Otto von Bismarck Ministerpräsident. Er galt als Mann der „Kreuzzeitungspartei“, hatte sich aber, wie Gerlach bitter bemerkte, in mehr als einer Hinsicht längst von den altkonservativen Prinzipien verabschiedet.

Trotz der Bedenken unterstützen ihn die Konservativen im Verfassungskonflikt, und Bismarck folgte im Wesentlichen ihren Vorstellungen. Der Ministerpräsident zog den Juristen Gerlach öfter zu Rate und erbat sich sogar ein rechtliches Gutachten von ihm.

In den folgenden Jahren kulminierte die „Deutsche Frage“, ob und auf welche Weise eine Einigung und ein Zusammenschluss der deutschen Länder erfolgen sollte. Die Auseinandersetzung innerhalb der Konservativen Partei spitzte sich zu zwischen dem Erhalt und der Reform des Deutschen Bundes oder einer neuen Reichsgründung auf Basis der „kleindeutschen Lösung“. Die Altkonservativen um Gerlach blieben auf dem Standpunkt der ersten Lösung. Sie entsprach ihren Vorstellungen vom Prinzip der Legitimität, der historischen Kontinuität der Traditionslinien des „Alten Reiches“ sowie der „Heiligen Allianz“.

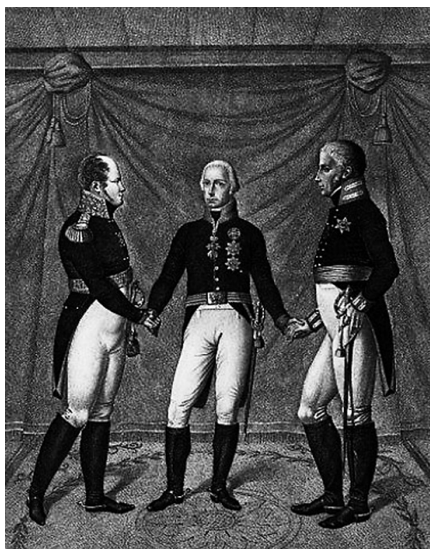
Zwar lehnten die Altkonservativen Pläne Österreichs von 1863 zur Bundesreform ab, da sie zu einseitig die Interessen des Habsburgerreiches vertraten und die Stellung Preußens eindeutig schwächten, doch bestanden sie ausdrücklich auf einer Einigung der beiden deutschen Großmächte.

Deutschland sollte von beiden gleichberechtigt geführt und die bestehende Bundesverfassung weiterentwickelt werden. Misstrauisch meinte Gerlach bei Bismarck schon zu diesem Zeitpunkt den fehlenden Willen festzustellen, sich mit Österreich zu verständigen.

Die sich entwickelten Differenzen traten mit der überraschenden Wiederannäherung Österreichs und Preußens 1864 in den Hintergrund. Auch bezüglich des Konfliktes mit Dänemark wegen der Herzogtümer Schleswig-Holsteins blieben die Altkonservativen zunächst bei Bismarck, schließlich hatte das nordische Königreich eindeutig gegen altverbriefte Rechte verstoßen. Bei der Frage, was mit Schleswig-Holstein nach einer Trennung von Dänemark geschehen sollte, gingen die Positionen allerdings schnell und harsch auseinander. Bismarck hatte sich bekanntlich für die Annexion durch Preußen

6 Adolf Karl Friedrich Ludwig Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, preußischer Ministerpräsident März 1862–September 1863.

Die Heilige Allianz der Herrscher Preußens, Österreichs und Rußlands von 1815 war für die Altkonservativen Vor- und Sinnbild des christlichen Europa gegen Revolution und Liberalismus. Undenkbar für sie, dass es ein Deutsches Reich ohne Österreich geben könnte.



entschieden, während die Altkonservativen eine streng legitimistische Lösung forderten.

Für Ernst Ludwig von Gerlach hieß dies, zu den Londoner Protokollen von 1850/52 zurückzukehren, was bedeutete, die landesrechtlich garantierte Selbständigkeit und Unteilbarkeit der Herzogtümer unter der dänischen Krone zu bewahren. Hinter der „Augustenburgischen Partei“⁷ witterte er bloß die „demokratische Revolution“⁸.

Über den preußischen Sieg von 1864 freute sich Gerlach, sah er darin doch neben der Stärkung der Armee auch die ihres Befehlshabers, des Königs und der Sache der Krone selbst. Im gleichen Atemzuge betonte er aber die Notwendigkeit, weiterhin eng bei Österreich zu bleiben. Dass Bismarck inzwischen genau das entgegengesetzte Ziel verfolgte, nämlich die Angelegenheit Schleswig-Holsteins zum Bruch mit Wien zu nutzen und gleichzeitig die „Deutsche Frage“ für Preußen und gegen Österreich zu entscheiden, dämmerte ihm zweifellos.

In der Folgezeit ging Gerlach in der Kreuzzeitung gegen das vor, was er als eindeutigen Rechtsbruch ansah: die Annexion der Elbherzogtümer

7 Die Partei (Anhänger) des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, nächster Erbberechtigter in den Herzogtümern, der eine liberale Haltung hatte.

8 Nach Kraus, Hans Christof: Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen. Band 3, S. 777. Göttingen, 1994.

durch Preußen. Seine scharfen Formulierungen brachten viele seiner konservativen Freunde gegen ihn auf; die Spaltung der Partei bereitete sich vor. Da Bismarck die Londoner Verträge als für Preußen nicht mehr bindend erklärt hatte, standen sie allerdings vor vollendeten Tatsachen. Gerlach drängte nun erst recht darauf, dass die Angelegenheit in enger Abstimmung zwischen Preußen und Österreich erledigt werden müsse. Folgerichtig fand die Gasteiner Konvention vom August 1865, welche die gemeinsame Verwaltung der Elbherzogtümer vorsah, den Beifall Gerlachs und der Altkonservativen. Dass dies allerdings keine dauerhafte Lösung sein konnte, war auch ihnen bewusst. Pessimistisch stimmte Gerlach Albrecht von Roons⁹ Aussage, es werde gegen Österreich „ja wohl zum Kriege kommen“¹⁰.

Das Jahr 1866 brachte dann auch das Ende der Gemeinsamkeiten der preußischen Konservativen und den Bruch zwischen Ludwig von Gerlach und Otto von Bismarck. Letzterer wurde von seinem alten Freund und Mentor ermahnt, es „Österreich leicht zu machen, sich zu vergleichen“, denn der Krieg sei ein „furchtbares Übel“¹¹. Doch der Bruch mit Österreich war bereits beschlossen; seit dem Kronrat am 28. Februar 1866 stand der Krieg fest.

Regelrechtes Entsetzen löste bei den Altkonservativen der Vorschlag Bismarcks zu einer Bundesreform aus, den er für Preußen im April 1866 dem Frankfurter Bundestag vorlegte und in dem ein Parlament vorgesehen war, das aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen sollte. Ludwig von Gerlach sah die Revolution wieder auf dem Vormarsch.

Gleichzeitig begann sich auch im Lager der preußischen Liberalen, welche die Mehrheit im Abgeordnetenhaus innehatten, eine Teilung abzuzeichnen. Zahlreiche Abgeordnete ihres rechten Flügels forderten ein Umdenken und Entgegenkommen zu Bismarck. Sie hatten wohl jetzt verstanden, was der Ministerpräsident vorhatte: einen deutschen Nationalstaat auf Kosten Österreichs zu errichten. Genau hierin aber sahen sie auch eine Machtchance für sich. Ludwig von Gerlach erkannte das ebenfalls. Er beschloss nun, Bismarck offen entgegenzutreten.

9 Albrecht von Roos, preußischer Kriegsminister.

10 Kraus, S. 785.

11 Ebda, S. 800.

Auch aus Kreisen der Konservativen Partei heraus wurde er aufgefordert, publizistisch gegen den Bundesreformantrag Bismarcks zu protestieren. Gerlach begann sofort, den berühmtesten und folgenreichsten Artikel seiner Laufbahn für die Kreuzzeitung zu schreiben, den er am 5. Mai 1866 beendete und der drei Tage später erschien: „Krieg und Bundesreform“¹².

Gleich zu Beginn des Artikels stellte Gerlach die Grundlage seines politischen Urteils in unmissverständlicher Form heraus: „Hüten wir uns vor der scheußlichen Irrlehre, als umfassten Gottes heilige Gebote nicht auch die Gebiete der Politik, der Diplomatie und des Krieges, und als hätten diese Gebiete kein höheres Gesetz als patriotischen Egoismus. *Justitia fundamentum regnorum*.“ In diesem Sinne sei es Preußens Pflicht, die vorhandenen Differenzen „nicht durch Krieg, sondern durch Vermittelung des Bundes“ entscheiden zu lassen. Mit beschwörenden Formulierungen warnte er davor, die bestehende Bundesverfassung zu zerstören: der preußisch-österreichische Dualismus sei „der lebendige Grundcharakter, die reale Basis der Verfassung von Deutschland ... Er hat Deutschland fünfzig Jahre Frieden und blühenden Wohlstand und - wie fast nie früher - Freiheit von fremder Einmischung verschafft ... Krieg zwischen Preußen und Oesterreich wäre ein so grundverderblicher Krieg, daß das materielle Unheil, welches jeder Krieg nach sich zieht, ... dabei kaum in Betracht käme. Es wäre ein Krieg, der Deutschland, der insbesondere Preußen und Oesterreich in ihren wesentlichen Lebensorganen schwer, vielleicht tödtlich beschädigte, – welcher Theil auch als Sieger daraus hervorginge“. Zweifellos habe der Deutsche Bund „große Mängel – aber ich zertrümmere meine Familie oder mein Vaterland nicht deshalb, weil sie Mängel haben“. Aus dieser Einsicht heraus müssten beide deutschen Großmächte sich nicht nur über eine friedliche Regelung des Holstein-Problems einigen, sondern sich auch über eine angemessene Reform des Bundes verständigen. Vom preußischen Reformvorschlag distanzierte sich Gerlach ausdrücklich: „Das allgemeine Stimmrecht ist der politische Bankerutt, – statt lebendiger Rechtsverhältnisse und politischer Gedanken, statt concreter Persönlichkeiten nur Ziffern und Additions-Exempel.“ Deshalb sei „eine Pression ...“, ausgeübt mittels des Kopfszahl-Parlaments von der einen Deutschen Großmacht auf die

12 Voller Text in: Kohl, Horst: Bismarck-Jahrbuch, vierter Band, S. 175. Leipzig, 1897

andere, ... ein grundrevolutionärer Versuch, ... der das Herz Deutschlands und zugleich das Herz Preußens und Oesterreichs tief verwundet“.

Der Artikel erschien in Deutschland und darüber hinaus und wurde als politische Sensation empfunden, schien er doch die Spaltung der Konservativen Partei in Preußen zu bestätigen.

National gesinnte Konservative gingen nun offen zu Bismarck über. Der Ministerpräsident, der gerade ein Attentat¹³ überstanden hatte, ließ Gerlach wissen, dass ihn der Beitrag in der Kreuzzeitung „schwer gekränkt und schwerer verletzt hat, als das Attentat selbst“¹⁴.

Gerlach aber schrieb an Bismarck noch einmal einen mahnenden Brief: „Gott hat Sie bewahrt ... vor der Kugel des Meuchelmörders. Mein Dank für diese Gnade sei, daß ich Gott bitte, Sein heiliges Gesetz und die Erkenntniß Seines Willens tief einzusenken in Ihr Gewissen ... Bewahren Sie Preußen vor einem ungerechten Kriege, ... der selbst, wenn wir siegen, uns mit schwerem Verderben bedroht.“¹⁵

Seine Freunde und Bekannten in der Regierung und im Königshaus (die Witwe Friedrich Wilhelms IV. suchte Gerlach persönlich in Sanssouci auf; an den Kriegsminister Roon appellierte er als einen seiner ältesten konservativen Mitstreiter) versuchte er im Sinne des Friedens zur Intervention bei Bismarck und beim König zu gewinnen - allerdings vergeblich.

Am 18. Mai 1866 kam es noch einmal zu einer persönlichen Begegnung Gerlachs mit Bismarck, in der er dem Ministerpräsidenten seine Argumente wiederholte. Doch dieser reagierte kühl und feindselig. Es war das letzte Mal, dass die beiden sich sprachen; das Ende einer viele Jahrzehnte dauernden Freundschaft, die begonnen hatte in den Kreisen des pommerschen Pietismus, die 1848 gefestigt wurde, die sich in der Reaktionszeit und auch noch während des Verfassungskonfliktes bewährt hatte. Ludwig von Gerlach und sein Bruder Leopold hatten Bismarck „entdeckt“ und gefördert. Ohne ihren Einfluss wäre er kaum so rasch politisch aufgestiegen. Bismarck hatte sich allerdings schon lange von seinen altkonservativen Prinzipien getrennt. Er war ein Real-, ein Machtpolitiker, vielleicht sogar ein Liberaler geworden.

13 Das Pistolenattentat des Ferdinand Cohen-Blind am 7. Mai 1866 in Berlin. Bismarck wurde nur leicht verletzt.

14 Kraus, S. 806.

15 A.a.O.

Dem endgültigen Bruch Gerlachs mit Bismarck folgte bald derjenige innerhalb der Konservativen Partei. Nur sehr wenige der alten Getreuen blieben noch auf Gerlachs Seite. Der weit überwiegende Teil hielt sich nun zu Bismarck, einschließlich der kompletten Führung der Partei. Gerlach dachte allerdings nicht daran, aufzugeben. In der Kreuzzeitung, die nun überwiegend Bismarck-freundliche Beiträge brachte, mahnte er weiterhin zum Frieden und zur Verständigung mit Österreich. Ihn quälte nun vor allem die Vorstellung eines jahrelang andauernden Bruderkrieges, an dessen Ende das bonapartistische Frankreich über Deutschland herfallen und die Revolution vollenden könnte.

Ein letzter Versuch der Verständigung innerhalb der Konservativen Partei scheiterte im Juni 1866. Gerlach wurde nun auch verwehrt, in der Kreuzzeitung zu schreiben. Unterstützung erhielt Gerlach aus katholischen Kreisen und von österreichischen Stimmen, die eine Vereinigung aller wahren Konservativen Preußens und Österreichs forderten.

Noch vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen mit Österreich standen auf Gerlachs Seite: Adolf von Kleist, der Regierungsrat Bindewald, Reinhold von Thadden, Oberpräsident von Witzleben, Victor Aimé Huber, Gustav Le Coq, Hermann von Thile, der konservative Publizist und Politiker Heinrich Eugen Marcard und, wie Gerlach mit Genugtuung notierte, „meine fünf Neffen“.¹⁶

Noch nach Beginn des Krieges schickte er an Reinhold von Thadden einen „Status causae“, eine „Übersicht meiner Auffassung der objektiven Lage der Dinge“.¹⁷ Dieses Dokument enthält eine schonungslose Abrechnung mit der preußischen, von Bismarck zu verantwortenden Außenpolitik der vergangenen drei Jahre: „Preußens Unrecht“ und damit „der Keim seiner heutigen Sünden“ habe mit der Abkehr von den Festlegungen des Londoner Vertrages von 1852 in der schleswig-holsteinischen Frage begonnen. Mit der Eroberung der Elbherzogtümer seien „die Annexionsgelüste, der Cavourismus“¹⁸ erst recht erwacht und hätten seit 1865 das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Großmächten in stetig zunehmendem Maße vergiftet. Preußen habe nicht nur die prekäre Lage der Österreicher in Holstein schamlos für sich ausgenutzt, sondern darüber hinaus die Anerkennung

¹⁶ Ebda, S. 817.

¹⁷ Ebda, S. 818.

¹⁸ Anspielung auf Camillo Benso Conte di Cavour, italienischer Ministerpräsident, annektierte u.a. die souveränen Fürstentümer Toscana und Savoyen für den italienischen Nationalstaat.

des Königreichs Italien auf eine die Habsburgermonarchie demütigende Weise vollzogen und zwar „- in krassem Gegensatz gegen die konservative Haltung der Bismarckschen Politik im Innern und gegen alle bis dahin auf das lauteste proklamierten Prinzipien der preußischen Konservativen“. Nachdem Preußen von sich aus die Verhandlungen mit Österreich über Schleswig-Holstein abgebrochen hatte, sei die Habsburgermonarchie zu Kriegsvorbereitungen geradezu gezwungen gewesen, deshalb konnte der „revolutionäre Bundesreformplan“ Preußens vom 9. April, der „allen konservativen Traditionen schnurstracks zuwider war, nur als gefährliche Drohung mitten in der schon so gefährdeten Situation angesehen werden“. Nachdem Österreich den Bund über die Zukunft Holsteins habe entscheiden lassen wollen, sei Preußen in Holstein eingerückt und habe, da es in Frankfurt in die Minorität geraten sei, den ganzen Bund gesprengt und auf diese Weise den Kriegausbruch bewußt provoziert.

Ludwig von Gerlach beharrte auf seinem Rechtsstandpunkt, doch der Verlauf des Krieges kam den Machtpolitikern entgegen. Gerlach fand sich nie mit dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland ab, ebensowenig wie mit den aus seiner Sicht rechts- und sittenwidrigen Annexionen Hannovers, Kurhessens und Frankfurts. Ohne die beiden gleichberechtigten Säulen Preußen und Österreich gab es für ihn kein Deutschland. Auch der Sieg 1871 gegen das von ihm verhasste bonapartistische Regime in Paris konnte ihn nicht darüber hinwegtrösten, dass es fortan ein Kaiserreich geben würde, dass so fundamental mit den alten Prinzipien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, des Deutschen Bundes und damit der Legitimität gebrochen hatte. Er trat Bismarck nun auch im preußischen Landtag, dann im Reichstag¹⁹ in immer schärfer werdender Opposition entgegen. Der Kulturkampf machte den Bruch zwischen dem bekennenden altkonservativen Christen Ludwig von Gerlach und Otto von Bismarck schließlich unheilbar. Zu einer Aussöhnung, von vielen Konservativen sehnlichst gewünscht, kam es bis zum Tod Gerlachs nicht mehr. Am Schluss „hospitierte“ der alte Gerlach zum Verdruss seiner alten Freunde sogar noch bei der Reichstagsfraktion der katholischen Zentrumspartei²⁰.

19 Ernst Ludwig von Gerlach war ab 1873 Abgeordneter des Pr. Landtages, ab 1877 des Dt. Reichstages.

20 Gerlach starb am 18. Februar 1877 im 82. Lebensjahr an den Folgen eines Verkehrsunfalles in Berlin.

Walter Post

Das Jahr 1941 und der Fall „Barbarossa“

Am 22. Juni 2021 war es wieder soweit: Zum 80. Jahrestag des Unternehmens „Barbarossa“, dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941, präsentierte das offizielle Deutschland sein geschichtsklitterndes Mantra vom „Überfall auf die Sowjetunion“ und des „Vernichtungskrieges im Osten“ erneut. Das war absehbar und ist seit Jahrzehnten das eingeübte Deutungs-Schema. Dabei wiesen regierungsnahe Historiker zum wiederholten Male darauf hin, dass die sogenannte „Präventivkriegsthese“ schon lange und endgültig widerlegt sei. Wie ist aber der wirkliche Stand der Erkenntnisse? Und wie sieht man die Dinge mittlerweile an höchster Stelle in Rußland?



Geschichtsschreibung braucht Quellen

An der Universität lernt man bereits im Proseminar Geschichte, dass Geschichtsschreibung auf Quellen aufbaut, und an erster Stelle stehen die internen und geheimen staatlichen Dokumente, die Einblick in die Entscheidungsprozesse und die Motive der führenden staatlichen Protagonisten geben. Diese Dokumente sind der Öffentlichkeit nicht ohne weiteres zugänglich, d. h. sie werden erst nach mehr oder weniger langen Sperrfristen (10, 20, 30 oder auch mehr Jahre) veröffentlicht. Besonders brisante Dokumente werden manchmal erst nach 100 Jahren freigegeben oder sogar vernichtet. Ohne diese Dokumente ist eine annähernd zuverlässige Rekonstruktion geschichtlicher Ereignisse nicht möglich. An zweiter Stelle kommen die Memoiren bzw. persönlichen Erinnerungen der führenden Staatsmänner und Militärs, die an den großen Haupt- und Staatsaktionen oder Feldzügen beteiligt waren. Diese sind eine wertvolle Ergänzung zu den staatlichen Geheimdokumenten, haben aber das Problem, dass sie alle mehr oder weniger subjektiv gefärbt sind, weil die damaligen Entscheidungsträger sich vor der Nachwelt in einem möglichst günstigen Licht darstellen wollten.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ging quer durch Europa der „eiserne Vorhang“ nieder, und 1948 begann mit der Berliner Blockade der „Kalte Krieg“. In den 1950er und 1960er Jahren wurden zwar bedeutende Bestände an deutschen und italienischen, aber auch an britischen, französischen und amerikanischen Dokumenten freigegeben und veröffentlicht, aber die Archive der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes blieben verschlossen. Viele unabhängige Historiker erklärten deshalb, dass man eine gültige Geschichte des Zweiten Weltkrieges erst nach einer Öffnung der östlichen Archive werde schreiben können. 1990/91 löste sich der Warschauer Pakt auf, die Sowjetunion zerfiel, die kommunistischen Regime verloren ihre Macht - und die Archive öffneten sich, zumindest zum Teil. Inzwischen war allerdings der öffentliche Umgang mit der Zeitgeschichte in Westeuropa und in den USA so dogmatisch erstarrt, dass die Öffentlichkeit gar nicht erfuhr oder sich nicht dafür interessierte, was sich in den osteuropäischen Archiven alles fand.

Der Aufmarsch der Roten Armee

Bereits in den 1970er und 1980er Jahren haben sowjetische Historiker in ihren Publikationen recht detaillierte Angaben zum Aufmarsch der Roten Armee an der Westgrenze zum deutschen Machtbereich gemacht. Die sowjetischen Streitkräfte umfaßten danach Mitte Juni 1941 in zwei strategischen Staffeln bereits 5,3 Millionen Mann mit 23.200 Panzern und 20.000 Kampfflugzeugen. Dagegen verfügte das deutsche Ostheer über 3,3 Millionen Mann, 3.582 Panzer und 2.510 Kampfflugzeuge. Diese Zahlen haben schon für sich einige Aussagekraft.

In den Jahren 1991/93 veröffentlichte das „Wojenno istoritscheski Ischurnal“, die „Militärgeschichtliche Zeitschrift“ in Moskau, erstmals die wichtigsten Operationspläne des sowjetischen Generalstabs für einen Krieg gegen Deutschland aus den Jahren 1940/41. Das wichtigste dieser Moskauer Dokumente ist der sogenannte „Schukow-Plan“. Es handelt sich dabei um einen Operationsplan für einen Offensivkrieg gegen Deutschland, der vom damaligen Chef des sowjetischen Generalstabes, Armeegeneral (später Marschall) Georgi K. Schukow, Mitte Mai 1941 Stalin vorgelegt wurde. Die zentrale operative Idee des „Schukow-Plans“, ein Vorstoß aus der Westukraine durch Südpolen

nach Schlesien sowie ein gleichzeitiger Zangenangriff aus der Westukraine und aus Westweißrußland zur Einschließung starker deutscher Kräfte im Raum Lublin – Warschau, geht auf einen älteren Plan vom 18. September 1940 zurück. Dieser ältere Operationsentwurf war vom damaligen Generalstabschef, Armeegeneral Kirill A. Merezkow, und dem Chef der Operationsabteilung, General Alexander M. Wassilewski, ausgearbeitet und von Stalin Anfang Oktober 1940 gebilligt worden. In diesem älteren Dokument hatte es geheißen: „Der Stoß unserer Kräfte in Richtung Krakau, Breslau gewinnt, indem er Deutschland von den Balkanstaaten [und damit den Öl- und Getreidezufuhren] abschneidet, außerordentliche politische Bedeutung.“

Schukow und Wassilewski erweiterten diese Grundidee im Mai 1941 um einen anschließenden Vorstoß aus dem Raum Krakau – Kattowitz in nördlicher Richtung zur Ostsee, um möglichst viele deutsche Truppen in Polen und Ostpreußen abzuschneiden und zu vernichten. Dank der laufenden Mobilmachung der Roten Armee konnten wesentlich stärkere Kräfte eingeplant werden, als dies im Spätsommer 1940 möglich gewesen war: Für den Hauptangriff der Südwestfront (das sowjetische Gegenstück zu einer deutschen Heeresgruppe) waren nicht weniger als 122 Divisionen vorgesehen. Die Südwestfront sollte über fast die Hälfte aller Panzer- und mot. Divisionen der Roten Armee verfügen, das waren etwa 7.000 einsatzbereite Panzer, doppelt soviel, wie die deutsche Wehrmacht für „Unternehmen Barbarossa“ insgesamt einsetzte. Ein Gelingen der sowjetischen Offensive musste Deutschland in eine prekäre Lage bringen, denn nach der Abschneidung von den rumänischen Ölquellen und dem Verlust einer großen Zahl von Truppen und schweren Waffen in Polen und Ostpreußen würde es den Krieg nur noch unter großen Schwierigkeiten fortsetzen können.

Im Jahre 1998 erschien dann in Moskau die zweibändige Dokumentensammlung „Das Jahr 1941“, die Mobilmachung und Aufmarsch der Roten Armee sowie die Operationsplanungen des sowjetischen Generalstabs in umfassender Weise dokumentiert. Diese Akten wurden in Deutschland erstmals von dem Generalmajor a.D. der Nationalen Volksarmee, Bernd Schwipper, in seinem 2015 erschienenen Buch „Deutschland im Visier Stalins“ ausgewertet.

Viele Historiker vertreten die These, dass es die sowjetischen Kriegsvorbereitungen und Kriegsplanungen zwar gegeben habe, dass aber die oberste deutsche Führung unter Hitler davon gar nichts

gewusst habe und der deutsche Angriff daher subjektiv kein Präventivkrieg, sondern vielmehr ein reiner „Raub- und Eroberungskrieg“ gewesen sei. Dabei werden aber entscheidende deutsche Dokumente ignoriert, die schon seit Jahrzehnten zugänglich sind. Bereits 1965 erschien der Band 12 der offiziellen Dokumentensammlung der „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ Reihe D, in dem das Protokoll der Gespräche zwischen Hitler und Marschall Ion Antonescu am 11./12. Juni 1941 in München enthalten ist. Darin ist festgehalten, wie Hitler dem rumänischen Staatsführer eingehend seine sehr komplexen militärischen und realpolitischen Motive für den geplanten Angriff auf die Sowjetunion erläutert, wobei der Begriff „Lebensraum im Osten“ überhaupt nicht vorkommt. Hitler und Antonescu kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass ein Präventivkrieg aufgrund der Bedrohung der rumänischen Ölfelder durch die aufmarschierte Rote Armee nunmehr unvermeidlich geworden sei. Die deutsche Funk- und Luftaufklärung hatte den Aufmarsch der Ersten Strategischen Staffel der Roten Armee unmittelbar hinter der Grenze sehr gut aufgeklärt, dagegen blieben der Aufmarsch der Zweiten und Dritten Strategischen Staffel, der tief im Landesinneren erfolgte, unerkannt. Das Protokoll des Gesprächs zwischen Hitler und Antonescu, die deutschen Erkenntnisse über den sowjetischen Aufmarsch und die verschiedenen Operationspläne des Generalstabs der Roten Armee wurden im Zusammenhang erstmals 1995 von Walter Post in seinem Buch „Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41“ dargestellt.

Putin und sein „Partial-Revisionismus“

Der russische Staatspräsident Wladimir W. Putin hat am 18. Juni 2020 einen höchstpersönlich verfassten Essay veröffentlicht, der in der amtlichen russischen Übersetzung die Überschrift „75. Jahrestag des Großen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft“ trägt.

Dieser Essay ist insofern etwas widersprüchlich, als Putin einerseits explizit vor einer „revisionistischen“ Geschichtsschreibung warnt, andererseits sie aber bis zu einem gewissen Grade selbst betreibt. So gibt er der polnischen Regierung – und nicht nur dieser – eine erhebliche Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939, wörtlich schreibt Putin:

„Die eigentlichen Ursachen des Zweiten Weltkriegs ergeben sich in vieler Hinsicht aus den Entscheidungen, die zu den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges getroffen wurden. Der Vertrag von Versailles wurde für Deutschland zu einem Symbol tiefer Ungerechtigkeit. Tatsächlich ging es um die Beraubung des Landes, das den westlichen Verbündeten riesige Reparationen zahlen musste, die seine Wirtschaft erschöpften. ... Gerade die nationale Demütigung bildete den Nährboden für radikale und revanchistische Stimmungen in Deutschland. Die Nazis spielten geschickt mit diesen Gefühlen, bauten ihre Propaganda darauf auf und versprachen, Deutschland vom ‚Erbe von Versailles‘ zu befreien. ... Die Versailler ‚Weltordnung‘ brachte zahlreiche latente Widersprüche und offensichtliche Konflikte hervor. Ihnen liegen die von den Siegern im Ersten Weltkrieg willkürlich gestalteten Grenzen der neuen europäischen Staaten zugrunde. Fast sofort nach ihrem Erscheinen auf der Karte begannen Gebietsstreite und gegenseitige Ansprüche, die sich in Zeitminen verwandelten.“

Das unterscheidet sich inhaltlich kaum von dem, was „revisionistische“ Historiker wie Gerd Schultze-Rhönhof oder Stefan Scheil schreiben.

Putin verwahrt sich aber gegen die seit 1948 von der US-Regierung vertretene These, dass es die Sowjetregierung gewesen sei, die zusammen mit der NS-Führung den Zweiten Weltkrieg entfesselt habe. Putin beharrt darauf, dass der Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes aus Moskauer Sicht zwingend notwendig gewesen sei, da die Westmächte sich im Sommer 1939 einer Allianz mit der Sowjetunion verweigert bzw. ihrerseits insgeheim ein Bündnis mit Hitler angestrebt hätten. Putin hält es daher für ungerecht, zu behaupten, „dass der zweitägige Besuch des Nazi-Außenministers Ribbentrop in Moskau der zentrale Grund ist, der zum Zweiten Weltkrieg geführt hat. Alle führenden Länder haben seinen Ausbruch in dem einen oder anderen Maße zu verantworten. Jedes von denen hat nicht wiedergutzumachende Fehler in der selbstgefälligen Zuversicht begangen, dass man andere überlisten, einseitige Vorteile für sich gewinnen und dem heranrückenden globalen Unheil ausweichen kann.“

Von der These von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg ist Wladimir Putin also weit entfernt. Seine These ist allerdings aus russischer bzw. sowjetischer Sicht auch nicht ganz neu,

Die etwas andere Tageszeitung...

Jeden Tag – sieben Tage die Woche –
52 Wochen im Jahr

theGERMANZ 
Andere Themen. Andere Köpfe. Andere Meinungen.

Journalismus der „alten“ Schule –
„Sagen, was ist!“

www.the-germanz.de

denn bereits am 9. Februar 1946 hatte Josef W. Stalin in einer öffentlichen Rede erklärt:

„Es wäre falsch zu glauben, dass der zweite Weltkrieg zufällig oder infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden sei, obgleich es unbestreitbar Fehler gegeben hat. In Wirklichkeit war der Krieg ein unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Weltkräfte auf der Basis des modernen Monopolkapitalismus.“

Mit anderen Worten, Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren nach Stalin nicht einzelne Staatsmänner oder Staaten, sondern das kapitalistisch-imperialistische System. Oder anders gesagt, am Zweiten Weltkrieg trugen alle beteiligten Staaten Schuld, mit Ausnahme der Sowjetunion, die – nach den Lehren des Marxismus-Leninismus – als damals einziger sozialistischer Staat der Welt prinzipiell keine kriegstreiberische Politik verfolgen konnte.

Was den 22. Juni 1941 angeht, so gibt Wladimir Putin in seinem Essay zu, dass die Sowjetführung nicht überrascht wurde, sondern sich ihrerseits auf eine Großoffensive der Roten Armee vorbereitet hat:

„Bei der Vorbereitung dieses Artikels habe ich auch viele neue, kürzlich gefundene und freigegebene Materialien verwendet. Und aus diesem Grund kann ich mit voller Verantwortung sagen, dass es keine Archivdokumente gibt, welche die Version über die Absicht der UdSSR bestätigen würden, einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu entfesseln. *Ja, die sowjetische Militärführung hielt sich an die Doktrin, dass die Rote Armee im Falle einer Aggression den Feind schnell abwehren, in die Offensive gehen und den Krieg auf feindlichem Gebiet weiterführen soll* [Hervorhebung von mir]. Solche strategischen Pläne bedeuteten jedoch keineswegs die Absicht, Deutschland zuerst anzugreifen.“

Putin schreibt hier, wenn man genau liest, durchaus die Wahrheit, aber eben nicht die ganze. Der springende Punkt ist die damalige sowjetische Militärtheorie von der „Anfangsperiode des Krieges“. Diese ging davon aus, dass es zwischen den beiden gegnerischen Armeen zunächst zu einer Serie von Grenzgefechten kommen würde, hinter denen sich der länger dauernde Aufmarsch der Hauptkräfte vollziehen

würde. Was den sowjetischen Generalstab im Juni 1941 tatsächlich überrascht hat, war die Schnelligkeit des deutschen Aufmarschs, insbesondere der deutschen Panzerdivisionen, also der eigentlichen Angriffsverbände, sowie die Tatsache, dass die Wehrmacht aus dem laufenden Aufmarsch heraus zur Großoffensive überging, ohne sich länger mit Grenzgefechten aufzuhalten. Der deutsche Angriff stieß in den unvollendeten Großaufmarsch der Roten Armee, der für eine Defensive völlig ungeeignet, um nicht zu sagen fatal war. Die Sowjetführung habe, so Putin, nicht die Absicht gehabt, „einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu entfesseln“. Stattdessen erwartete sie Grenzgefechte, die ihr einen propagandistischen Vorwand geliefert hätten, selbst zu der lange geplanten Großoffensive überzugehen.

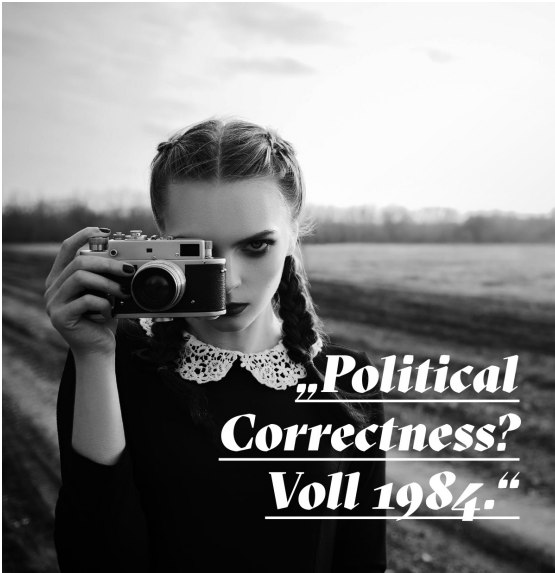
Putin fährt fort: „Natürlich verfügen die Historiker heute über Dokumente der Militärplanung, die Richtlinien sowjetischer und deutscher Militärstäbe. Schließlich wissen wir, wie sich die Ereignisse in der Tat entwickelt haben. ... Neben einer Riesenflut an Desinformationen verschiedener Art erhielten die sowjetischen Spitzenpolitiker auch wahrhaftige Informationen über die bevorstehende Aggression der Nazis. In den Vorkriegsmonaten unternahmen sie also Schritte, um die Kampfbereitschaft des Landes zu erhöhen, darunter auch die heimliche Einberufung eines Teils der Wehrpflichtigen zu Übungen und die Verlegung von Formationen und Reserven näher an die Westgrenze. Der Krieg kam nicht plötzlich: Man erwartete ihn und bereitete sich darauf vor. Aber der Schlag der Nazis hatte in der Tat eine noch nie gesehene zerstörerische Kraft.“

Putin vermeidet es sorgfältig, irgendwelche Zahlenangaben zu machen, die seine These von der defensiven strategischen Grundausrichtung der damaligen sowjetischen Politik in Frage stellen könnten. Andererseits behauptet er auch nicht, dass die deutsche Wehrmacht 1940/41 zuerst im Osten aufmarschiert sei. Tatsächlich befand sich die Rote Armee im Sommer 1941 mitten in der Mobilmachung, nach deren Abschluss sie einen Umfang von neun Millionen Mann (!) haben sollte.

Als Präsident der Russischen Föderation hat Wladimir Putin die Verpflichtung, ein für die Gesamtheit der russischen Gesellschaft verträgliches Geschichtsbild zu repräsentieren. Um die seit 1917 bestehende tiefe Spaltung der russischen Gesellschaft zu überwinden, muß er auf die „rote Reichshälfte“ Rücksicht nehmen, und dazu ist nichts besser geeignet als die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen

Krieg“ und die jährlichen Siegesfeiern am 9. Mai. Dessen ungeachtet distanziert sich Putin in seinem Essay deutlich von Stalin und der kommunistischen Ideologie, und wer sich näher mit Putin beschäftigt hat, weiß, dass seine Sympathien, was die russische Geschichte betrifft, beim Zarenreich und bei der „Weißen Armee“ des Bürgerkrieges liegen. Sein Essay ist für den, der ihn zu lesen versteht, ein bemerkenswertes Dokument, das von den Ritualen deutscher „Vergangenheitsbewältigung“ Lichtjahre entfernt ist.

Dr. Walter Post



**„Political
Correctness?
Voll 1984.“**

Freilich
Das Magazin
für Selbstdenker



Fakten, Reportagen,
alternative Meinungen und mehr.
Jetzt zweimonatlich im Abo:
freilich-magazin.at

Wer ist Mittelstand?

In ersteren steht immer die Person des Inhabers im Vordergrund, ist Wurzel, Träger und Erfolgsfaktor seines Personalunternehmens. Die Unternehmensfunktionen sind personal durch Personen, mit Personen, für Personen – während Kapitalgesellschaften nur für die Kapitaleigner, für die Kapitalrendite arbeiten. Ein mittelständisches Unternehmen ist stark, wenn der Unternehmer stark ist, eine Kapitalgesellschaft ist stark, wenn sie eine starke Kapitalausstattung hat. 94 % aller unserer Unternehmen sind Personalunternehmen. Im Zentrum von Lehre, Politik und Wirtschaft stehen aber immer nur die 6 % Kapitalgesellschaften. Dabei machen die Personalunternehmen mehr als die Hälfte unseres Bruttosozialprodukts, zwei Drittel der Arbeitsplätze unserer Wirtschaft aus und vor allem tragen sie zwei Drittel aller Steuern und Sozialabgaben – sogar die Subventionen an die Großunternehmen und die Sozialleistungen an die Unterschicht.

Der wirtschaftliche Mittelstand besteht einerseits aus einem



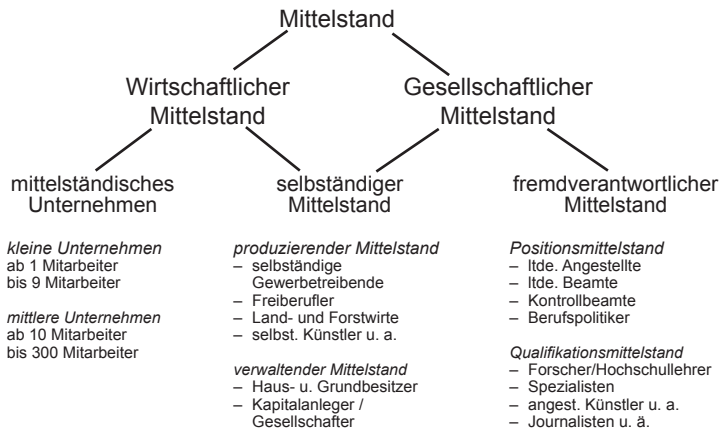
sachlichen Mittelstand – den mittelständischen Unternehmen – und andererseits den personellen, den selbständigen Unternehmern. Letztere wiederum sind ein Teil des gesellschaftlichen Mittelstandes, zu dem nicht nur die Unternehmer, sondern auch der angestellte Mittelstand gehören.

Diese beiden Personengruppen des gesellschaftlichen Mittelstandes wären eigentlich die Zielgruppen einer Mittelstandssoziologie, die es bis vor fünf Jahren noch nicht gab und erst kürzlich im Mittelstandsinstitut Niedersachsen entwickelt worden ist.

Das Buch von Eberhard Hamer¹ und Olaf Jörgens² fasst

1 Begründer und seit 45 Jahren wissenschaftlicher Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen

2 Seit 5 Jahren Leiter der Abteilung „angestellter Mittelstand“ im Mittelstandsinstitut Niedersachsen



nun zum ersten Mal beide Personengruppen des Mittelstandes in einem mittelstandssoziologischen Kompendium zusammen und legt so zum ersten Mal eine „Soziologie der Mittelschicht“ vor.

Beide Mittelstandsgruppen sind soziologisch identifizierbar und haben innerhalb der Gesellschaft und ihrer gesellschaftlichen Aufgabe eine Sondersituation:

- Die Marktwirtschaft ist Wettbewerbswirtschaft. Sie funktioniert nur, wenn wir genügend Wettbewerb haben. Dies haben wir wiederum nur in den mittelständischen Branchen durch 5 Mio. mittelständische Unternehmer. In den Konzernbereichen dagegen herrscht Machtwirtschaft statt Marktwirtschaft.
- Solange wir also von der Marktwirtschaft noch den höchsten

Wohlstand erwarten, müssten wir seine entscheidenden Trägergruppen – die Unternehmer mit ihren Personalunternehmen – viel mehr als die Kapitalgesellschaften werten.

- In der personalen Wirtschaft geht es nicht um Gewinnmaximierung, sondern um Nutzenmaximierung für die Familie, also um persönlichen Nutzen der Unternehmerfamilie.
- Im Gegensatz zum rational-ökonomisch als „dispositiver Faktor“ neutral entscheidenden Manager ist ein Unternehmer in seinen Entscheidungen, Motiven und seinem Handeln immer persönlichkeitsbestimmt. Hierin liegt die Stärke der Personalunternehmer (schnellere Entscheidung, höhere Durchschnittsrendite), aber auch die Schwäche (Krankheit, Nachfolge, Präferenzenwechsel) gegen-

über Kapitalgesellschaften.

- Mitarbeiterbefragungen haben ergeben, dass die Personalunternehmen die höchsten Humanwerte aller Betriebstypen haben. Wer Sicherheit sucht, geht in öffentliche Institutionen, wer Gewinnmaximierung sucht, zu den Kapitalgesellschaften, wer aber Arbeit im Team und Wertschätzung sucht, findet diese vor allem in Personalunternehmen³.
- Zum Unternehmer kann man geboren sein, aber auch ausgebildet werden. Die Ausbildung zur Selbständigkeit ist Ausbildung zur Entscheidungsfähigkeit, zum Generalisten, zum Teamleiter⁴.
- Mehr und motiviertere Unternehmer bringen höheres Wirtschaftswachstum; - Eine quantitative oder qualitative Unternehmerlücke dagegen führt zu wirtschaftlichem Niedergang einer Volkswirtschaft⁵.
- Wie anders ein Personalunternehmen gegenüber einer Kapitalgesellschaft ist, ergibt sich aus daraus, dass ein Kredit

an ein Personalunternehmen immer ein Personalkredit des Unternehmers ist (bei Kapitalgesellschaften haftet nur Kapital), dass jede Geschäftsbeziehung eines Personalbetriebes Vertrauen zwischen Menschen und nicht nur Sachvorteile sind oder dass die Betriebsstruktur nicht hierarchisch, sondern kollegial ist und deshalb besser funktioniert⁶.

Wer Unternehmer wird oder ist, hat das höchste Risiko in Deutschland zu tragen, nämlich das gesamte Risiko aller Funktionen des Betriebes mit seinem Privatvermögen. Deshalb wollen Manager keine Unternehmer werden.

Der gesellschaftliche Stellenwert bei Unternehmern hat sich im Laufe der letzten 70 Jahre dramatisch gewandelt. Das Buch schildert dies ausführlich.

Der selbständige Mittelstand besteht aus 5 Millionen Unternehmern. Vor 60 Jahren waren es noch doppelt so viele. Der angestellte Mittelstand macht heute 8 Millionen Personen aus,

3 Dazu ausf. Gebhardt/Hamer „Humanwerte der Betriebstypen“, Mittelstandsinstitut Niedersachsen 2005

4 Vgl. Hamer/Nikolai „Praktikum für mittelständischen Unternehmensnachwuchs“, Hannover 1982 und Hamer, E. „Was ist ein Unternehmer?“, Stuttgart 2001, S. 313 ff.

5 Vgl. Hamer, E. „Die Unternehmerlücke“, Stuttgart 1984

6 Was sich daran zeigt, dass in mittelständischen Unternehmen kaum Gewerkschaftsvertreter zwischen Unternehmer und Mitarbeitern stehen.

vor 70 Jahren waren es halb so viele. Die Gewichte innerhalb der Mittelstandsgruppen haben sich also verschoben, der angestellte Mittelstand ist heute gesellschaftlich stärker als der selbständige.

Bisher war immer streitig, wer zum angestellten Mittelstand gehört oder nicht, ob dies nach Sprache, Position, Bildung, Einkommen oder Qualifikation entschieden werden soll. Im vorliegenden Buch wird zum ersten Mal eine wohl allseits akzeptierte Definition des angestellten Mittelstands vorgelegt.

Angestellter Mittelstand ist, wer aufgrund seiner höheren Qualifikation ein über dem Median liegendes Einkommen bezieht. Denn in einer Marktwirtschaft ist das Einkommen Anzeichen für den Wert der Arbeit und der Position des Arbeitnehmers.

Die Einkommensdefinition ist statistisch leicht zu bestimmen und alle Berufe umfassend.

Zu einem höheren Einkommen kommt man nur durch höhere Qualifikation und zu dieser wiederum nur durch höhere Bildung. Somit ist Bildung gleichsam die Eingangstür für eine Lebensposition im angestellten Mittelstand. Und Bildung/Qualifikation muss jede Generation für sich erneut

erwerben. Das erklärt den hohen Bildungsstand des angestellten Mittelstandes und die hohe Wertschätzung, die Bildung vor allem in dieser Bevölkerungsgruppe hat⁷.

Die Autoren schildern anschaulich, welche gesellschaftliche Funktion die beiden Mittelstandsgruppen in unserer Gesellschaft haben, dass beide Gruppen insgesamt 47 % der Bevölkerung ausmachen und wir somit einen so hohen Mittelstandsanteil haben, wie wir ihn früher nie gehabt haben und andere Länder ihn auch nicht haben. Hierin liegt einer der Gründe für unseren langen gesellschaftlichen Frieden, für den wirtschaftlichen Aufstieg unserer Bevölkerung sowie für die Verankerung der beiden Mittelstandsordnungssysteme Demokratie und Marktwirtschaft. Würde der Mittelstand durch Massenimmigration und Crash wieder zurückfallen, würde dies nicht nur zur Verarmung, sondern auch zu gesellschaftlichen Unruhen führen.

Bisher gab es kein Buch der Mittelstandssoziologie. Dieses Buch legt nicht nur Zusammenhänge, sondern auch Fakten, Zahlen und Argumente vor. Würde die Hälfte der Mittelständler

7 Vgl. „Wer ist Mittelstand?“, S. 123 ff.

in unserer Bevölkerung dieses Buch lesen, würden sie nicht mehr Randgruppenvertreter in die politische Führung wählen, sondern auch Mittelstandspolitik zu bestimmen versuchen.

Hamer/Jörgens „Wer ist Mittelstand?“ Erschienen 2021 im Mittelstandsinstitut Niedersachsen Augustinerweg 20, 30419 Hannover, Tel. 0511-79 13 03, Preis: 20,- Euro.

Prof. Hamer ist Schöpfer der Mittelstandsökonomie. Er hat in 45 Jahren, in 30 Büchern und mehr als 800 Aufsätzen eine neue „Mittelstandsökonomie“ begründet – die Theorie der Unternehmer und ihrer Personalunternehmen. In vielen Untersuchungen hat er nachgewiesen, dass die mittelständischen Personalunternehmen ganz andere Strukturen, andere Risiken und andere Chancen haben als die Kapitalgesellschaften.

Neues zum „Fall Barbarossa“: Die Feindaufklärung der Wehrmacht wusste Bescheid

Der deutsche Ostfeldzug gegen die Sowjetunion 1941 ist für das Deutsche Historische Museum (DHM) im Internet „Der Überfall auf die Sowjetunion“ und „von Beginn an als ideologischer Weltanschauungs- und rasseideologischer Vernichtungskrieg konzipiert“, in dem „im Vordergrund standen die Eroberung von ‚Lebensraum‘ sowie die wirtschaftliche Ausbeutung [...]“. „Die offensichtlich überraschte Sowjetunion“ hatte gemäß DHM

angeblich schwächere Kräfte als die deutsche Seite.

Doch generell wird nicht mehr bestritten, dass die Rote Armee für eine Offensive gegen Deutschland sehr massiert aufmarschiert war. Doch, so Bernd Schwipper, „rettet sich die etablierte Geschichtsschreibung nun [um Deutschland als unprovokierten Aggressor zu behalten] mit der widersinnigen These“, der „Angriff der Wehrmacht vom 22. Juni 1941 [könne] kein Präven-

tivschlag gewesen sein, denn die deutsche Seite [habe] keinerlei Bedrohung festgestellt.“

Der Historiker Jürgen Förster des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr schrieb:

„Zu keinem Zeitpunkt der militärischen Planung gab es auf deutscher Seite eine Bedrohungsvorstellung von der Roten Armee“ (Resümee: in: Bianka Pietrow-Ennker: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, S. 211.)

Bogdan Musial meinte in „Kampfplatz Deutschland (S. 457):

„Entscheidend in der ganzen Debatte ist jedoch der Umstand, dass die deutsche Seite keinerlei Kenntnisse vom Stand der sowjetischen Streitkräfte, geschweige denn über den Stand der auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen zum Angriffskrieg hatte. Somit bestand auf deutscher Seite kein unmittelbarer Anlass zum Präventivkrieg.“

Aufmarsch der Roten Armee war deutscher Seite bekannt

Welchen Zwängen müssen Historiker unterliegen, die Geschichtsbeflissenen eine solche intellektuelle Zumutung auftischen, die anerkannt beste Armee des Krieges habe bei ih-



rem Aufmarsch keine Aufklärung betrieben und sei blind gen Osten marschiert!

Diese Behauptungen werden von Dr. Bernd Schwipper, Generalmajor a.D. der NVA, Autor des Buches „Deutschland im Visier Stalins“, mittels sehr vieler Dokumente der Wehrmacht aus dem Deutschen Historischen Institut Moskau, dem Militärarchiv Freiburg und einem Privatarchiv ad absurdum geführt. Der sowjetische Aufmarsch zu einer grenznahen Kräftenmassierung wurde sehr wohl aufgeklärt. Daraus zog die deutsche Führung schließlich den laut sowjetischen Quellen zutreffenden Schluss, ein Angriff der Roten Armee stehe kurz bevor. Da für eine Defensive gegen die überwältigende Angriffwalze die erforderlichen Kräfte und der tiefe freie Raum fehlten, kam nur

ein präventiver Angriff in Frage, der die Rote Armee in ihrem verwundbarsten Zustand traf: kurz vor dem Angriff.

Da Hitler nach dem Pakt vom August 1939 jegliche Aufklärung gegen die Sowjetunion verboten hatte, war im Wesentlichen nur meist grenznahe Luftaufklärung und Funkaufklärung bis in die westlichen Militärbezirke der Sowjetunion möglich. Deshalb blieben der weitere Aufmarsch in der Tiefe verborgen; es fehlten auch genaues Wissen über Ausrüstung und Bewaffnung.

Spätestens mit Annexion der Baltischen Staaten, Bessarabiens und der Nordbukowina Ende Juni 1940 wurden Stalins grundsätzliche Absichten erkennbar und die Zukunft der „deutsch-russischen Freundschaft“ zweifelhaft. Das Heer forderte eine geringere Demobilisierung nach dem Sieg über Frankreich. Ende Juni wurde die während des Westfeldzugs fast ganz von Truppen entblößte Ostgrenze wieder durch 15 nach dem Westfeldzug auffrischungsbedürftige Infanteriedivisionen gesichert. Die bisher im Osten stationierten Landwehrdivisionen wurden schrittweise zurückgeführt und demobilisiert.

Waren schon vorher wegen des Einmarsches von 120 sowjetischen Divisionen ins Bal-

tikum Truppen in Ostpreußen zur Grenzsicherung ausgerückt, so wurden auch die zurückkehrenden Truppen beauftragt, die Grenzen zu Rußland und Litauen zu sichern, feindliches Eindringen zu stoppen und nach Zuführung von Verstärkungen zum Angriff überzugehen. Zur Auffrischung in ihre Heimatstandorte im Osten (z.B.: nach Wien-St. Pölten) verlegte Panzerverbände hatten kampfkraftige Teile zur Sicherung der Ostgrenze bereitzuhalten. Der OB der 18. Armee im Osten stellte ab dem 9. Juli 1940 seine Divisionen so bereit, dass sie sowjetische Angriffsvorbereitungen schon jenseits der Interessengrenze zerschlagen konnten.

Am 24. Juli und 1. August 1940 beurteilte das Oberkommando des Heeres, dass die Konzentration von Kräften in den Grenz-militärbezirken Stalins Absicht offenbare, weiter zu expandieren. In den neu zuge-schnittenen sowjetischen Grenz-militärbezirken waren nämlich **116 Divisionen** und **4000 Flugzeuge** der Luftstreitkräfte erkannt worden; insgesamt stellte man **198 Divisionen** und **5000 Flugzeuge** fest.

In der Folge verfügte die deutsche Führung immer über aktuelle Erkenntnisse über den sowjetischen Aufmarsch, der

im Juli ein wenig beruhigendes **Kräfteverhältnis** bei **Kampfdivisionen** von bestenfalls **1 zu 7,73** ergab. Hatte man hier mit 7 sowjetischen Divisionen zuviel gerechnet, so wurden im September nur **120** von **128,5** sowjetischen Divisionen erkannt. Hitler hatte am 21. Juli angewiesen, „politische und militärische Sicherungen“ zu treffen und meinte am 31. Juli: „Bestimmter Entschluss, Russland zu erledigen.“ Nach seinem weiteren Verhalten zu urteilen, war das aber nur eine emotionale Äußerung.

Nach weiteren Erkenntnissen über den sowjetischen Aufmarsch auch gegenüber Finnland wurde ab Anfang August mit „sofort“ zugeführten, u.a. von der Operation „Seelöwe“ gegen England abgezogenen Divisionen die **Heeresgruppe B** gebildet. Dies geschah, obschon Hitlers Weisung vom 2. November 1940 den Schwerpunkt noch auf den Kampf gegen England legte und Handlungen gegen Russland mit dem Hinweis auf eingeleitete politische Besprechungen auf vorbereitende Maßnahmen beschränkte. Gegen die Bedrohung Finnlands wurden einige Vorbereitungen der deutschen Truppen in Norwegen getroffen. Wegen des bedrohlichen sowjetischen Aufmarsches gegen Rumänien erhielt eine

vom König erbetene deutsche Militärmission im September den Auftrag, eine Rundumverteidigung des Erdölgebietes Ploesti zu organisieren, dessen Lieferungen für Deutschland lebenswichtig waren.

Erst nachdem Stalin durch **Molotow am 12./13. November** in **Berlin** verlangt hatte, Deutschland solle vom Belt bis zur Donau die Peripherie des Reiches als sowjetisches Interessengebiet und damit seine strategische Kapitulation anerkennen, nach weiterem bedrohlichem Aufmarsch von Land- und Luftstreitkräften, nachdem die Vorbereitung chemischer Kriegführung Rot festgestellt sowie das sowjetisch-britische Zusammenwirken auf dem Balkan erkannt worden waren, unterschrieb Hitler am **18. Dezember 1940 die Weisung 21**: „Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).“ Nach den Aufträgen für die Operationsführung heißt es: „Alle von den Herren Oberbefehlshabern aufgrund dieser Weisung zu treffenden Anordnungen müssen eindeutig dahin abgestimmt sein, dass es sich um Vorsichtsmaßnahmen handelt für den Fall, dass Rußland seine

bisherige Haltung gegen uns ändern sollte.“ Es war also kein endgültiger, sondern ein bedingter, vom Verhalten der Sowjetunion abhängiger Beschluss.

Im **Januar 1941** erschien das 243-seitige Handbuch über die „**Kriegswehrmacht der UdSSR**“.

Am 15. Januar waren **120,5** Divisionen (28 zu wenig) in den Grenzmilitärbezirken und **161,5** in den westlichen Militärbezirken insgesamt erkannt worden, gegen welche **32** Divisionen der Wehrmacht standen. Das Kräfteverhältnis nach eigenen Erkenntnissen betrug **1 zu 3,76** bzw. **1 zu 5.04**.

Neufeststellung grenznaher Kampffliegergruppierungen

Daher ergingen am **31. Januar** Aufmarschanweisungen. Mittlerweile war neben der technischen Aufklärung auch die geheimdienstliche Abwehr in Aktion. Im **Februar**: Die Aufklärung wurde verstärkt; das Luftwaffen-Orientierungsheft erschien; Hitler war betroffen wegen der Bedrohung durch starke sowjetische Luftstreitkräfte in Grenznähe. Fernbomber konnten Berlin, Prag, Wien und Sofia angreifen.

Aufgrund der Massierung von Kräften im Kiewer Besonderen

Militärbezirk wurden weitere deutsche Divisionen nach Osten verlegt.

Für Norwegen, Finnland, Rumänien und Bulgarien wurden die Bedrohungen durch britische und sowjetische Aktionen immer akuter, britische und sowjetische Geheimdienste wirkten höchstwahrscheinlich zusammen. Das Risiko eines Krieges wurde größer.

Im **März 1941** verstärkte man die Aufklärung über die Verkehrsinfrastruktur und das gesamte Wehrpotential der Sowjetunion erheblich, da nun die operativen Planungen begannen. Da es vorher keinerlei Vorbereitungen für eine Kriegsplanung gegen die Sowjetunion gegeben hatte, mußten alle Planungs- und Informationsunterlagen improvisiert werden.

Meldungen: Verlegung von Kräften an die Westgrenzen der annektierten baltischen Staaten, Einberufung von vier Rekruten-Jahrgängen, Teilmobilmachung der Roten Armee, Übungsfliegeralarme und Verdunkelungsübungen in der westlichen Sowjetunion, Vorgesetzte sprechen vor der Truppe über einen bevorstehenden Krieg mit Deutschland.

Am 15. März befahl das OKH, wehrwirtschaftliche Anlagen im besetzten Polen gegen sowjetische

Fallschirmjäger-Aktionen zu sichern.

Anfang März hatten Briten einen norwegischen Hafen überfallen. Mitte März waren 18-20.000 Briten in Griechenland gelandet. Sowjetische Geheimdienste beteiligten sich am gegen Deutschland gerichteten Putsch in Jugoslawien, wahrscheinlich zusammen mit britischen!

Das OKH sieht Massierung sowjetischer Kräfte gegen Ostpreußen und das besetzte Polen wegen schwacher eigener Kräfte als größte Gefahr.

Denn wegen des langsamen eigenen Aufmarsches und des Abzugs von 7 Divisionen für der Balkanfeldzug am 2. März standen gegen **162 Divisionen nur 42 eigene Divisionen**, ein Kräfteverhältnis von **um 1 zu 4**, dazu ein **riesiges Übergewicht an sowjetischen Kampfflugzeugen**.

Anfang April wies das OKW an, „Abwehrvorbereitungen“ zu verstärken. Zugleich befahl der OB Heeresgruppe B seinen drei Armeen, „das unmittelbare Grenzgebiet gegen jeden feindlichen Angriff zu verteidigen.“ Der Generalstabschef des Heeres stellt fest, „*dass die russische Gliederung sehr wohl einen raschen Übergang zum Angriff ermöglicht*“. Dennoch lehnt es Hitler

ab, den Höchstleistungsfahrplan einzuführen.

Die Funkaufklärung erkannte neue Verbände des Aufmarsches Rot, und dass die Land- und Luftstreitkräfte sich bereits in der Kriegsstruktur befanden. Am **13. April** meldete Fremde Luftwaffen Ost **39 Fliegerdivisionen mit 141 Geschwadern in der europäischen UdSSR, davon 29 Divisionen mit 141 Geschwadern in den Grenzmilitärbezirken** und eine weitere Massierung im grenznahen Raum. Demnach mußte ihr Aufmarsch kurz vor dem Abschluss stehen.

Am 28. April meldete Fremde Heere Ost das Aufschließen der Roten Armee zur Grenze, bewegliche Kräfte-Gruppen, Verlegen von Kräften aus der finnischen Front und dem Kaukasus nach Westen, das Auftreten offenbar neu aufgestellter Truppen, Musterungen von Wehrpflichtigen und die Einberufung von Spezialisten.

In den westlichen Militärbezirken wurden 166 Divisionen festgestellt. Das waren zwar 95 weniger, als der Autor uns wieder aus sowjetischen Quellen wissen lässt, doch die Erkenntnisse insgesamt ließen erkennen, dass der Aufmarsch praktisch abgeschlossen war und ein Angriff kurz bevorstand.

Hitlers Festlegung zum Angriffs-Beginn auf den 22. Juni 1941

Am 1. Mai legte Hitler den Beginn des Angriffs auf den 22. Juni fest.

Entschlussfassung wahrscheinlich im letzten Drittel des April nach Abschluss des Balkanfeldzuges. Gespräche mit Finnland, Ungarn und Rumänien zur Teilnahme an „Barbarossa“ waren nun freigegeben, allerdings spätestmöglich. Während die Aufmarschbewegungen Rot Richtung West unablässig weiter gingen und eine neue Konzentration im und Richtung Frontvorsprung Lemberg festgestellt worden war, hatte die Wehrmacht wegen der langsamen Rückführung der Divisionen aus dem Balkan am **12. Mai** nur erst **72 Divisionen** im Osten, darunter nur zwei Panzerdivisionen. **Kräfteverhältnis: 1 zu 2,3.**

20. Mai: 194 Divisionen in der europäischen UdSSR gemeldet. Erst nachdem der Krieg als sicher feststand, setzte auf deutscher Seite mit einer Reihe von Weisungen die Ideologisierung ein. Die offensive Ausrichtung des Aufmarsches Rot wurde im Aufklärungsbild immer mehr und genauer durch die extreme Massierung z.B. im Balkan von Bialystok bestätigt.

Das erst am **1. Juni** erschiene-
ne **Informationsheft über die Panzer der Roten Armee** zeigte nur die schon länger bekannten Panzertypen. Die neuen, streng geheim gehaltenen Panzertypen T-34 und KW hatte die ab September 1939 ausgesetzte Aufklärung noch nicht aufklären können. Doch obschon auf der Karte eine für „*defensives Verhalten*“ absurde Konzentration der Kräfte Rot eingezeichnet war, behauptete Fremde Heere Ost am 13. Juni noch, *dass „im großen gesehen“* eben dieses zu erwarten sei.

Am **18. Juni**, 4 Tage vor Angriffsbeginn, hatte die deutsche Aufklärung die in den 5 Grenzmilitärbezirken Leningrad, Baltischer Besonderer MB, Westlicher Besonderer MB, Kiewer Besonderer MB, MB Odessa aufmarschierten Divisionen fast komplett erkannt: **211,5** von **216,5**.

Am **22. Juni** standen

- **120 deutsche plus 7 rumänische** Divisionen mit **3.332 Panzern** und **2.253 Flugzeugen** gegen
- die Rote Armee mit nach heutigen russischen Angaben **216,5 Divisionen**, **12.379 Panzern** und **8.240 Flugzeugen**.
- Die Wehrmacht hatte davon 212 Divisionen und 7.500 Flugzeuge im europäischen Teil der

UdSSR aufgeklärt und rechnete mit 10.000 Panzern.

Wie schwer dem Diktator daher der Befehl zum Angriff gefallen ist, erkennt man u.a. aus diesen Worten gegenüber einem vertrauten Staatssekretär: *„Schweres Entschließen, aber vertraue auf die Wehrmacht. [sowjetische] Jäger und Bomber zahlenmäßig überlegen. Etwas Angst für Berlin und Wien. [...] Haben ihre ganze Kraft an der Westgrenze. Größter Aufmarsch der Geschichte. Wenn es schief geht, ist sowieso alles verloren.“*

Bernd Schwipper fügt in seiner Darstellung noch gute Überlegungen über das mögliche Kalkül Stalins zu den besten Zeitfenstern für den Angriff ein. Dieses Kalkül hat anscheinend auch ein Brief Hitlers an Stalin vom 14. Mai beeinflusst, in dem er für die Invasion Englands den Abzug deutscher Divisionen aus dem Osten angekündigt hatte, die dort außerhalb der Reichweite feindlicher Bomber stationiert worden seien.

Der Vergleich des deutschen Aufklärungsbildes Rot mit den Fakten Rot stellt der deutschen Aufklärung ein sehr gutes Zeugnis als ein sich ständig verbesserndes, vorsichtig urteilendes System aus. Allerdings konnte die Aufklärung in der kurzen

Zeit nicht die bisherige nachrichtendienstliche Vernachlässigung der UdSSR wettmachen: Die Modernisierung der Roten Armee (u.a. 30 mechanisierte Korps) und die militärisch-industrielle Leistungsfähigkeit blieben eine Überraschung.

Als Prüfsteine für die Seriosität eines Historikers, Publizisten oder Politikers sollten Bernd Schwippers Dokumentationen es unmöglich machen, weiterhin den Präventivangriff „Barbarossa“ als schon immer beabsichtigtes oder sogar beschlossenes Unternehmen zur Vernichtung des Bolschewismus oder für Lebensraum zu bezeichnen.

Die Fülle von Abdrucken originaler Dokumente aller Art, nicht zuletzt von Lagekarten, machen diese Bücher zu preiswerten Fundgruben zum Zweiten Weltkrieg.

Manfred Backerra

Bernd Schwipper, Die Aufklärung der Bedrohung aus dem Osten. Die Prävention durch die Wehrmacht, Juni 2021 Verlag Druffel & Vowinckel, gebunden, 2 Bände, 1110 Seiten, über 500 Dokumente, Dokumentenauszüge, Tabellen, Grafiken und Zitate, mehrfarbig, 59,80

Manipulative Massenmedien

„Nicht der Besitz von Produktionsmitteln im Sinne der Güterproduktion, sondern der Besitz von Produktionsmitteln im Sinne von Sinnproduktion, der Bewusstseins- und Normbeherrschung einer Bevölkerung, machen heute die Fronten der Klassenherrschaft aus“. So beschrieb schon vor Jahrzehnten der renommierte Soziologe Helmut Schelsky jene sich anbahnenden gesellschafts-politischen Umbrüche in seinem Bestseller-Werk „Die Arbeit tun die anderen – Priesterherrschaft der Intellektuellen“. Sie haben Deutschland heute mit voller Wucht erfasst und prägen unsere Gesellschaft nachhaltig, leider meist negativ.

In diesem Sinne ist auf eine lesenswerte Buch-Neuerscheinung von Rechtsanwalt Klaus Kunze (Germania Köln) hinzuweisen, die unter dem Titel „Die sanfte Gehirnwäsche – Wie öffentlich-rechtliche Medien uns umformen“ das soziologische Deutungsschema von Schelsky aufgreift. Mit substantiellen Erläuterungen zur medialen Wirkung von Medien und anhand von Hunderten von Beispielen beschreibt der Autor die Fronten zur neuen „Klassenlage“.



**Die Wetterbereiche
stimmen meist**

Vorweg muss seitens des Rezensenten, der selbst im öffentlich-rechtlichen Rundfunk tätig war, darauf hingewiesen werden, dass ein negatives Pauschalurteil über unsere Massenmedien unangemessen wäre. Es gibt nämlich eine Fülle von Sendungen, die relativ unproblematisch sind, weil sie sich von der Sache her kaum manipulativ aufladen lassen! So zum Beispiel handwerklich hervorragend gemachte Tier- und Naturfilme, Fernsehberichte über

landschaftliche Schönheiten aus aller Welt, mitreißende Sportübertragungen, Straßen-Verkehrsmeldungen sowie Reportagen über größere Unfälle, nicht zuletzt kulinarische Fernseh-Schaufenster für Kochrezepte am Nachmittag und sicherlich auch die abendlichen Wetterberichte. Motto: Das Wetter kann am nächsten Tag schön sein, obwohl es ARD oder ZDF gemeldet haben.

Aber überall dort, wo es um Apolitische, gesellschaftliche, kulturelle oder zeitgeschichtlich-historische Fragen geht, sind oftmals gängelnde Interpreten am Werk, die journalistische Meinungsmacht zur verstörenden Manipulation missbrauchen. Ihr Ziel: Die „Umformung der Gesellschaft“ im Sinne der Medien-Akteure, wie Kunze in seinem Buchtitel zu Recht hervorhebt. Was hingegen die Mehrheit der Bevölkerung zur illegalen Massenzuwanderung oder zur Thematisierung abweichender sexueller Orientierungen von Minderheiten denkt und fühlt, findet in den Programmen kaum Erwähnung. Hauptsache die weltanschauliche Richtung stimmt – und die erweist sich in der Regel als zeitgeistig-verkürzt: Vom „bunten“ Krimi mit „diverser“ Rollenbesetzung, über die tägliche Dauerbewältigung des Dritten Reiches, bis hin zum

ewigen „Kampf gegen Rechts“.

Der durch eine Reihe von anderen zeitgeistkritischen Werken hervorgetretene Autor gliedert seine Feldbeschreibung von „fehlorientierten“ Rundfunkmedien in drei große Hauptkapitel: „Der Zustand“, „Die Rechtslage“ und „Die Herrschaftstechniken“. Dabei ergeben sich zwar manche Überschneidungen ineinander greifender Kritikpunkte, was aber den Erkenntnis-Gewinn beim Leser keineswegs schmälert, im Gegenteil.

Zu Beginn: Sprachmanipulation

Kunze veranschaulicht dies in exkursorischen Einschüben wie „Die Wirklichkeit wird umgedreht“, „Ideologische Schleichwerbung“, „Verkündung statt Information“ oder „Das Menschenbild der Meinungsmacher“. Gleich auf den ersten Seiten seines lesenswerten Buches präzisiert der Autor: „Am Anfang war das Wort! Beginnen wir also bei der Manipulation der Sprache“ und unterrichtet die Leser über das Modell „Begriffsmikado“, „ein beliebter Zeitvertreib für gesellschaftlich engagierte Sozialklempner“:

Ob-Ton Kunze zu deren Manipulationstechnik: „Sie neh-

men bündelweise den Menschen ihre Worte aus dem Mund und werfen sie wie Mikado-Stäbchen bunt durcheinander. Dann nehmen sie Stäbchen für Stäbchen, färben sie rot ein und basteln sich aus dem Haufen eine neue Gesellschaft.“

Die Ergebnisse derartiger „Umformungen“ sind vielfältig zu beobachten: zum Beispiel bei der Fälschung von Herkunftsnachweisen deutscher Landsleute aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches. Schnell wurde im Zeichen der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel in den 1970er Jahren aus Ostdeutschland, also aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, plötzlich Polen, Russland oder Tschechoslowakei. Und das traditionelle Mitteldeutschland der inzwischen untergegangenen „DDR“ mutierte – erkennbar geographie- und geschichtswidrig – im Gefolge der 1989er „Friedlichen Revolution“ flugs zu „Ostdeutschland“. Dazu gab es sogar, wie der Rezensent bezeugen kann, schriftliche Anweisungen seitens der Chefredaktionen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Im Kapitel „Das Framing Manual“ geht der Autor auf das von Elisabeth Wehling im Auftrag der ARD erstellte Gutachten ein, das, obwohl nur für

den internen Gebrauch gedacht, 2019 bei „Netzpolitik.org“ veröffentlicht wurde und erhebliches Aufsehen erregte. Darin heißt es: „Sprache ist das wirkungsvollste Instrument für die Mobilisierung von Mitbürgern, aufgrund einer einfachen Wahrheit: Sprache aktiviert Frames“, womit gedankliche Assoziationen gemeint sind, die wiederum bei der unterschwelligen Beeinflussung durch Schlüsselbegriffe nicht objektive Fakten in den Vordergrund stellen, sondern, wie Kunze erklärt, „die moralische Perspektive, welche die Zuschauer zu den mitgeteilten Fakten einnehmen sollen“

Der „Marsch durch die Institutionen“

Beispiele dazu gibt es zuhauf, wobei die medial praktizierte „Political Correctness“ (PC) schon seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der – teils grotesken – Sprachmanipulationen steht, von der jüngsten Gender-Sprech-Akrobatik einmal abgesehen. „PC“ fungiert so als eine Art „Sprach-Bibel“ des seit 1968 wogenden Kulturkampfes unserer revolutionären Linken auf ihrem erfolgreichen Marsch durch die Institutionen, an deren Spitze die öffentlich-rechtlichen Medien von Anfang an standen. Ihre unheil-

volle Langzeitwirkung reicht bis in die Gegenwart!

Ausgewogenheit? Fehlanzeige!

Im Buch-Abschnitt „Die Rechtslage“ bei unseren durch Gebührenbeiträge finanzierten Medien wird vor allem eines sonnenklar: Es klafft eine immer größer werdende Lücke zwischen dem theoretischen Postulat der staatsvertraglich festgelegten Pflicht zur „Ausgewogenheit“ und seiner überall erkennbaren grob abweichenden Praxis.

Dazu ein besonders auffälliges Beispiel, bei dem man sogar von einer „gruppenbezogenen Menschen-Feindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) gegenüber jenen Millionen von deutschen Bürgern sprechen könnte, die aus der anmaßenden Sicht von linkslastigen Tendenzjournalisten „falsch“ gewählt haben: Es geht um die skandalöse Berichterstattung beziehungsweise „Nicht-Berichterstattung“ der öffentlich-rechtlichen Medien über die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag, die AfD: Schon bei den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF fällt bei täglich erlebter Zeugenschaft auf, dass alle anderen im Berliner Parlament vertretenen Parteien ausgiebig und – gemessen am

Wahlergebnis – unverhältnismäßig häufig zu Wort kommen, nur die AfD nicht. Ausnahmen: Negativ-Meldungen über diese Partei, zum Beispiel bei internen Konflikten oder wenn es um geheimdienstliche Verdachts-Statements geht, deren Behauptungen einfach eins zu eins übernommen werden – ohne sie „kritisch zu hinterfragen“, um eine 68er-Floskel zu gebrauchen. Berichte von Verfassungsschutzämtern über die AfD werden wie monströse Staatsoffenbarungen einfach nur weitergereicht, die unzulässige Gleichsetzung von „rechts“ mit „rechtsextrem“ ebenso.

Auch fragt sich der an Ausgewogenheit interessierte und Gebühren zahlende Medienkonsument, warum zum Beispiel in öffentlich-rechtlichen Diskussionsrunden mit Journalistenkollegen nie die Chefredakteure der auflagenstarken konservativen Wochenzeitungen Junge Freiheit (JF) oder Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ) eingeladen werden. Es drängt sich der fatale Eindruck auf, dass hier ein tatsächlich „herrschaftsfreier Diskurs“ (Jürgen Habermas) mit oppositionellen Kollegen aus dem rechten Lager verhindert werden soll. Hat man Angst vor deren Argumenten? Fühlen sich die Moderatoren ihnen nicht gewachsen und soll

somit erwartbare Zustimmung zu „rechten Positionen“ beim Publikum vorbeugend verhindert werden? Fragen über Fragen...

Bei den meinungsbildenden sogenannten Polit-Talk-Shows „Anne Will“, „Hart aber fair“, „Maischberger“ sowie „Maybrit Illner“ sieht es ebenfalls nach reinen „Closes-Shop-Runden“ aus. In einer von Professor Dr. Jörg Meuthen kürzlich veröffentlichten empirischen Studie zeigt das Ergebnis von planvoll-systematischer AfD-Ausgrenzung folgendes Bild für 2020: Von insgesamt 433 eingeladenen Politikern in diesen ARD- und ZDF-Talk-Shows waren nur sechs vom Oppositionsführer.

Zu Recht stellt der AfD-Sprecher hier die Frage: „Ist das etwa ausgewogen?“ Natürlich nicht, und kritische Fragen angesichts dieses demokratiewidrigen Verhaltens werden meist arrogant abgebügelt oder phraseologisch mit „Kampf-gegen-Rechts-Wording“ zurückgewiesen. Als ob man damit die offen zutage liegenden massiven Verstöße gegen das gesetzlich vorgeschriebene Ausgewogenheitsgebot rechtfertigen könnte.

Fazit: „Unsere öffentlich-rechtlichen Medien sind inzwischen zu einem reinen Machtinstrument herrschender Kreise geworden“, so der Autor und weiter: „Einen Ausweg aus dem Irrgarten von Täuschung und Lügen können wir nicht finden, bevor wir ihre Funktionsweise begreifen.“ Dazu hat Klaus Kunze mit seinem Buch zur Lage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland einen wichtigen Beitrag geleistet. Es gehört nicht nur in die Hand eines jedes Burschenschafters, sondern sollte auch von allen besorgten Staatsbürgern gelesen werden. Denn: ohne freie und ausgewogene Kommunikation zwischen und mit Vertretern aus allen politischen Lagern – von links, aus der Mitte und eben auch von rechts – funktioniert Demokratie nicht.

BK

Klaus Kunze, „Die sanfte Gehirnwäsche – Wie die öffentlich-rechtlichen Medien uns umformen“, WPR Wirtschafts- und Verbands-PR GmbH Hamburg 2020, 190 Seiten 19,90 Euro.

Merkels Kanzlerschaft am Ende: Die Negativ-Bilanz nach 16 Jahren

Am Ende von 16 Jahren Kanzlerschaft stellt sich die Frage nach Angela Merkels politischer Bilanz und ihrem Erbe. Wie wird sie in die Geschichtsbücher eingehen? Aus national-konservativer Sicht kann da die Antwort einheitlich nur lauten: Negativ!

Rückblick: So lange wie Helmut Kohl hat sie regiert, den sie auf dem Weg zur Macht vom Sockel der CDU stieß. Länger als Konrad Adenauer, der in der Nachkriegszeit die CDU formte. Adenauer ist als Architekt der Westbindung in die Geschichte eingegangen, Kohl als Kanzler der Wiedervereinigung. Als Willy Brandts wichtigste Leistung gilt die Neue Ostpolitik; Helmut Schmidt riskierte und verlor wegen der von ihm als richtig erkannten NATO-Nachrüstung den Rückhalt in seiner eigenen Partei. Gerhard Schröder hat in verzweifelter Lage sozial- und wirtschaftspolitische Reformen gewagt und diesen seine Kanzlerschaft geopfert, aber die Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands gelegt. Was bleibt von Merkel?

In diesem Buch, das zum DJ-Redaktionsschluss noch nicht



vorlag nähern sich renommierte Wissenschaftler, Publizisten dem Phänomen Merkel in seinen verschiedenen Facetten. Sie liefern, so der Herausgeber und FAZ-London-Korrespondent, Philip Plickert, differenzierte, kritische Analysen ihres Wirkens. Die 24 Autoren, unter ihnen Norbert Bolz, Necla Kelek, Alexander Kissler, Thilo Sarrazin, Joachim Steinhöfel, Cora Stephan und Roland Tichy, sie alle entstammen einem liberal-konservativen intellektuellen Milieu, sind eigentlich Sympathisanten einer bürger-

lichen Regierung, einige sogar (noch) CDU-Mitglieder. Doch die Irritationen sind groß: Durch opportunistische Kehrtwenden und die Linksverschiebung der Union hat Merkel zur Entfremdung des klassischen Bürgertums von der CDU wesentlich beigetragen und vielen Heimatlosen die Tore zur AfD geöffnet.

Das Fazit: Die Kanzlerin hat sich mehrere gravierende Fehler zuschulden kommen lassen. Angefangen beim Lavieren in der Eurokrise und der kopflosen Energiewende über die unkontrollierte Massenmigration in der so genannten Flüchtlingskrise bis

hin zu den Versäumnissen in der Corona-Krise. Sie hinterlässt einen Schuttberg von Problemen, an denen die Deutschen noch lange schwer zu tragen haben werden.

Diese Fassung ist ein leicht redigierter Text aus den vorab vom Herausgeber zur Verfügung gestellten Coverangaben des Buches.

BK

Philip Plickert, Merkel – Die kritische Bilanz von 16 Jahren Kanzlerschaft, FBV-Verlag, München 2021, 320 Seiten, 18,00 Euro



Die Vierteljahresschrift TUMULT ist heute für rechte Intellektuelle das, was Enzensbergers KURSBUCH 1968 für die Linke war. Brillante Essays, Forschungen und Tiefengrabungen im Zeitgeist ...

Matthias Matussek, Tichys Einblick

In den Presseshops auf Bahnhöfen und Flughäfen und im Buchhandel 112 Seiten • € 10,00 (D), € 10,50 (A), SFR 12,00 (CH)

Ein Jahresabonnement (4 Hefte) ist bestellbar über www.tumult-magazine.net/abonnement oder tumult-abo@gmx.de und kostet einschließlich Versand: € 40,00 in Deutschland und € 48,00 in anderen Ländern. Bitte geben Sie an, mit welcher Ausgabe das Abonnement beginnen soll.

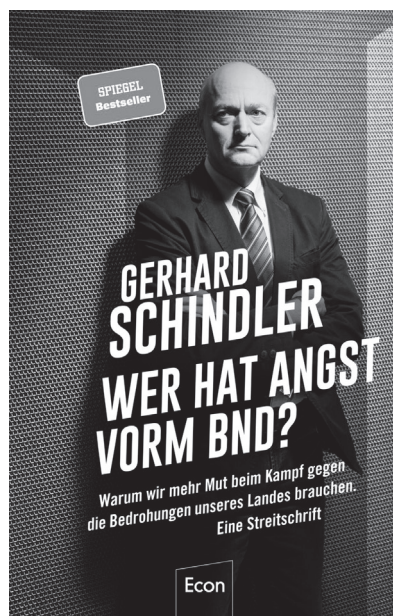
Streitschrift des Ex-BND-Chefs Schindler

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes (BND), Gerhard Schindler, der den deutschen Auslandsnachrichtendienst von 2012 bis 2016 führte, hat eine lesenswerte Streitschrift vorgelegt, die sich aus mehreren Gründen zur Lektüre empfiehlt. Zum einen – und so steht es gleich im Vorwort – geht es ihm nicht nur um den Bundesnachrichtendienst (BND), sondern „der BND hat stellvertretend für alle anderen Sicherheitsbehörden seinen Platz im Titel dieses Buches gefunden“.

Warum Streitschrift? Ganz einfach: Weil Schindler einen – bislang weitgehend fehlenden – Diskurs über den Stellenwert von Sicherheit anstoßen und dabei, O-Ton, „stören will“. So problematisiert er schon auf den ersten Seiten seines Werkes das bisweilen mit irritierenden Urteilssprüchen zeitgeistig in Erscheinung getretene Bundesverfassungsgericht, man denke nur an das „Soldaten sind Mörder“-Urteil.

Diesmal mit seiner Entscheidung vom 19. Mai 2020, wonach die strategische Auslands-Fernmeldeaufklärung des BND gegen das Grundgesetz verstoße.

Doch mit dieser Entscheidung beeinträchtigte Karlsruhe die Aufklärungsarbeit des BND zugunsten der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland erheblich, so Schindler: „Das Gericht stellt damit die ganze Weltbevölkerung von über sieben Milliarden Menschen unter deutschen Grundrechtsschutz. Ein solcher Vorgang ist in der Staatengemeinschaft ohne Beispiel.“ Offenbar eine neue Variante des viel zitierten „deutschen Sonderwegs“. Wem kommt dabei nicht Pierre-Joseph Proudhons abge-



wandelter Satz in den Sinn: „Wer Menschheit sagt, will betrügen!“

Aber: Wollen „deutsche Gutmenschen“, ob in Richter-Roben, an den Schaltstellen der Mainstream-Medien oder bei den Parteien links der Mitte, in ihrem laut-stark geforderten „humanitären Internationalismus“ die Menschheit wirklich betrügen? Natürlich nicht! Sie wollen in ihrem subjektiven Empfinden vielmehr „Mal kurz die Welt retten“.

**„Die NSA-Affäre ...
war die größte Krise des BND
seit seinem Bestehen“**

**Gerhard Schindler
BND-Chef von 2012 bis 2016**

Zurück zu Schindlers realpolitisch geprägter Berufserfahrung. „Wer einen Auslandsnachrichtendienst – noch dazu einen leistungsfähigen – haben will, sollte wissen, dass dieser im Ausland Rechtsbruch begeht“, so steht es nicht nur im Klappentext des Buches. So funktioniert halt Geheimdienstarbeit – oder es ist keine! Zwar sei Spionage völkerrechtlich nicht verboten, doch werde sie weltweit in den jeweiligen Staaten strafrechtlich verfolgt. Ergo: Mit diesem unauflösbaren Spannungsverhältnis im Sinne von Max Webers „Verantwortungsethik“ einsichtig

umzugehen, das müsste die Voraussetzung sein, sich realistisch auf das Phänomen Nachrichtendienste überhaupt einzulassen. Und zwar sowohl aus der Sicht von kritischen Außen-Betrachtern und erst recht natürlich von jenen Innen-Akteuren, die als Mitarbeiter der Dienste fungieren. „Gesinnungsethische“ Musterknaben der „Moral und Hypermoral“ (Arnold Gehlen), die beide Ebenen nicht auseinanderhalten können, sind da offensichtlich fehl am Platze.

In Schindlers Buch werden die Aufgaben, Probleme und Strukturen der deutschen Nachrichtendienste vielfältig beschrieben. Er geht auf deren Sicherheitsarchitektur ein und beklagt ihre Unübersichtlichkeit, die Misserfolge und Minderleistungen begünstigt. Im Kapitel über „Sicherheit und Freiheit“ thematisiert er das streitbare Verhältnis der beiden Staatsziele untereinander, um als Ergebnis zu verkünden: „Die immer wieder in Sonntagsreden gern behauptete These, Freiheit und Sicherheit stünden auf einer Stufe, sie bedingen sich wechselseitig, es bestehe eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, ist faktisch falsch. Sicherheit ist das höherrangige Bedürfnis der Menschen.“

Auch „Die NSA-Affäre“ wird vom Autor in einem eigenen

Kapitel gebührend berücksichtigt. Er sieht in ihr eine „verpasste Chance zum sicherheitspolitischen Diskurs“. Sie war, so Schindler, „politisch und medial ... die größte Krise des BND seit seinem Bestehen“. Allerdings, und das dürfte für viele Beobachter der sich über drei Jahre hinziehenden Verwerfungen vielleicht überraschend erscheinen: „Der BND ging aus der NSA-Affäre gestärkt hervor.“

Da das Buch, dessen ursprüngliche Fassung durch Intervention des Kanzleramtes zunächst nicht erscheinen durfte, dann aber doch noch im Oktober 2020 in veränderter Form herauskam, konnte Schindler die zweite Welle der Corona-Krise nicht berücksichtigen. Doch geht er in einem letzten Kapitel weitsichtig auf die Pandemie-Problematik ein. Zurückhaltend versagt er sich einer Beantwortung von angesprochenen Erwägungen, „ob zum Beispiel die Grenzschließungen zu spät erfolgten; warum der Flugverkehr aus den Hauptrisikogebieten nicht frühzeitiger unterbunden wurde; ob bei Urlaubsrückkehrern aus Risikogebieten konsequenter Quarantäne angeordnet hätte wer-

den müssen; ob die Beschaffung von Schutzkleidung zu nachlässig betrieben worden sei oder wie man die unterschiedlichen Maßnahmen der Bundesländer hätte besser abstimmen können“. Diese Fragen würden später einmal zuständige Gremien zu klären haben, meint der Ex-BND-Chef.

Was ihn jedoch besonders interessiere, sei die Frage, „warum uns die Krise so unvorbereitet getroffen hat“. Und Schindler, dessen sicherheitspolitisches Engagement auch unter die Prämisse von „vorbeugender Gefahrenabwehr“ gestellt werden kann, hat eine einfache Antwort parat, allerdings eine des „gehobenen Unbehagens“, nämlich: „Weil sich vorher niemand ernsthaft dafür interessiert hat.“

Bernd Kallina

Gerhard Schindler:
„Wer hat Angst vorm BND? Warum wir mehr Mut beim Kampf gegen die Bedrohungen unseres Landes brauchen – Eine Streitschrift“, Econ-Verlag, Berlin 2020, gebunden, 256 Seiten, 22 Euro

Linksextremismus: Staatlich gefördert

Mit „Staats-ANTIFA. Die heimliche Machtergreifung der Linksextremisten“ legt Christian Jung ein weiteres Werk zu diesem brisanten Thema vor, dem er sich schon 2016 zusammen mit Torsten Groß in „Der Links-Staat“ erstmals ausführlich gewidmet hat. Seine Neuerscheinung stellt eine vertiefende Beweisführung der kritischen Thesen über staatlich geförderten Linksextremismus dar. Der ewige Traum vom sozialistischen Klassenkampf werde zum großen Teil mit unseren Steuergeldern finanziert, und dabei trete schier Unglaubliches zu Tage: Während zu Zeiten des Kalten Krieges die Millionen für linksextreme Strömungen reichhaltig aus der DDR flossen, würden sie heute großzügig von den Bürgern des vereinigten Deutschland aufgebracht.

Bereits im Jahr 2001 eröffnete die rot-grüne Bundesregierung der linken und linksextremen Szene die Steuertöpfe unter den Parolen: „Kampf gegen Rechts“ oder „Aufstand der Anständigen“. Dabei operierten die Kampagnen-Akteure seit Beginn mit der semantischen Betrugsformel „rechts gleich rechtsradikal“. Seitdem hat die Antifa einen geradezu beispiellosen Aufschwung erlebt,



und dieser Siegeszug verdankt seinen Erfolg nicht nur dem etablierten rot-rot-grünen Milieu, nein, er wird auch durch Steigbügelhalter der bürgerlichen Mitte, das heißt von Vertretern der Merkel-CDU (inklusive der bayerischen CSU), direkt und/oder indirekt massiv gefördert.

Jüngstes Beispiel: Ende November 2020 wurde unter Führung von Kanzlerin Merkel ein Maßnahmenpaket gegen „Rassismus und Rechtsextremismus“ verabschiedet, das einen Aktionskatalog von 89 Punkten umfasst, 1,1 Milliarden Euro kostet, sich auf

den Zeitraum von 2021 bis 2024 erstreckt und der „Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft“ der Durchsetzung einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft gegen den Widerstand eines Großteils der Einheimischen, der Ablenkung von weitgehend gescheiterten Integrationsbemühungen kulturfremder Ausländer und der Bekämpfung der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag dienen soll.

Skandalöse Sachverhalte

Das lesenswerte Werk von Jung, der als Beamter der größten kommunalen Ausländerbehörde für Ausweisungen und Abschiebungen in München zuständig war, thematisiert in mehr als zehn Kapiteln skandalöse Sachverhalte am laufenden Band. So begann der „Kampf gegen Rechts“ mit der Lüge über die Verantwortlichkeit eines Anschlags auf eine Synagoge in Düsseldorf am 2. Oktober 2000. Die Täter waren aber gar keine „bösen Rechten“, sondern zwei arabischstämmige junge Männer, die sich an behaupteten Verbrechen Israels rächen wollten.

Auf ähnlichem Fake-News-Niveau befand sich im gleichen Jahr die wochenlange Kampagne über einen vermeintlich rassis-

tischen Mord im Schwimmbad des sächsischen Ortes Sebnitz. Angeblich hätten Neo-Nazis dort den „kleinen Joseph“, Sohn eines Irakers, ertränkt. Doch bald stellte sich heraus, dass der Junge an einem Herzleiden starb.

In welcher Form die Gefahr von „rechts“ manipulativ hochgespielt wird, belegt der Autor in den Kapiteln „Wie der Verfassungsschutz linksextreme Straftaten vertuscht“ und „Wie der Bund und Bayern linke Straftaten gegen Polizeibeamte verheimlichen“. Massive statistische Fälschungen im Extremismusbereich verschleiern bewusst das wahre Ausmaß der linksextremistischen Bedrohungen. Abenteuerlich dabei: Die Fake-Akteure sitzen in den Leitungsorganen der Sicherheitsbehörden selbst.

Die skandalöse Ungleichbehandlung der Extremismussparten von „links“ und „rechts“ verdeutlicht der Autor im Kapitel „Keine Distanzierung von Gewalt: Wie die Rote Hilfe linksextreme Straftäter unterstützt“. Während eine als rechtsextrem bezeichnete „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) 2011 verboten wurde, kann die „Rote Hilfe“ weiterhin ihre Sympathien für die RAF zum Ausdruck bringen, „indem sie deren Verbrechen ver-

harmlos oder gar legitimiert“, wie der Autor anführt. Verbotserwägungen in Richtung „Rote Hilfe“ verliefen im Sande. Zwar forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Armin Schuster 2018 vom Bundesinnenminister Horst Seehofer die Prüfung eines Verbots, doch geschehen ist danach nichts.

Weniger heimlich, sondern ganz offensichtlich ist die linke und linksextreme Dominanz in meinungsprägenden Bereichen unserer Massenmedien, vor allem bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Darauf geht Jung in mehreren Kapiteln ein und veranschaulicht seine Thesen und Fakten an der Berichterstattung über die von Linksextremisten inszenierten bürgerkriegsähnlichen Zustände in Hamburg während des G20-Gipfels 2017. Die konnten zwar in der medialen Wahrnehmung wegen der unübersehbaren Gewalt nicht übergangen werden, aber: Wäre sie von „Rechts“ gekommen, hätte sie eine vergleichsweise monatelange und überdimensionale Form angenommen.

Jung zitiert den Münchener Publizisten Oliver Bendixen, der die Unverhältnismäßigkeit medialer Resonanzen am Beispiel extremistischer Gewalt-Logistik hervorhebt: „Stellen wir es uns umgekehrt vor. Es gäbe in München ein von Neonazis besetztes autonomes Zentrum, von dem aus permanent solche Aktionen ausgehen. So ein rechtes Zentrum, das bestünde keine zwei Tage“.

Mobilisierungsräume links-extremer Gewalt, üppig gefördert durch öffentliche Mittel, existieren aber vielfältig in der Bundesrepublik Deutschland munter weiter. Bei Kenntnis der vom Autor umfassend dargestellten Hintergründe erübrigt sich dann die Frage: Cui bono?

Christian Jung:

„Staats-ANTIFA. Die heimliche Machtergreifung der Linksextremisten“, Kopp-Verlag, Rottenburg 2020, gebunden, 285 Seiten, 19,99 Euro

Handreichung zur Wahl 2021: „Wollt Ihr das totale Grün?“

Der Sachbuchautor Egon W. Kreutzer legt rechtzeitig zur Bundestagswahl 2021 ein Sachbuch vor, das sich mit dem Wahlprogramm der Grünen in Form von Zitaten und Kommentaren akribisch auseinandersetzt. Rücksichtslos nimmt der Autor die Phalanx der grünen Floskeln auseinander.

Sein Fazit: Die Grünen werden unsere jetzige Gesellschaft zerstören. Er hat zudem berechnet, was die von den Grünen versprochenen Segnungen kosten werden, und wer das bezahlen soll, nämlich Sie, der Leser, und ich.

Fazit 2: Das ist ein nützliches Buch für jeden, der sich vornimmt, Naive vom Grünwählen abzubringen und der gerne die passenden Argumente bei der Hand hat. Voraussetzung ist aller-



dings, dass das Gegenüber überhaupt noch zu einem klaren Gedanken in der Lage ist.

Helmut Roewer

Egon W. Kreutzer: Wollt ihr das totale Grün? Handreichung zur Bundestagswahl 2021. Nordstedt, Books on Demand, 2021. 162 Seiten, 11,90 Euro

ZFI

**Zeitgeschichtliche
Forschungsstelle Ingolstadt**

Jetzt im Internet zu erreichen unter: <http://www.zfi-ingolstadt.de>.

Die Mär vom „Klima-Weltuntergang“

Erfolgreiche SWG/AfD-Veranstaltung im Deutschen Bundestag

Am 19. Mai 2021 hat die SWG gemeinsam mit der Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland der AfD im Deutschen Bundestag eine Veranstaltung zum aktuellen Thema „Steht der Klima-Weltuntergang unmittelbar bevor?“ durchgeführt. Es war die zweite Gemeinschaftsveranstaltung dieser Art. Referent war wiederum Dr. habil. Sebastian Lüning, ein ausgewiesener Experte in der Klimaforschung und dabei ein unabhängiger und kritischer Wissenschaftler. Die Veranstaltung wurde geleitet vom Angeordneten Dr. Heiko Wildberg, die Vorbereitung und Organisation oblag unserem Vorstandsmitglied Christoph Radl, Referent der AfD-Bundestagsfraktion. SWG-Vorsitzender Stephan Ehmke hielt ein Grußwort (Wortlaut siehe Kasten auf der gegenüberliegenden Seite 151). Es waren zahlreiche AfD-Bundestagsabgeordnete anwesend. Unter ihnen das SWG-Beiratsmitglied, Wilhelm von Gottberg.



Blick auf den Ausschuss-Saal des Deutschen Bundestages anlässlich der Gemeinschaftsveranstaltung von AfD und SWG. Im Bild von links nach rechts: SWG-Vorsitzender Stephan Ehmke, Christoph Radl, Referent der AfD-Bundestagsfraktion und SWG-Vorstandsmitglied, Vortragsreferent Dr. habil. Sebastian Lüning und Dr. Heiko Wildberg, AfD-MdB und Sprecher der AfD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland.

Grußwort von Stephan Ehmke

„Im Namen der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft danke ich Ihnen sehr für die Gelegenheit, uns an dieser Veranstaltung beteiligen zu dürfen.

Für die, die uns noch nicht kennen, einige kurze Worte über unsere Gesellschaft: Die SWG ist eine Organisation der politischen Bildung mit bürgerlich-konservativer Ausrichtung, die seit nunmehr fast 60 Jahren Vorträge und Seminare veranstaltet, sowie Schriften zu allen wichtigen gesellschaftspolitischen und historischen Themen herausgibt.

Unsere wichtigste Publikation ist das „Deutschland-Journal“, das zweimal jährlich erscheint und eine deutschlandweite Verbreitung von 5 – 6000 Exemplaren hat. Wenn Sie sich über die SWG weiter informieren wollen, finden Sie unsere Kontaktdaten auf dem ausgelegten Flugblatt.

Wie auch Ihre Partei treibt uns die Sorge um unser Land und das Streben um Recht und Ordnung als Grundlage der bürgerlichen Freiheit um. Diese Freiheit wird zurzeit in Windeseile zerstört durch eine Politik, die von quasireligiösen Ideologien befeuert wird. Zu diesen Ideologien gehören der Corona- und der Genderwahn, aber eben auch der Klimawahn. Deutschland – und nicht nur Deutschland – ist auf dem Weg in eine ökosozialistische Bevormundung, wenn nicht gar Diktatur.

Der Klimaideologie ist die heutige Veranstaltung gewidmet: Spätestens seit dem kürzlichen Skandal-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, in dem die Grundrechte umstrittenen und größtenteils unwissenschaftlichen „Klimazielen“ unterstellt wurden, ist klar, wohin die Reise geht: In den Dauer-Lockdown, in den permanenten Notstand, in dem Recht, Freiheit und Demokratie geopfert werden sollen.

Es ist das Verdienst Ihrer Fraktionen, das als einzige im Bundestag und in den Länderparlamenten immer wieder anzuprangern.

Ich danke und gratulieren Ihnen dazu und wünsche Ihnen auch im Namen der SWG weiterhin viel Erfolg. Dem heutigen Abend wünsche ich gutes Gelingen. Vielen Dank!

Lüning setzt sich in seinem Vortrag intensiv mit den Thesen des „Weltklimarates“ IPCC zum angeblich „menschengemachten Klimawandel“ auseinander und stellte ihnen wissenschaftliche Erkenntnisse entgegen, die diesen grundlegend in Frage stellen, die aber heute im öffentlichen Wissenschaftsbetrieb weitgehend totgeschwiegen oder als „Verschwörungstheorien“ diffamiert werden. Der Referent stellte damit auch klar, dass es keineswegs einen weltweiten „Konsens“ der Wissenschaft zu diesem Thema gebe, sondern dass es eine Vielzahl exzellenter Experten gebe, welche die These vom „menschengemachten Klimawandel“ bestritten.

Skandalöse Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Sehr kritisch sah Lüning auch das kürzliche Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Klimazielen, welches, so Lüning, auf ausgesprochen fragwürdigen Quellen basiere, die sämtlich aus dem Bereich des politisch besetzten und beeinflussten „Weltklimarates“ kämen. Das höchste deutsche Gericht hatte in seiner skandalösen Entscheidung die Grundrechte der Durchsetzung dieser fragwürdigen „Klimaziele“ untergeordnet und damit einen weiteren Dammbbruch in Richtung Abschaffung des Rechtsstaates eingeleitet.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und ist im Internet auf Youtube zu sehen (Suchbegriffe sind: „Lüding“ und „Klima-Weltuntergang“).

SE

Die SWG gedenkt ihres ehemaligen langjährigen Beirates Uwe Greve (1940 - 2005)

Am 28. Dezember 2020 wäre Uwe Greve 80 Jahre alt geworden. Der wertkonservative Politiker, Unternehmensberater, Publizist und Autor war der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft eng verbunden. Viele Jahre war er in ihrem Beirat tätig.

Uwe Greve wurde 1940 in Leipzig geboren, wo er 1959 das Abitur ablegte. Eine akademische Laufbahn verwehrt ihm seine regimiekritische Einstellung. So entschloß er sich ein Jahr darauf, die „DDR“ zu verlassen und nach Westdeutschland zu gehen. Den begabten Redner und Schreiber zog es zum Journalismus. In Kiel studierte er Geschichte, Politik, Wirtschaftswissenschaften, Germanistik und Rhetorik. Doch seine Leidenschaft gehörte der Politik.

Uwe Greves freiheitliche Gesinnung führte ihn zunächst zur FDP, wo er Mitarbeiter der schleswig-holsteinischen Landtagsfraktion wurde. Doch der zunehmende Werterelativismus der Liberalen enttäuschte ihn. 1971 wechselte er zur CDU. Seine Charakterfestigkeit, Prinzipientreue sowie seine hervorragenden Reden und Schriften überzeugten innerhalb der Partei. Schnell stieg er in ihre Führungsgremien auf. Lange Jahre war er Landesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU und Vorstandsmitglied der Mittelstandsvereinigung der CDU. In den Jahren 2001 bis 2005 saß er für die CDU im Kieler Landtag.

Bei den Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen und ihren Organisationen war Uwe Greve ein häufiger und gern gesehener Redner und Gast. Er war einer der wenigen Landespolitiker, die sich ohne Vorbehalte hinter die Sache der Heimatvertriebenen gestellt haben. Auch für die deutschen Spätaussiedler aus den Ländern Osteuropas und vor allem Rußlands war Uwe Greve ein engagierter Fürsprecher und Vertreter ihrer Anliegen. Weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus bekannt waren die jährlichen Kongresse der OMV für Spätaussiedler in Rendsburg, die stets von mehreren hundert Menschen besucht wurden. Auch der Mittelstand war ein Herzensanliegen Uwe Greves. Als Unternehmens- und Innovationsberater



kannte er die Sorgen und Nöte der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland sehr gut. Nie wurde er müde zu betonen, dass gerade sie das Rückgrat der deutschen Wirtschaft seien und daher erhalten und gestärkt werden mußten.

Uwe Greve war Zeit seines Lebens dem Staate Preußen und seiner Idee, seinen Werten und Tugenden besonders verbunden gewesen. Preußen bedeutete für ihn Gemeinwohlorientierung, Pflichtbewusstsein, Fleiß, Redlichkeit, soziale Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Treue gegenüber der Tradition. In seinen Reden und Schriften rief er immer wieder dazu auf, im Sinne eines vorurteils- und ideologiefreien „Lernens aus der Geschichte“ diese geistigen Schätze Preußens wieder neu zu entdecken, zu heben und für das Handeln des in Volk und Staat Verantwortung Tragenden fruchtbar zu machen. Nicht als sentimentale Erinnerung, sondern als lebendige Lehre für Gegenwart und Zukunft. Nicht zuletzt aufgrund dieser Haltung wurde er Vorsitzender des Bismarckbundes e.V. mit Sitz in Aumühle.

Uwe Greves schriftstellerisches und publizistisches Wirken umfasst Bücher und Broschüren zur deutschen und preußischen Geschichte, Marktwirtschaft, Rhetorik, Baukunst, aber auch humoristische Werke. Zudem gab er die Zeitschrift „Schiffe, Menschen, Schicksale“ heraus. Viele Beiträge schrieb er auch für das Deutschlandjournal und andere Veröffentlichungen der SWG.

Der überzeugte wertkonservative Politiker Uwe Greve sah sich ab dem Jahr 2000 zunehmenden Widerständen und Angriffen seitens der Führungsgremien der unter Merkel immer weiter nach links driftenden CDU gegenüber. Trotz seiner herausragenden Eignung und Leistung wurde ihm schließlich ein aussichtsreicher Listenplatz zur Landtagswahl 2005 verwehrt. Unter der seelischen und körperlichen Belastung der jahrelangen Kämpfe und persönlichen Anfeindungen erkrankte er schwer. Seiner heimtückischen Krankheit erlag er – viel zu früh – am Heiligen Abend des Jahres 2005.

Der Verband der Heimatvertriebenen Kreis Kiel e.V. und die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Schleswig-Holstein haben Uwe Greve zu seinem 80. Geburtstag eine Gedächtnisschrift mit dem Titel „Zur Aktualität Preußens“ gewidmet, die unter vdhkiel@gmx.de gegen einen Obolus in Höhe von € 5.- angefordert werden kann.



Vorankündigung 16. Seminartag

Sonnabend, 4. September 2021

Europa muss sich behaupten – aber wie?

Die Europäische Union sollte europäische Interessen wirkungsvoll vertreten. Doch bis jetzt tut sie es sehr ungenügend, weil sich die Staaten über ihre gemeinsamen Interessen nicht einig genug sind. Sie erkennen z.B. nicht, wie wichtig Rußland als Partner wäre. Sie lassen sich von den USA zu immens selbstschädigenden Sanktionen gegen Rußland und den Iran erpressen.

Als Union blocken sie nicht ganz rigoros die erpresserischen Versuche der USA ab, eine neue, fast fertige deutsch-russische Pipeline für Europa zu verhindern. Die EU tritt gegenüber China zu schwach für den Schutz geistigen Eigentum ein. Dagegen geriert sie sich nach innen quasi supranational mit einer Regelungsdichte, welche vor allem kleinere und mittlere Unternehmen erstickt. Die EU müsste also nach außen wirkungsvoller und im Inneren freier werden. Doch wie die starre Reaktion auf den Brexit zeigt, wird sie sich nicht aus sich selbst reformieren. Aber umwerfende Ereignisse können zu einem Neustart in neuer Form zwingen. Da dies wahrscheinlich sehr plötzlich geschieht, kann man nicht früh genug Vorstellungen davon entwickeln, wie ein machtvoller Europa-Bund gestaltet sein und arbeiten müsste. Dem dient dieser Seminartag.

Einführung: Was lehren Hanse und Deutscher Bund ?

Manfred Backerra, Oberst a.D., Veranstalter

Vorgeschichte und Mängel der Europäischen Union

Dr. Walter Post, Zeithistoriker

Wie soll ein machtvoller Europa-Bund aussehen und arbeiten?

Stephan Ehmke, Vorsitzender der SWG

Was soll der Europa-Bund zur Selbstbehauptung Europas tun?

Dr. Markus Krall, Finanzmanager und -berater

Rußland, der eurasische Partner

André Sikojev, Erzpriester,

Beauftragter der Russisch-Orthodoxen Kirche
am Sitz der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages

Wichtiger Hinweis: Wann dieser Seminartag stattfindet, ist wegen des politischen Corona-Regimes noch ungewiss.

Wegen der Abstandsregel dürfte nur die Hälfte der Plätze genutzt werden, was das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen fragwürdig macht.

Entscheidend aber ist die Teilnahmebedingung, dass alle, die nicht geimpft oder von Corona genesen sind, eine höchstens 48 Stunden alte Bescheinigung vorzulegen haben, dass ein Corona-Test negativ war.

Da der Test aber auch bei solchen, die sich putzmunter fühlen, häufig positiv ausfällt, ist auf keine zugesagte Teilname Verlass, weder auf die der Zuhörer, noch auf die des Veranstalters und der Referenten.

Solange solche Bedingungen herrschen, können wir daher leider keinen Seminartag durchführen.

Sobald ein Seminartag wieder planbar stattfinden kann, erhalten Sie eine Einladung wie bisher.

LINKS- ENTTARNT.de

**Die Antwort auf den
„Kampf gegen Rechts“**



SWG

